

Madlaina Caflisch


Bürgerlich/Rechts und homosexuell – ein Widerspruch?

Eine kritische Argumentationsanalyse bürgerlicher und rechter Parteien sowie ihrer homosexuellen Vereinigungen in Deutschland und in der Schweiz.

Graduate Papers
in Applied
Linguistics 13

Zürcher Fachhochschule





Die vorliegende Arbeit wurde am Departement Angewandte Linguistik der ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Herbstsemester 2019 als Masterarbeit im Masterstudiengang Angewandte Linguistik, Vertiefung Konferenzdolmetschen, verfasst (Referent: Dr. Marcel Eggler) und mit dem DÜV Excellence Award ausgezeichnet.

Das Departement Angewandte Linguistik der ZHAW betreibt Angewandte Linguistik als transdisziplinär orientierte Sprachwissenschaft. Diese befasst sich mit den Problemen der realen Welt, in denen Sprache eine zentrale Rolle spielt. Sie identifiziert, analysiert und löst diese Probleme einerseits durch die Anwendung linguistischer Theorien, Methoden und Resultate, andererseits durch die Entwicklung neuer theoretischer und methodischer Ansätze.

In den *Graduate Papers in Applied Linguistics* veröffentlicht das Departement Angewandte Linguistik der ZHAW preisgekrönte Abschlussarbeiten von Studierenden des Bachelorstudiengangs Angewandte Sprachen, des Bachelorstudiengangs Kommunikation, des Masterstudiengangs Angewandte Linguistik und des MAS Communication Management and Leadership.

Kontakt

ZHAW Angewandte Linguistik
Theaterstrasse 15c
Postfach
8401 Winterthur

info.linguistik@zhaw.ch

+41 (0) 58 934 60 60

Madlaina Caflisch (2021): Bürgerlich/Rechts und homosexuell – ein Widerspruch? Eine kritische Argumentationsanalyse bürgerlicher und rechter Parteien sowie ihrer homosexuellen Vereinigungen in Deutschland und in der Schweiz. Winterthur: ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. (Graduate Papers in Applied Linguistics 13).

DOI 10.21256/zhaw-2805 (<https://doi.org/10.21256/zhaw-2805>)

Inhalt

Abstract.....	5
1 Einleitung	6
1.1 UNO-Menschenrechtskonvention	7
1.2 Europäische Menschenrechtskonvention und EU-Grundrechtecharta.....	7
1.3 Deutschland.....	7
1.4 Schweiz	8
1.5 Untersuchte Parteien und Vereinigungen.....	9
2 Theoretische Grundlagen.....	12
2.1 Sozio-kognitiver Ansatz nach Teun van Dijk	13
2.2 Diskursiv-historischer Ansatz nach Martin Reisigl und Ruth Wodak.....	16
2.3 Argumentation und Topos.....	19
2.4 Konversationelle Implikaturen	22
2.5 Sexualitätsdispositiv nach Michel Foucault	23
3 Methodik.....	25
3.1 Textkorpus.....	25
3.2 Interviews	26
3.3 Analytisches Vorgehen	28
4 Korpusanalyse	30
4.1 Pilotstudie: SVP – „Mensch, Familie, Gemeinschaft“	30
4.2 GaySVP – Wer sind wir	32
4.3 AfD – Programm für Deutschland, „Familien und Kinder“.....	33
4.4 AHO – Leitlinien.....	34
4.5 CDU – Regierungsprogramm 2017-2021.....	37
4.6 LSU – Grundsatzprogramm	38
4.7 SVP – Vernehmlassungsantwort zum Gesetzesentwurf „Ehe für alle“	39
4.8 GaySVP – Vernehmlassungsantwort zum Gesetzesentwurf „Ehe für alle“	40
4.9 AfD – Bundestagsdebatte zum Gesetzesentwurf zur Aufhebung der Ehe für alle	41
4.10 CDU – Bundestagsdebatte zum Gesetz zur Einführung der Ehe für alle.....	43
4.11 LSU – Positionspapier „Ehe für alle – warum eigentlich nicht?“	44
4.12 Fazit der Korpusanalyse	45
5 Diskussion der Interviews.....	46
5.1 Topoi im Vergleich	46
5.2 Wengeleres Nutzlosigkeitstopos und seine Vielfältigkeit.....	59
5.3 Widersprüche und Kritik.....	61

6	Fazit und Ausblick	65
	Tabellenverzeichnis.....	67
	Bibliographie.....	68
	Anhang	73
	Anhang A: Werkzeugkiste nach van Dijk, Jäger und Reisigl/Wodak	74
	Anhang B: Strategieanalyse nach Wodak	75
	Anhang C: Leitfaden Interviews	76

Abstract

Die Debatte um die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist in der Schweiz derzeit in vollem Gange und Argumente dafür oder dagegen sind zahlreich. Klassische Gegner einer gleichgeschlechtlichen Ehe sind rechte, konservative Parteien, die am Institut der Ehe zwischen Mann und Frau festhalten und sich insbesondere um das Kindeswohl in Regenbogenfamilien sorgen. Weshalb bilden sich in solchen Parteien Vereinigungen von offen homosexuellen Mitgliedern? Was bewegt diese Menschen, einer Partei beizutreten, die sich gegen mehr Rechte für Homosexuelle wehrt? In dieser Masterarbeit soll anhand einer Argumentationsanalyse basierend auf Schulen der kritischen Diskurslinguistik untersucht werden, wie Homosexuelle ihre Parteizugehörigkeit rechtfertigen und ob sich hinter ihrer Argumentation Widersprüche verbergen. Dazu werden einerseits Parteiprogramme, Parlamentsdebatten, Leitlinien und Stellungnahmen von SVP, CDU und AfD sowie ihren jeweiligen homosexuellen Vereinigungen und andererseits selbst geführte Interviews mit Vertretern letzterer auf Argumentationsmuster sowie Topoi untersucht. Die Untersuchung ergibt, dass die sexuelle Orientierung für viele nur zweitrangig ist und die Parteizugehörigkeit mit einer grossen Deckungsgleichheit von Werten begründet wird. Ausserdem wird von einigen die Andersartigkeit von Homosexuellen und der Wunsch der Anerkennung ebenjener hervorgehoben. Widersprüche ergeben sich v.a. in Akzeptanz und Stellenwert der eigenen Sexualität sowie im Versuch, die eigene Partei von Diskriminierungsvorwürfen zu befreien.

The debate about marriage for same-sex couples is currently in full swing in Switzerland and there are numerous arguments for and against it. Opponents of same-sex marriage are mostly right-wing, conservative parties who cling to the institute of marriage between a man and a woman and are particularly concerned about the welfare of children in homoparental families. How is it that associations of openly homosexual members are formed in such parties? What motivates these people to join a party that is against equal rights for homosexuals? In this Master's thesis, an argumentation analysis based on the schools of critical discourse linguists will be used to examine how homosexuals justify their party affiliation and whether contradictions are hidden beneath their argumentation. For this purpose, party programmes, parliamentary debates, guidelines and statements of the Swiss People's Party, the Christian Democratic Union of Germany and the Alternative for Germany as well as their respective homosexual associations, and interviews with representatives of the latter will be examined for argumentation patterns and topoi. The study shows that sexual orientation, to many, is of only secondary importance and that party membership is based on the best congruence of values. In addition, some emphasize otherness of homosexuals and the desire for recognition of the same. Contradictions arise above all in the acceptance and significance of one's own sexuality and in attempts to clear the party from accusations of discrimination.

1 Einleitung

In der heutigen Zeit ist Homosexualität längst kein Tabuthema mehr, die LGBT-Community¹ gewinnt in der Gesellschaft an Sichtbarkeit und mittlerweile hat sich auch die Politik ihrer Anliegen angenommen. Dazu gehören u.a. Forderungen nach gleichen Rechten für alle. Während viele Länder den Weg hin zu mehr Gleichberechtigung bereits eingeschlagen haben, gibt es andere, in denen die Politik primär konservativ ausgerichtet ist und die in diesen Fragen hinterherhinken. Dies ist auch in der Schweiz der Fall, wo die SVP – weiterhin stärkste Partei im Nationalrat (Schweizer Parlament 2019a) – eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare klar ablehnt (SVP 2019: 128). Angesichts einer solchen Positionierung könnte man davon ausgehen, dass Homosexuelle selbst kaum eine Partei wählen, die es ihnen nicht ermöglicht, ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes Leben zu führen. Und doch gibt es nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Frankreich, Deutschland, Grossbritannien oder in den USA Vereinigungen konservativer bis rechtspopulistischer LGBTs, die diese Parteien unterstützen. Was bewegt diese Menschen dazu, einer Partei anzugehören, die nicht die Interessen ihresgleichen vertritt, ja gar gegen sie kämpft? Das ist die Frage, die dieser Masterarbeit zugrunde liegt und die mittels einer Argumentationsanalyse beantwortet werden soll. Als Grundlage dienen verschiedene Schulen der Kritischen Diskursanalyse (KDA), mit der in einem ersten Schritt bestehende Texte wie Parteiprogramme, Parlamentsdebatten, Leitlinien sowie Stellungnahmen untersucht werden. In einem zweiten Schritt werden Interviews mit Vertretern genannter Vereinigungen und Parteimitgliedern in der Schweiz und Deutschland geführt sowie ausgewertet. Dabei sollen die wichtigsten Argumentationsmuster herausgearbeitet und mögliche Widersprüche in ihrem Diskurs aufgedeckt und folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie stehen die Parteien SVP, CDU sowie AfD zum Thema Homosexualität und insbesondere zur Ehe für alle und mit welchen Argumenten stützen sie ihre Position?
- Wie stehen die homosexuellen Vereinigungen GaySVP, LSU sowie AHO zum Thema Homosexualität und insbesondere zur Ehe für alle und mit welchen Argumenten stützen sie ihre Position?

Diese zwei Grundfragen sollen schliesslich der Beantwortung der Hauptforschungsfrage dienen:

Welche Argumente verwenden homosexuelle Vereinigungen von bürgerlichen und rechten Parteien, um ihre Zugehörigkeit zu ebendiesen zu rechtfertigen, und welche Widersprüche ergeben sich in ihrer Argumentation?

¹ Der einfacheren Lesbarkeit halber wird hier der Begriff LGBT (lesbisch, gay, bisexuell und transgender) verwendet. Andere Identitätsformen wie intersexuell, queer, asexuell, etc. gehören jedoch ebenfalls dazu.

Um den in dieser Masterarbeit untersuchten Diskurs einzubetten, soll jedoch zunächst der relevante theoretische Hintergrund beschrieben werden. Dabei gilt es, die rechtlichen Grundlagen auf Basis der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, der Europäischen Menschenrechtscharta (EMRK) sowie der deutschen und Schweizer Gesetzgebung zu erläutern. Aufgrund der aktuellen politischen Debatte in der Schweiz zum Thema Ehe für gleichgeschlechtliche Paare soll auch der zeitliche Rahmen der jüngsten Entwicklungen auf legislativer Ebene dargelegt werden. Am Ende dieser Einleitung werden die zu untersuchenden politischen Parteien und Vereinigungen vorgestellt.

1.1 UNO-Menschenrechtskonvention

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) der UNO ist gemeinhin die Grundlage des Lebens eines jeden Menschen. Am 10. Dezember 1948 verabschiedet, wird in Artikel 7 festgehalten, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und denselben Anspruch auf Schutz durch das Gesetz haben (Vereinte Nationen 1948). In dieser Urfassung wird jedoch noch nicht explizit darauf hingewiesen, dass Menschen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung Anspruch auf alle Rechte in der Erklärung haben. Im Dezember 2008 wurde an der UN-Vollversammlung von 66 Mitgliedstaaten (darunter die Schweiz und Deutschland) die Erklärung über Menschenrechte, sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität abgegeben. 2011 folgte eine Erklärung zur Beendigung von Gewaltakten aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Obwohl sich diese Erklärungen zwar für den Schutz der LGBT-Bevölkerung einsetzen, haben sie jedoch keinen rechtlich bindenden Charakter für die unterzeichnenden Staaten (humanrights.ch).

1.2 Europäische Menschenrechtskonvention und EU-Grundrechtecharta

Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) wurde 1950 verfasst und von den Mitgliedern des Europarats unterzeichnet. Sie stützt sich auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO. Auch in der EMRK fehlt ein expliziter Schutz von Menschen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität (EMRK 1950, Art. 14). Allerdings hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in mehreren Fällen geurteilt, dass der Diskriminierungsschutz auch für die sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität gilt (EGMR 2014).

1.3 Deutschland

Gemäss der unabhängigen internationalen Nichtregierungsorganisation ILGA-Europe und deren Index zu den Rechten der LGBT-Gesellschaft in Europa befindet sich Deutschland auf Rang 15 von 49 und gehört somit zum fortschrittlicheren Drittel europäischer Länder in diesem Bereich (Rainbow Europe 2019a). Im Januar 2001 wurde die Eingetragene Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt (BfJ). Am 10. Oktober 2017 trat

schliesslich das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschliessung für Personen gleichen Geschlechts in Kraft. Seither können Paare gleichen Geschlechts genauso wie Paare verschiedenen Geschlechts eine Ehe eingehen (BGB).

1.4 Schweiz

Die Schweiz klassiert sich im ILGA-Index auf dem bescheidenen Rang 27 und liegt somit hinter Ländern wie der Slowakei, Georgien und Albanien (Rainbow Europe 2019b). Sie ist also in diesem Themenbereich weit weniger fortschrittlich als z.B. der Human Development Index (Rang 2) vermuten lässt, ein Indikator der Vereinten Nationen, der gesellschaftliche und wirtschaftliche Errungenschaften statistisch misst (UNDR).

Am 1. Januar 2007 trat das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare in Kraft und ist bis heute gültig (BR). Während die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare in vielen Belange der Ehe ähnelt, unterscheidet sie sich grundlegend darin, dass in einer eingetragenen Partnerschaft der Zugang zur gemeinschaftlichen Adoption und zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren verwehrt bleiben (PartG: Art. 28). Eine Stiefkindadoption des Kindes des jeweiligen Partners ist allerdings möglich (PartG: Art. 27a).

Ehe für alle in der Schweiz

In der Schweiz beherrschten im Frühjahr 2019 zwei für die LGBT-Community relevante Themen die Medien: die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die Erweiterung des Diskriminierungsschutzes für Homo- und Bisexuelle. Um die Diskursanalyse um den Diskursstrang zur Ehe für alle in den zeitlichen Kontext zu betten, soll im folgenden Abschnitt das laufende Verfahren kurz chronologisch erläutert werden.

Am 5. Dezember 2013 reichte die Grünliberale Fraktion des Nationalrats die parlamentarische Initiative „Ehe für alle“ ein. Die Kommission für Rechtsfragen im Nationalrat stimmte dieser im September 2015 zu und schickte sie zur Vernehmlassung in den Nationalrat. Ursprünglich für die Sommersession 2017 geplant, wurde einer Fristverlängerung bis zur Sommersession 2019 stattgegeben. Im Juni 2019 wurde erneut eine Fristverlängerung beantragt und somit wird das Geschäft voraussichtlich spätestens in der Sommersession 2021 im Nationalrat behandelt (Schweizer Parlament o.J.a). Zwischenzeitlich hat die Kommission für Rechtsfragen im Nationalrat im März 2019 einen Vorentwurf mit der Kernvorlage zur Öffnung der Ehe im Zivilrecht sowie eine zusätzliche Variante mit dem Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Ehepaare in die Vernehmlassung geschickt. Das Vernehmlassungsverfahren dauerte bis im Sommer und Ende August hat dieselbe Kommission mit 13 zu zwölf Stimmen beschlossen, auf den Zugang zur Samenspende in der Kernvorlage zu verzichten, mit der Begründung, die Vorlage wäre damit nicht mehrheitsfähig (Medienmitteilung vom 30.08.19, Schweizer Parlament o.J.a). Der Ball liegt

nun beim Nationalrat, der voraussichtlich in der Frühjahressession 2020 über das Geschäft beraten wird (Schweizer Parlament o.J.a).

Die Initiative beinhaltet die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und somit die Gleichstellung mit ungleichgeschlechtlichen Paaren. Ausserdem soll eine eingetragene Partnerschaft in Zukunft auch ungleichgeschlechtlichen Paaren offenstehen, zurzeit können diese nur gleichgeschlechtliche Paaren eingehen (Initiative 13.468). Gemäss der Kommission für Rechtsfragen würde eine Öffnung der Ehe auch eine gemeinschaftliche Adoption von Kindern beinhalten (zurzeit ist für gleichgeschlechtliche Paare in eingetragener Partnerschaft nur die Stiefkindadoption erlaubt) und lesbischen Ehepaaren könnte mit der zusätzlichen Variante der Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Verfahren ermöglicht werden.²

1.5 Untersuchte Parteien und Vereinigungen

Um die untersuchten Parteien und ihre Vereinigungen im politischen Kontext einzubetten, werden diese im Folgenden vorgestellt.

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die Schweizerische Volkspartei entstand 1971 aus dem Zusammenschluss der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und den Demokratischen Parteien der Kantone Glarus und Graubünden. Früher noch mitte-rechts politisierend gilt sie mittlerweile als rechtspopulistische Partei, die sich insbesondere durch ihre fremdenfeindliche Migrationspolitik und ihren vehementen Kampf gegen jegliche aussenpolitischen Öffnungen und Annäherungen an die Europäische Union auszeichnet (Skenderovic 2017). Zu ihrer traditionellen Wählerschaft zählen Männer aus der älteren Mittelschicht aus ländlichen Gebieten, mittlerweile stimmen jedoch auch untere Einkommensklassen, Städter und Junge für die Partei (Skenderovic 2017). Sie ist, gemessen an der Mitgliederzahl, die drittgrösste Schweizer Partei mit einem Wähleranteil von knapp 30 % bei den letzten Parlamentswahlen 2015 (Politnetz). Mit 55 Sitzen ist sie die stärkste Fraktion im Nationalrat (Schweizer Parlament 2019a), im Ständerat jedoch nur mit sieben Sitzen vertreten und somit dort viertgrösste Fraktion (Schweizer Parlament 2019b). Zwei der amtierenden Bundesräte gehören der SVP an.

GaySVP

Der Verein GaySVP wurde 2010 gegründet und ist mit seinen ca. 130 Mitgliedern innerhalb der SVP politisch aktiv. Er setzt sich laut eigenen Angaben für mehr Akzeptanz sowie Toleranz gegenüber Homosexuellen ein und betreibt gleichzeitig eine „klare, bürgerliche SVP

² Detailliertere Angaben zu den rechtlichen Unterschieden zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft können Sie der tabellarischen Übersicht „Ehe und eingetragene Partnerschaft: Wichtigste Gemeinsamkeiten und Unterschiede“ in Form der Beilage 1 (BJ 2018b) der Auslegeordnung betreffend die Auswirkungen der Öffnung der Ehe in den verschiedenen Rechtsbereichen des Bundesamtes für Justiz entnehmen (BJ 2018b).

Politik“, die sich mehrheitlich mit der politischen Ausrichtung der Parteibasis deckt (GaySVP o.J.).

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde 1945 gegründet und hält christliche, demokratische und föderale Werte hoch (CDU o.J.). Sie ist im amtierenden Bundestag zusammen mit der bayerischen Schwesterpartei Christlich-Soziale Union (CSU) stärkste Fraktion und stellt mit Angela Merkel seit 2005 die Bundeskanzlerin. Als Grundlage ihrer Politik versteht die CDU das christliche Menschenbild (CDU o.J.).

Die Bundeszentrale für politische Bildung fasst die politische Grundausrichtung der CDU als „sozialpolitischen christlichen Konservatismus mit einer marktwirtschaftlichen Orientierung“ zusammen (Poguntke/Niedermayer 2019a). Mit Angela Merkel als Parteivorsitzende von 2000 bis 2018 hat sich die CDU in gesellschaftlichen Fragen (u.a. gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften) jedoch der politischen Mitte angenähert, was innerhalb der eigenen Reihen nicht unumstritten war (Poguntke/Niedermayer 2019a).

Lesben und Schwule der Union (LSU)

Bei der LSU handelt es sich um eine „Interessenvertretung für Lesben und Schwule in der CDU und CSU“ mit dem Ziel, deren Rechte „in Deutschland und Europa zu stärken und Diskriminierung zu beseitigen“ (LSU 2019a). Auch geht es darum, innerhalb der Unionsparteien für mehr Bewusstsein in Bezug auf Themen rund um Lesben und Schwule zu sorgen. Betont wird auf der eigenen Webseite, dass Ehe und Familie sehr wohl die Grundlagen der Gesellschaft seien, Regenbogenfamilien dabei allerdings nicht ausgeschlossen werden dürfen. Die LSU setzt sich „für eine moderne Gesellschafts- und Familienpolitik auf Basis christlich-demokratischer Grundwerte und vorhandener Lebensrealität“ ein (LSU 2019a).

Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland wurde 2013 gegründet und zählt gemäss eigenen Angaben 33'000 Mitglieder (AfD 2019). 2017 zog die Partei erstmals und sogleich als drittstärkste Partei in den Bundestag, wo sie derzeit 91 der 709 Sitze hält (Deutscher Bundestag 2019). Im Zentrum ihrer Politik steht die Kritik an der Eurorettungspolitik sowie an der Flüchtlingspolitik, insbesondere nach dem Herbst 2015 aufgrund der Zuspitzung des syrischen Bürgerkriegs. Oft wird die AfD als rechtspopulistische Partei bezeichnet, da sie insbesondere gesellschaftspolitisch nationalkonservative bis hin zu nationalistischen sowie rassistischen Positionen einnimmt (Poguntke/Niedermayer 2019b). Nach eigenen Angaben setzt sich die Partei dafür ein, das Land „im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern“ sowie „die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition [...] dauerhaft [zu] erhalten“ (AfD 2016).

Alternative Homosexuelle (AHO)

Laut eigener Facebook-Seite handelt es sich bei der AHO um eine Vertretung patriotischer Homosexueller in Deutschland, die 2014 gegründet wurde (AHO 2019). In ihren Leitlinien betont die AHO, dass sie sich zu den Positionen der AfD bekennt und jeden „Vereinnahmungsversuch der Homo-, Bi-, Inter- und Transsexuellen durch den linken Zeitgeist“ ablehnt (AHO 2017: 1). Ziel der Gruppe ist es u.a., die „Leistungen von Homosexuellen für die deutsche Kultur“ zu vermitteln (AHO 2017: 2). Dabei unterstützt sie das Bild der klassischen Familie mit Kindern und unterstreicht, dass homosexuelle Partnerschaften diese Werte teilen. Ausserdem erachtet die Gruppe die Unterscheidung zwischen Ehe und Partnerschaft als sinnvoll, da Homo- und Heterosexualität nicht das Gleiche sei. Des Weiteren setzt sich die AHO für „den Kampf gegen islamistische Orthodoxie“ und für einen „Einwanderungsstopp für kulturfremde Menschen“ ein (AHO 2017: 3). Allerdings betont der Bundesvorsitzende in unserem Gespräch, dass die AHO kein offiziell anerkannter Verein der AfD sei, denn solche genehmige die AfD grundsätzlich nicht – mit Ausnahme der Jungen Alternative (A.T. 2019: 1).

2 Theoretische Grundlagen

Die vorliegende Arbeit beruht in ihrer theoretischen Grundlage auf dem äusserst facettenreichen Forschungsgebiet der KDA. Da es innerhalb der Diskursanalyse jedoch verschiedene Ausrichtungen gibt, werden im Folgenden einige sog. Schulen vorgestellt, aus denen verschiedene für die Arbeit relevante Elemente herausgegriffen werden. Allerdings muss zuerst der Grundbegriff dieser Arbeit – „Diskurs“ – näher betrachtet werden.

Allein die Definition von „Diskurs“ würde genug Inhalt für eine eigene Abhandlung hergeben und alle Forschenden haben ein eigenes Verständnis des Konzeptes. Um den Begriff „Diskurs“ jedoch zumindest ansatzweise zu umreissen, soll hier kurz auf Michel Foucault, gemeinhin als Begründer der Diskurstheorie erachtet, eingegangen werden. In Foucaults Diskurstheorie geht es grundsätzlich darum herauszufinden, welches Wissen zu einer bestimmten Zeit in einer Gesellschaft vorhanden ist, wie es entsteht, weitergegeben wird und welche Auswirkungen es auf die Mitglieder der Gesellschaft sowie auf alle Elemente, die diese umgeben, hat (Jäger/Maier 2009: 34). Dabei setzt sich das Wissen aus all dem zusammen, was wir Menschen benutzen, um unsere Umgebung zu deuten und zu formen, und wir selbst wiederum Diskursen entnehmen, die uns umgeben (Jäger/Maier 2009: 34). D.h., dass wir von klein auf – bewusst oder unbewusst – durch Diskurse geformt werden und selbst Diskurse mitformen. Gemäss Jäger und Maier kann man sich Diskurse als Wissensflüsse über einen bestimmten Zeitraum hinweg vorstellen, die ineinander verwoben sind und zusammen einen grossen gesamtgesellschaftlichen Diskurs bilden (2009: 35).

Es kommt zudem noch eine weitere Dimension ins Spiel, denn Diskurse sind nicht nur Deskriptionen der gesellschaftlichen Umgebung, sondern auch ein Mittel der Machtausübung, denn „they institutionalize and regulate ways of talking, thinking and acting“ (Jäger/Maier 2009: 35). Diese Macht wird von Akteuren ausgeübt, sog. Gatekeepern, die Wissen hervorbringen, weiterverbreiten oder unterdrücken (Warnke 2008: 40).

Kern der KDA ist es, Ideologien und Machtstrukturen durch die systematische Analyse von Diskursen aufzudecken (Wodak/Meyer 2009: 3). Dabei legen Forschende in diesem Gebiet jeweils unterschiedliche Schwerpunkte und erarbeiten eigene Methoden. Wodak und Meyer empfehlen daher, sich an KDA-Schulen zu richten. Obwohl diese Schulen verschiedene Ansätze haben, lassen sich zwei Gemeinsamkeiten erkennen: Alle Ansätze sind problemorientiert und die linguistisch relevanten Analyseelemente werden anhand der Forschungsfrage ausgesucht; Theorie sowie Methodologie sind somit eklektischer Natur (Wodak/Meyer 2009: 31).

Für die vorliegende Arbeit werden nach Betrachtung diverser Forschungsrichtungen der soziokognitive Ansatz von Teun van Dijk sowie der diskursiv-historische Ansatz von Martin Reisigl und Ruth Wodak als am sachdienlichsten erachtet.

2.1 Sozio-kognitiver Ansatz nach Teun van Dijk

Teun van Dijk beschränkt sich in seinen Arbeiten nicht auf die Analyse der Machtstrukturen, sondern untersucht viel mehr, wie sie durch Machtmissbrauch zu gesellschaftlicher Unterdrückung („domination“) führen und wie unterdrückte Gruppen sich dagegen wehren³ (Van Dijk 2009: 63). Dabei setzen sich die Forschenden selbst für soziale Gleichheit und Gerechtigkeit ein und gehen bereits von Beginn an davon aus, dass ein bestimmter Diskurs ungerecht ist. Ziel der Critical Discourse Studies (CDS)⁴ ist somit, anhand von Normen (z.B. international anerkannte Menschenrechte) gesellschaftliche Probleme, die durch öffentliche Texte und Sprache geschaffen oder verstärkt werden, sowie gesellschaftlichen Machtmissbrauch und Unterdrückung mit der sich daraus ergebenden Ungerechtigkeit darzulegen und zu einer möglichen Lösung beizutragen (ebd.: 63).

2.1.1 Das Dreieck Diskurs-Kognition-Gesellschaft

Bei der Untersuchung solch diskursiver Ungerechtigkeiten müssen verschiedene Dimensionen betrachtet werden. Gemäss van Dijk können gesellschaftliche Strukturen den Diskurs nicht direkt beeinflussen. Die Mitglieder einer Gesellschaft beobachten und deuten mittels ihrer eigenen Erfahrungen diese Strukturen und geben sie durch eigene Interaktion und Kommunikation wieder. Dadurch entstehen geistige Modelle („mental models“) bestimmter Ereignisse, Wissen, bestimmte Haltungen und Ideologien (die Kognition also), die wiederum den Diskurs sowie die gesellschaftlichen Praktiken der Menschen beeinflussen (Van Dijk 2008: 16). Somit kann ein Diskurs nur analysiert werden, wenn einerseits auch untersucht wird, über welches Wissen die Mitglieder einer Gesellschaft verfügen, welche Haltungen sie (in bestimmten Situationen) einnehmen und nach welchen Ideologien sie leben. Andererseits darf aber auch die Gesellschaft als Ganzes nicht vernachlässigt werden, die durch Kognition und Diskurs geformt wird, aber auch selbst Kognition und Diskurs mitformt. Fügt man die Dimensionen Kognition und Gesellschaft zusammen, entsteht der Kontext des Diskurses, bei dem es sich um eine subjektive mentale Vorstellung der Diskursteilnehmenden der kommunikativen Situation handelt (Van Dijk 2009: 66). Dieses sog. Kontextmodell stellt die gegebene Situation mental dar und passt so Diskursproduktion sowie -verständnis an das soziale Umfeld an. Es handelt sich somit um eine Art Bindeglied zwischen Diskurs und Gesellschaft, wobei die Gesellschaft einerseits aus ihren einzelnen interagierenden Mitgliedern mit bestimmten Identitäten sowie Rollen und andererseits aus ganzen Organisationen, Gruppen und Klassen sowie ihren Beziehungen besteht (ebd.: 66).

³ Sollten sie sich denn wehren wollen. Im Hintergrund dieser Arbeit steht die Vermutung, dass gewisse unterdrückte Gruppen sich gar nicht wehren wollen, ja sogar die Unterdrückung verstärken, indem sie selbst den dominierenden Diskurs stärken und die Akteure an der Macht in ihrem Unterfangen unterstützen.

⁴ Van Dijk verwendet in seinen Arbeiten nicht den Begriff der KDA, sondern Critical Discourse Studies mit der Begründung, dass dieser kritische Ansatz der Diskursanalyse sich nicht auf die Analyse selbst beschränke, sondern auch die Theorie und die Umsetzung umfasse (Van Dijk 2009: 62).

Zwei weitere Dimensionen der CDS – die van Dijk jedoch als Teil der Dimension Gesellschaft erachtet – sind Geschichte und Kultur. Um die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme besser zu verstehen, muss man einerseits den historischen Hintergrund und andererseits die Kultur der untersuchten Gesellschaft kennen. So hat sich gerade beim Thema Homosexualität in den letzten Jahrzehnten viel verändert. Historische Ereignisse wie die Aufstände von Stonewall 1969 oder die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in zahlreichen westlichen Ländern in den letzten Jahren haben nicht nur den Diskurs über Homosexualität stark beeinflusst, sondern für mehr soziale Gerechtigkeit gesorgt. Die historische Analyse dient jedoch nicht nur dazu aufzuzeigen, was sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat, sondern auch, was sich nicht verändert hat und welche Machtstrukturen noch immer bestehen (Van Dijk 2008: 17). Dasselbe gilt für die kulturelle Dimension. So gibt es gerade bei der Homosexualität grosse Unterschiede darin, wie gewisse Kulturen das Thema aufnehmen. Während westliche Kulturen in den letzten Jahrzehnten immer aufgeschlossener wurden, werden Homosexuelle in gewissen afrikanischen, asiatischen und insbesondere arabischen Staaten noch immer zum Tode verurteilt.⁵ Bei der CDS sollte man also sicherstellen, dass bei der Analyse von Machtmissbrauch und Unterdrückung der kulturelle Hintergrund der Gesellschaftsmitglieder nicht vergessen geht und gerade auch der Multikulturalismus der heutigen globalisierten Gesellschaft miteinbezogen wird (Van Dijk 2008: 17).

2.1.2 Diskurs und Macht

Obwohl Machtmissbrauch und Unterdrückung je nach Betrachter unterschiedlich aussehen können, scheint klar zu sein, dass bei der Verletzung von Bürgerrechten von Menschen eine rote Linie gezogen wird. In liberalen Demokratien herrscht die Meinung, dass die demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter solche Normen und Gesetze bestimmen, jedoch gab und gibt es noch immer diskriminierende Gesetze (Van Dijk 2008: 19) wie z.B. das Schweizer Gesetz über die eingetragene Partnerschaft, das gleichgeschlechtlichen Paaren verbietet, ein gemeinsames Kind zu adoptieren und den Zugang zu Samenspende verwehrt (PartG 2018: Art. 28). Der Gesetzgeber kann demnach durchaus legitim die Macht einsetzen, die ihm durch das Stimmvolk gegeben wurde, kann sie aber genauso missbrauchen, indem er diskriminierende Gesetze verabschiedet oder auf einer tieferen Ebene den Diskurs durch Fehlinformationen, Stereotypen, Vorurteile oder Indoktrination manipuliert (Van Dijk 2008: 19).

Aber nicht nur die offiziellen Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung können Macht missbrauchen. Auch Medien haben einen grossen Einfluss auf den Diskurs zu einem bestimmten Thema. Van Dijk erklärt, wie die Berichterstattung den Diskurs negativ beeinflussen kann (vgl. 2008: 20). Dieselben Überlegungen lassen sich im Diskurs über Homosexualität anstellen, wenn bspw. grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass die Weltbevölkerung heterosexuell ist, dass das klassische Bild einer Familie Mann, Frau, Kind ist und dass

⁵ Eine Darstellung aller Länder und der aktuellen Lage finden Sie auf der Webseite der ILGA.

andere Arten von Beziehungen oder Familienkonstellationen „exotisch“ oder „nicht normal“ sind. In solchen Fällen wird die sog. Heteronormativität untermauert und weiterverbreitet, gleichzeitig werden andere Lebensformen marginalisiert.

Macht und somit auch Machtmissbrauch finden sich im Diskurs wieder. Wer den öffentlichen Diskurs kontrolliert, kontrolliert die öffentliche Meinung und bis zu einem gewissen Grad auch, was die Öffentlichkeit will und tut. Dabei müssen keine Zwänge angewendet werden, es reicht aus, im Diskurs zu überzeugen, zu verführen, zu indoktrinieren oder zu manipulieren (Van Dijk 2008: 14). Die Kognition als wichtiger Bestandteil des CDS-Dreiecks wurde bereits erwähnt. Allerdings muss hier angefügt werden, dass es nicht ausreicht, zu untersuchen, über welches Wissen, welche Haltung und welche Ideologien eine Gesellschaft verfügt. Entscheidend ist herauszufinden, wie die dominierende Gruppe einer Gesellschaft es schafft zu steuern, wie die Öffentlichkeit Ereignisse, allgemein gültiges Wissen, kontroverse Themen, Ideologien, Normen und Werte kontrolliert, denn diese begründen weitgehend die soziale Wahrnehmung („social representation“) der Gesellschaft (ebd.: 14). Werden solche Dynamiken in Bezug auf die Entstehung von Ideologien analysiert, kann möglicherweise auch herausgefunden werden, wie Menschen aus eigener Überzeugung heraus im Interesse der Mächtigen handeln (ebd.: 14).

2.1.3 Diskurs- und Machtstrukturen

Macht kann also durch den Diskurs ausgeübt und missbraucht werden. Nun stellt sich die Frage, wie gesellschaftliche Macht beschrieben wird. Es handelt sich um eine Wechselbeziehung zwischen den Mächtigen und den Unterdrückten, denn damit die Macht aufgebaut und erhalten werden kann, müssen die Mächtigen sie ausüben und die Unterdrückten „richtig“ darauf reagieren (Van Dijk 2008: 29ff.). Der Machterhalt hängt davon ab, ob der Unterdrückte weiss, was der Mächtige will. Dieses Wissen kann durch direkte Kommunikation (Aufforderungen, Befehle, Drohungen) vermittelt werden, aber auch durch kulturelle Gewohnheiten, Normen und Werte, die auf einer geteilten ideologischen Basis beruhen. Gesellschaftliche Macht kann sich auf nur einen bestimmten Bereich (z.B. Politik, Wirtschaft, Bildung) oder auf nur kleine Gruppen beschränken und von mehreren Akteuren geteilt werden. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass der oder die Unterdrückte sich gegen die Unterdrückung wehrt und gar an sich reisst. Die ideologische Basis, auf der die Macht und der Machterhalt beruhen, besteht aus gesellschaftlich geteiltem Wissen einer Gruppe und wird hauptsächlich durch Kommunikation und Diskurs geschaffen und verändert (Van Dijk 2008: 29ff.).

Konkrete Beispiele für die Ausübung von Macht in Diskursen sind Befehle oder Empfehlungen, Werbung oder Propaganda. Bewährte Mittel dafür sind rhetorische Elemente wie Wiederholungen und Argumentationen, Beschreiben künftiger Ereignisse und ihre unerwünschten Folgen (auch hier kommt die Argumentation zum Zuge) und Erzählungen oder Filme, die die Machtstrukturen darstellen und so eine ideologische Grundlage schaffen (Van Dijk 2008: 37f.). Meist wird Macht mit persuasiven Mitteln im Diskurs ausgeübt, nur

selten wird den Unterdrückten explizit vorgeschrieben, was sie zu tun haben (Van Dijk 2008: 38). Hauptziel des Machterhalts muss schliesslich sein, die Machtlosen davon zu überzeugen, dass die angestrebten Handlungen in ihrem Interesse sind (ebd.: 63). Die Mächtigen verwenden wirtschaftliche, politische, soziale oder moralische Argumente und kontrollieren die wichtigen Informationen, wobei Elemente, die ein negatives Licht auf sie werfen könnten, weggelassen werden (Van Dijk 2008: 38f.). Somit sind gerade auch implizite, indirekte Inhalte wie Implikationen, Präsuppositionen, Anspielungen sowie Vagheit von grossem Interesse für CDS, und es sollte auch auf das geachtet werden, was nicht gesagt, also bewusst weggelassen wird (Van Dijk 2009: 70f.).

Bei der konkreten Durchführung der KDA müssen sich die Forschenden ihrer eigenen Rolle in der Gesellschaft bewusst sein und den Diskurs nicht einfach beschreiben, sondern die Wechselwirkungen und sozialen Strukturen zu erklären versuchen (Van Dijk 2008: 85). Dazu können verschiedene praktische Richtlinien erarbeitet werden, die jedoch stark von der jeweiligen Ausgangslage abhängen, je nachdem, was das Ziel der Analyse ist, wie die Fragestellung aussieht, was die Erwartungen der Leserinnen und Leser sind und wie gesellschaftlich relevant das Forschungsprojekt ist (Van Dijk 2009: 71). Ziel der KDA ist es herauszufinden, wie diskursive Strukturen Macht und Unterdrückung in der Gesellschaft bewirken, bestärken, ermöglichen oder herausfordern, wobei es gilt, sowohl die Mikroebene (Sprachgebrauch, Diskurs, verbale Interaktion und Kommunikation) als auch die Makroebene (Macht, Unterdrückung und Ungerechtigkeit) der sozialen Ordnung zu analysieren (Van Dijk 2008: 85ff.).

Die Diskussion des sozio-kognitiven Ansatzes von Teun van Dijk hat grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis zwischen Diskurs und Macht hervorgebracht und gezeigt, wie Macht mittels Diskursen ausgeübt werden kann. Bei einer CDS nach van Dijk liegt demnach der Schwerpunkt auf den gesellschaftlichen Dynamiken der Diskursteilnehmenden, auf der Untersuchung sozialer Normen, deren Entstehung sowie Fortbestehen in unserer Gesellschaft und der Frage, wie Diskursteilnehmende als Macht Ausübende und zugleich unterdrückende Gruppe dieses Konstrukt beeinflussen. Die zum SCA angestellten Überlegungen bezüglich Macht- und Gesellschaftsstrukturen sollen in die vorliegende Arbeit einfließen und insbesondere bei der Interpretation der Ergebnisse hinzugezogen werden.

2.2 Diskursiv-historischer Ansatz nach Martin Reisigl und Ruth Wodak

Angeichts der Tatsache, dass das Ziel der KDA dieser Arbeit ist, Widersprüche in der Argumentation rechter Parteien und ihrer homosexuellen Vereinigungen aufzudecken, sollte an dieser Stelle auch der diskursiv-historische Ansatz von Reisigl und Wodak diskutiert werden, der sich u.a. mit dem Thema Argumentation befasst und einen gut verfolgbareren Katalog an Analyse-Schritten beschreibt, der auch der vorliegenden Arbeit als Leitfaden dient. Während van Dijk sich hauptsächlich in der kognitiven sowie gesellschaftlichen Dimension bewegt, versucht der diskursiv-historische Ansatz von Reisigl und Wodak, Handlungsfelder, Genres, Diskurse und Texte zu verbinden. Dabei warnen Reisigl und Wodak

davor, sich nicht in den Wirren verschiedener grosser Theorien zu verlieren, sondern vielmehr eine auf ein spezifisches soziales Problem massgeschneiderte Werkzeugkiste zusammenzustellen (Wodak/Meyer 2009: 26). Der DHA befasst sich hauptsächlich mit politischen Themen und macht insbesondere von der Argumentationstheorie regen Gebrauch (ebd.: 26).

Der DHA stellt eine abduktive Methode dar, d.h., ausgehend von einem Fakt (in diesem Fall Elemente aus dem Diskurs) wird eine sinnstiftende Regel formuliert, aus der ein Fall abgeleitet werden kann. Ob dieser Fall dann auch allgemeingültig ist, muss empirisch überprüft werden (Halbmayer/Salat 2011). Zurückkommend auf den DHA bedeutet dies, dass von der Forschungsfrage ausgehend zuerst Analysekategorien erarbeitet werden und die empirischen Daten im Verlaufe der Analyse kontinuierlich mit der Theorie abgeglichen werden, wobei auch immer der historische Kontext in die Analyse und Interpretation der Daten einfließt (Wodak/Meyer 2009: 30).

Natürlich stellt sich gerade bei einer KDA die Frage der Validität der Daten und deren Auswertung, denn wie bereits festgestellt wurde, ist der oder die Forschende selbst ins Thema involviert und setzt sich gemäss van Dijk für die Interessen einer bestimmten, unterdrückten Gruppe ein. Reisigl und Wodak empfehlen, die verschiedenen Kontext-Ebenen einer Diskursanalyse stets untereinander zu vergleichen und die Daten aus den verschiedenen Perspektiven auszuwerten, um doch eine gewisse Objektivität zu wahren (Wodak/Meyer 2009: 31).

2.2.1 Kritik, Ideologie und Macht

Drei zentrale Begriffe einer jeden KDA sind Kritik, Ideologie und Macht, wobei sie je nach Ansatz unterschiedlich ausgelegt werden.

Dem DHA folgend sollte Kritik mit einer gewissen Distanz zu den gesammelten Daten formuliert werden. Letztere sollten in ihrem sozialen Kontext betrachtet und die politische Ausrichtung der Diskursteilnehmenden sollte aufgezeigt werden. Schliesslich sollte der oder die Forschende stets einen selbstreflektierenden Blick auf die eigene Arbeit richten (Reisigl/Wodak 2009: 87). Im DHA verfolgt die Kritik drei miteinander zusammenhängende Ziele: text- sowie diskursinterne Ungereimtheiten, Widersprüche, Paradoxon und Dilemmas aufzuzeigen (diskurs-immanente Kritik); den persuasiven oder manipulativen Charakter von Diskurspraktiken aufzudecken (sozio-diagnostische Kritik), wobei dazu u.a. der Kontext von Relevanz ist; und schliesslich die Verbesserung der Kommunikation mittels aus der Analyse gewonnen Ratschlägen (prospektive Kritik) (Reisigl/Wodak 2009: 88). In vorliegender Arbeit werden insbesondere die diskurs-immanente sowie die sozio-diagnostische Kritik, auch unter Einfluss der Schule van Dijks, zum Tragen kommen.

Unter Ideologie verstehen Reisigl und Wodak:

„an (often) one-sided perspective or world view composed of related mental representations, convictions, opinions, attitudes and evaluations, which is shared by members of a specific social group“ (2009: 88).⁶

Ideologien dienen also dazu, durch den Diskurs Macht aufzubauen und zu erhalten, indem z.B. der Zugang zum Diskurs kontrolliert – sie fungieren somit als Gatekeeper – oder Narrative über eine vorherrschende Identität gestrickt werden (Reisigl/Wodak 2009: 88). Ein Ziel des DHA ist es, das Rätsel der Übermacht gewisser Diskurse durch das Erläutern von Ideologien zu lösen (ebd.: 88). Dabei ist nicht die Sprache selbst mächtig, sondern wird von mächtigen Personen benutzt, um an Macht zu gelangen und diese zu erhalten, weshalb mit dem DHA die Sprache ebendieser Mächtigen untersucht wird (ebd.: 88).

Im Kapitel über den sozio-kognitiven Ansatz wurde die Definition von Macht bereits im Detail behandelt, weshalb das Thema hier nur noch in ein paar Sätzen gemäss den Überlegungen von Reisigl und Wodak zusammengefasst wird (2009: 88f.). Es handelt sich bei diesem Konzept um eine „asymmetric relationship among social actors“ verschiedener Gruppen, wobei Wille und Interessen der einen Gruppe über Willen und Interessen einer anderen stehen (Reisigl/Wodak 2009: 88). Während Macht eine physische Form annimmt und sich z.B. durch Gewaltakte manifestieren kann, gibt es auch eine linguistische, diskursive Form davon. So wird Macht beispielsweise in Diskursen als legitim oder illegitim dargestellt und Texte können Spuren ideologischer Kämpfe um die Macht enthalten. Der DHA untersucht deswegen, welche linguistischen Formen in verschiedenen Ausdrücken und Manipulationen von Macht verwendet werden, wobei die Analyse sich nicht nur auf Grammatik, Lexik, Syntax und Semantik beschränkt, sondern beispielsweise auch der Frage nachgeht, wer die kommunikative Situation kontrolliert und wer überhaupt Zugang zum Diskurs hat (Reisigl/Wodak 2009: 88f.).

2.2.2 Vorgehen bei der KDA nach dem diskursiv-historischen Ansatz

Um nun eine KDA nach dem diskursiv-historischen Ansatz durchführen zu können, stützt sich dieser auf vier Analysetappen: Zuerst werden die Inhalte und Themen eines spezifischen Diskurses bestimmt, danach die diskursiven Strategien (z.B. Argumentationsstrategien) untersucht, dann die linguistischen Mittel und schliesslich die spezifischen, kontextabhängigen linguistischen Umsetzungen analysiert (Wodak/Meyer 2009: 29).

Diese vier Etappen können noch weiter in acht Analyseschritte heruntergebrochen werden (Reisigl/Wodak 2009: 96): Als Erstes sollten der theoretische Hintergrund beleuchtet und

⁶ Man beachte hier, dass diese Begriffsdeutung praktisch deckungsgleich mit der Definition von *social representations* von Van Dijk ist.

bisherige Arbeiten diskutiert werden, was in Bezug auf diese Arbeit in diesem Kapitel bereits stattfindet. Danach geht es ans systematische Sammeln von Daten sowie Kontextinformationen, wobei definiert werden sollte, in welchem Zeitraum die Daten gesammelt werden, von welchen Akteuren diese stammen, was für ein Diskurs bzw. Diskursstrang untersucht wird und was für Textarten als Grundlage dienen. Anschliessend wird der Analysekorpus vorbereitet und die gesammelten Daten werden in Kategorien eingeteilt. Sind die Daten soweit vorbereitet, können die Forschungsfrage spezifiziert und erste Vermutungen zum Thema angestellt werden. Reisigl und Wodak empfehlen, als Nächstes einen Text aus dem Korpus auszusuchen und als eine Art qualitative Pilotstudie zu untersuchen – dies, um die analytischen Instrumente zu verfeinern und die bereits formulierten Vermutungen weiter auszubauen. Nachdem dieser Text im Detail untersucht wurde, kann der Rest des Korpus ebenfalls analysiert werden, wobei hier auch der soziale, politische und historische Kontext in die Analyse miteinbezogen werden sollte. Der zweitletzte Schritt beinhaltet das Interpretieren der Ergebnisse und das anschliessende Formulieren einer Kritik mit Bezug auf die drei erwähnten Dimensionen. Abschliessend sollten die Analyseergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (Reisigl/Wodak 2009: 96ff.).

Während der Analyse kann sich der oder die Forschende an fünf Grundfragen orientieren, die fünf Strategien entsprechen, wobei unter Strategie ein mehr oder weniger bewusstes Vorgehen der Sprechenden verstanden wird, um ein bestimmtes gesellschaftliches, politisches, psychologisches oder linguistisches Ziel zu erreichen (Wodak/Reisigl 2009: 93f.). Eine dieser Strategien beinhaltet die Argumentation, um die sich ja die Forschungsfrage dieser Arbeit dreht. Deshalb soll das nächste Unterkapitel die Grundlagen der Argumentation kurz darstellen.⁷

2.3 Argumentation und Topos

Hauptziel einer Argumentation ist, „die Wahrheit bzw. Richtigkeit ein oder mehrerer Propositionen zu behaupten“ (Kienpointner 1992: 15), wobei die Argumente dazu dienen, strittige Propositionen zu stützen oder zu widerlegen (Kienpointner 1992: 17). Bezugnehmend auf weitere Werke der Argumentationstheorie stellt Kienpointner ausserdem fest, dass diese Argumente, um plausibel zu sein, einerseits wahr/richtig, andererseits aber auch relevant sein müssen, d.h., sie müssen mit der jeweiligen Konklusion zusammenhängen, die sich aus ihnen ergibt (Kienpointner 1992: 17). Wie sich in der Korpusanalyse jedoch noch zeigen wird, ist die Relevanz gewisser Argumente im Diskurs um die Ehe für alle infrage zu stellen, was wiederum die Frage aufwirft, weshalb diese Argumente beim Zielpublikum trotzdem ankommen, also überzeugungskräftig sind. Um diese Frage beantworten zu können, muss

⁷ Hier sollte noch angefügt werden, dass der diskursanalytische Ansatz von Siegfried Jäger (vgl. dazu 2010 und 2012 sowie in Wodak/Meyer 2009), der sich in seinen Arbeiten nahe an der foucaultschen Theorie bewegt, ebenfalls interessante und für die Arbeit relevante Aspekte enthält. Die von Jäger empfohlene Vorgehensweise hat in ihrem Grundgerüst allerdings viele Gemeinsamkeiten mit derjenigen von Reisigl und Wodak, weshalb hier darauf verzichtet wird, sie im Detail zu diskutieren. Allerdings werden bei der konkreten Analyse der Texte einige Elemente von Jägers Struktur- sowie Feinanalyse zurate gezogen (vgl. dazu Jäger 2012: 96-99).

man die grundlegende Struktur einer Argumentation verstehen. Als Prototyp eines Argumentationsmusters dient häufig das bekannte Toulmin-Schema. Es setzt sich zusammen aus Behauptung oder These (*claim*), Fakten (*grounds*), die als Argument dienen, Schlussregel (*warrant*), möglichen weiteren Aussagen (*backing*), die die Schlussregel stützen können, Modalitätsausdrücken (*modality*), die den Wahrscheinlichkeitsgrad der These angeben, und Ausnahmebedingungen (*rebuttal*) (Toulmin 2008). Kopperschmidt spricht in Bezug auf Toulmins *claim* z.B. von einem Geltungsanspruch, denn es gehe bei der Argumentation um die Herstellung „eines rational motivierten Einverständnisses (Konsens)“ (1989: 5), mit anderen Worten also darum, das Gegenüber mit Argumenten (Geltungsansprüchen) von der Gültigkeit der eigenen Aussage zu überzeugen und so zu einem rationalen Einverständnis zu gelangen. Diese Form der Kommunikation ist u.a. dann vonnöten, wenn bestimmte Handlungen nicht durch „monologische Machtansprüche erzwungen“ werden können (Kopperschmidt 1989: 5). Wie schon von van Dijk erkannt, kann Macht also innerhalb eines Diskurses ausgeübt werden und die Argumentation als spezifische Form sprachlicher Kommunikation ist eines der Werkzeuge, um das zu erreichen. Kopperschmidt verallgemeinert die Elementarstruktur der Argumentation auch in Anbetracht der Tatsache, dass Argumente immer adressatenbezogen sind, und zwar folgendermassen: „A versucht gegenüber B, den problematisierten GA [Geltungsanspruch, MC] von p mithilfe von q einzulösen“ (1989: 93). Aber damit ein Argument überhaupt überzeugungskräftig ist, muss es bestimmte Kriterien erfüllen (Kopperschmidt 1989: 111ff.):

1. Es muss selbst *unstrittig*, in anderen Worten wahr oder richtig sein.
2. Das Argument muss als *geeignet* erachtet werden, d.h. es muss eine „materiale Beziehung zwischen p und q geben“ (ebd.: 112). Diese Beziehung kann hergestellt werden, indem ein als allgemeingültig erachtetes Theorem im konkreten Fall angewandt werden kann. So entsteht eine hinreichende Plausibilität zwischen p und q, auch wenn direkt kein logischer Zusammenhang zwischen den beiden hergestellt werden kann.
3. Schliesslich muss der Geltungsgrund q im problemspezifischen kategorialen System *relevant* sein, d.h. z.B., wenn es in der Debatte um die Ehe für alle um die juristische Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit andersgeschlechtlichen Paaren geht, sollte auch mit juristischen Geltungsgründen dafür oder dagegen argumentiert werden und nicht mit religiösen.⁸

Erfüllt das Argument diese Kriterien, stützt es die strittige Aussage und aus diesen beiden Elementen lässt sich die Schlussregel ableiten, die nicht zwingend explizit erwähnt werden muss, jedoch mit konditionalen oder kausalen Paraphrasen wie „if x, then y“ oder „y, because x“ explizit gemacht werden kann (Reisigl/Wodak 2009: 110). Durch diese Schlussregel wird die interne rationale Beziehung zwischen der strittigen Aussage und dem Argument

⁸ Wahrheit und Relevanz kommen auch in zwei der Kooperationsmaximen von Grice in seiner Theorie zum kooperativen Sprachgebrauch vor (Grice 1979), was naheliegend ist, da gerade bei der Argumentation der oder die Argumentierende darauf angewiesen ist, dass das Gegenüber kooperativ agiert und möglicherweise fehlende Explizitheit selbst ergänzt (vgl. dazu Kapitel 2.4).

expliziert (Kopperschmidt 1989: 100ff.). Diese Schlussregeln entsprechen den aristotelischen Topoi, die „den legitimen Übergang von der unstrittigen Aussage zur strittigen Konklusion sichern“ sollen (Wengeler 2003: 180). Dazu müssen sie allerdings „interpretativ aus den sprachlich realisierten Bestandteilen der Argumentation erschlossen werden“ (ebd.: 181). Sie können dazu in zwei Kategorien eingeteilt werden; *allgemeine Topoi* (auch: kontextabstrakte oder bei Kopperschmidt formale Topoi), die nicht inhaltlich bestimmt sind und in allen Redegattungen angewandt werden können, und *besondere Topoi* (auch: kontextspezifische oder bei Kopperschmidt materiale Topoi), die sich auf einen bestimmten inhaltlichen Bereich beziehen, jedoch jeweils auch auf einen allgemeinen Topos rückschliessen lassen (Wengeler 2003: 182f.). Bei der Analyse sollte der Fokus nicht auf den allgemeinen Topoi liegen, da sie keine inhaltlichen Aussagen über den untersuchten Diskurs machen, sondern auf den besonderen Topoi, wobei es gerade für den Diskursstrang zur Ehe für alle möglich sein sollte, eine möglichst vollständige Liste der vorkommenden Topoi zu erstellen und die entsprechenden allgemeinen Topoi zu nennen (Wengeler 2003: 184f.). Die besonderen Topoi sollten so formuliert werden, „dass sie eine überschaubar grosse Zahl bilden und dabei doch den Grossteil der vorkommenden Realisierungen abdecken“ (Wengeler 2003: 278f.). Schliesslich muss bei der quantitativen Auswertung nicht nur eruiert werden, wie verbreitet ein Topos ist, sondern auch, wie häufig er von welchen Gruppen für oder gegen ein Thema verwendet wird (Wengeler 2003: 279).

Nun soll anhand eines konkreten Beispiels aus den Interviews das Toulmin-Schema sowie die Zuteilung zu einer bestimmten Topos-Art aufgezeigt werden:

Im Gespräch mit A.T. der AHO erklärte dieser, dass man das traditionelle Familienbild und nicht Regenbogenfamilien fördern müsse. Auf die Frage hin, weshalb dem so sei, antwortete A.T. folgendermassen:

„Naja, wenn das [Regenbogenfamilien als wünschenswertes Familienbild, MC] in die Mitte gestellt wird, hört es natürlich bald auf mit der Toleranz gegenüber Homosexuellen.“ (A.T. 2019: 14).

Bei diesem Beispiel wird der Geltungsanspruch (*claim*), dass es traditionelle Familien eher zu fördern gilt als Regenbogenfamilien, mit dem Argument (*ground*) gestützt, dass es sonst bald aufhört mit der Toleranz. Dies mag zunächst als äusserst unlogische Argumentation erscheinen, denn wo wird mehr Toleranz gegenüber Homosexuellen gelebt als in Regenbogenfamilien? Wenn man allerdings das Interview weiter analysiert, lässt sich die Argumentation ein wenig entwirren. Als zusätzliches Argument (*backing*) fügt A.T. nämlich an, dass es im Grunde darum geht, das gute Verhältnis zu Homosexuellen aufrecht zu erhalten und dazu

„müssen diese ganzen Gruppen von liberalen Moslems bis zum braven normalen Deutschen Kinder in traditionellen Familien bekommen, die ihnen dieses Weltbild weiter fundamentieren. Wenn Sie dieses Weltbild auflösen und diese Gruppen schwächen, werden andere Gruppen, die sich um dieses Weltbild nicht kümmern – der radikale Islam – stärker werden.“ (A.T. 2019: 15)

Es geht also darum, dass die einheimische deutsche Bevölkerung die Reproduktionsrate sicherstellt und implizit wird gesagt, dass Regenbogenfamilien diese nicht garantieren können, weil das „von der Natur her“ nicht möglich ist und „homosexuelle Partnerschaften nicht darauf angelegt [sind], Kinder zu kriegen“ (A.T. 2019: 12).⁹ Angesichts dieser Zusatzinformationen gelangt man zu folgender Schlussregel (*warrant*): Nur wenn die einheimische Reproduktion durch traditionelle Familien garantiert wird, können auch die Werte der Toleranz (gegenüber Homosexuellen) weitergegeben werden und das bestehende Weltbild erhalten bleiben. Es handelt sich somit um ein deskriptives Kausalschema, bei dem von einem zu erreichenden Ziel (Erhalt der Toleranz gegenüber Homosexuellen) auf eine Handlung (die Förderung traditioneller Familien – somit implizit der Reproduktion) geschlossen wird.¹⁰ Dieses Schema kann einerseits dem allgemeinen Nutzen-Topos zugeteilt werden, da der Argumentierende eine Handlung (Förderung der traditionellen Familien) aufgrund des positiven Nutzens für die Gesellschaft (Toleranz- und Werteerhalt) unterstützt, und andererseits dem besonderen Topos der Familie als Grundlage der Gesellschaft, den wir im Verlaufe der Arbeit noch einige Male antreffen werden und auf den in Kapitel 5.1 noch näher eingegangen wird.

2.4 Konversationelle Implikaturen

In der Diskussion des sozio-kognitiven Ansatzes von van Dijk wurde bereits erwähnt, dass gerade in einer Diskursanalyse nicht nur das wirklich Gesagte, sondern eben auch das Gemeinte oder bewusst Weggelassene eine wichtige Rolle spielen. In seinem Werk zur Pragmatik spricht Stephen Levinson von einer tiefen „Kluft zwischen dem, was wörtlich gesagt, und dem, was übermittelt wird“ (2000: 108). Anders gesagt, besitzen alle sprachlichen Ausdrücke meistens einen „stabile[n] semantische[n] Kern“, der häufig „eine instabile, kontextspezifische pragmatische Hülle hat, die aus einer Menge an Implikaturen besteht“ (Levinson 2000: 110). Bei diesen von Levinson als konversationell benannten Implikaturen handelt es sich um „pragmatische, nicht-wahrheitsfunktionale, meist kontextvariable Inferenzen“ (Eggler 2006: 97), die auf der Theorie der vier Kooperationsmaximen zum effizienten und kooperativen Sprachgebrauch von Grice (1979) basieren. Damit eine Konversation zwischen Personen stattfinden kann, müssen diese dem Kooperationsprinzip folgen, d.h., sie müssen den Gesprächsbeitrag so gestalten, dass er wahr (Qualitätsmaxime), so informativ wie möglich, aber nicht informativer als nötig (Quantitätsmaxime), in der Situation relevant (Relationsmaxime) und verständlich, also eindeutig und kurz gefasst (Modalitätsmaxime) ist (Levinson 2000: 112ff.; Eggler 2006: 97). Befolgen die Gesprächsführenden dieses Prinzip, können sie diverse Implikaturen – die Levinson Standardimplikaturen nennt – von den Aussagen des Gegenübers ableiten, in der Annahme, der oder die Sprechende befolge die Maximen (Levinson 2000: 115). Es handelt sich um Schlussfolgerungen, „die

⁹ Vgl. dazu Kapitel 5.1, Topos der natürlichen Ordnung

¹⁰ „Wenn X ein Ziel (nur) durch Handlung Z erreichen kann, wird X Y ausführen.
X kann das Ziel (nur) durch Handlung Z erreichen.
 Also: X wird Z ausführen.“ (Kienpointner 1992: 338)

sowohl auf dem Gehalt des Gesagten beruhen als auch auf einigen besonderen Annahmen über den Charakter einer normalen verbalen Aktion“ (Levinson 2000: 114). Allerdings können diese Maximen auch bewusst missachtet werden, was insbesondere bei vielen traditionellen Stilfiguren wie Ironie, rhetorischen Fragen oder Tautologien der Fall ist (Levinson 2000: 119ff.). Auch diese lösen wiederum Implikaturen aus, da der Gesprächspartner automatisch versucht, die Missachtung der Maxime zu reparieren, immer davon ausgehend, dass der oder die Sprechende mit den eigenen Aussagen kooperativ sein will. Gemäss Eggler sind Implikaturen deshalb rhetorisch effizient, „weil der Sprecher auf die aus seinen Äusserungen ableitbaren Implikaturen [...] nicht festgelegt werden kann“ (2006: 98). Diese Beobachtung ist im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit äusserst interessant, denn wie in der Interviewanalyse in Kapitel 5 noch zu sehen sein wird, mögen gewisse Aussagen rechter Parteien auf den ersten Blick nicht homophob erscheinen, wenn man jedoch die Implikaturen extrapoliert, stellt sich heraus, dass es sich um klare Homophobie handelt. Man kann also vermuten, dass diese Aussagen bewusst so formuliert werden, um einerseits die abwertende Ansicht gegenüber Homosexuellen darzustellen, andererseits aber nicht der Homophobie bezichtigt werden zu können.

2.5 Sexualitätsdispositiv nach Michel Foucault

Eine weitere erwähnenswerte Theorie im Rahmen der Diskurslinguistik und dem Diskurs über Homosexualität ist das Sexualitätsdispositiv nach Michel Foucault. Bei einem Dispositiv handelt es sich gemäss Foucault um ein Netz von Elementen (Diskursen, Institutionen, Gesetzen, usw.) von Gesagtem und Ungesagtem mit einem bestimmten Effekt auf die Denkweise der Menschen (Foucault 1978: 119ff.). Das Sexualitätsdispositiv steuert in diesem Sinne, wie die Menschen ihre Sexualität verstehen und welche Verhaltensweisen gesellschaftlich akzeptierbar sind bzw. es nicht sind (Stichworte Homosexualität, Perversion, etc.).

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, weshalb Sex und Sexualität – ein im Grunde genommen äusserst persönliches, intimes Thema – für die Gesellschaft von so grossem Interesse sind. Sex ist seit langer Zeit ein von Mythen und Geheimnissen umranktes Konzept (Sarasin 2005: 158). Gemäss Foucault finden sich die Anfänge des menschlichen Interesses an Sex und Sexualität im 13. Jahrhundert, als die Kirche das Buss sakrament und den Geständniszwang einführte und so versucht wurde, den Sex zu diskursivieren (Foucault 1977 in Sarasin 2005: 159). Durch das Aufkommen der Geständniskultur in der christlichen Gesellschaft wurde der Mensch konditioniert „alles über seinen Sex zu sagen“ (Foucault 1977: 34). Aber woher dieses Interesse an Sex? Der moderne Staat entdeckte im 18. Jahrhundert „die Bevölkerung als Ressource und Reichtum und [begann,] sich um deren Reproduktion zu sorgen“ (Sarasin 2005: 161). So bemühte er sich z.B. um die Förderung der Geburten oder die Eindämmung der Kindersterblichkeit (Sarasin 2005: 161). Foucault nennt dieses Tätigkeitsfeld „Biopolitik“ und auch in der heutigen Zeit finden sich zahlreiche Beispiele für biopolitische Entscheide von Staaten wie die Legalisierung bzw. das Verbot von Abtreibungen oder der Zugang zu künstlicher Befruchtung, um nur

zwei davon zu nennen. Dabei spielt gerade der Zugang zu künstlicher Befruchtung im Diskurs der Ehe für alle eine zentrale Rolle, wie wir in der Diskursanalyse noch sehen werden. Ein zweiter Grund für das rege Interesse an Sex ist die immer prominenteren Rolle der Medizin im 19. Jahrhundert (Sarasin 2005: 161). Sex und Sexualität werden nicht mehr aus einer geistlichen, sondern medizinischen Perspektive betrachtet und können therapiert werden, indem darüber gesprochen wird und es entstehen diskursive Techniken rund um Sex (Sarasin 2005: 162). Mit der medizinischen Betrachtung einher geht eine Kategorisierung der Sexualität, wobei definiert wird, was normal und was pathologisch ist. Das Normale entspricht dabei der „bürgerlichen Sexualität“, zum Pathologischen hingegen gehört unter anderem die „perverse Lust“, wobei auch ein neuer sexualwissenschaftlicher Diskurs über „das Perverse“ entsteht (Sarasin 2005: 162f.). Dies ist im Diskurs um die Homosexualität von besonderem Interesse, da Homosexuelle immer wieder als pervers bezeichnet werden.

Gemäss Foucault werde die Moderne zunehmend von Sex und dem Sexualitätsdispositiv beherrscht, denn „die Sexualität gehört zur Norm, zum Wissen, zum Leben, zum Sinn, zu den Disziplinen und Regulierungen“ (Foucault WW 1977: 176). Ausserdem sei Biopolitik „die Machtform des Sexualitätsdispositiv“, denn damit werde der Zugang zum Leben des Körpers und der Gattung geöffnet (Sarasin 2005: 167). Die Sexualität kann individuell analysiert, ja gar dressiert werden und gleichzeitig als Massstab für die Gesellschaft dienen (Foucault WW 1977: 174f.). Schliesslich kann, wer die biopolitische Macht besitzt, das Leben verwalten und optimieren (Sarasin 2005: 168).

Aus dieser Diskussion kann man schlussfolgern, dass die Kontrolle der Sexualität Macht über das Leben einer Gesellschaft bedeutet. Es ist somit auch nachvollziehbar, dass Mächtige sich bedroht fühlen, wenn eine andere Form der Sexualität und eine möglicherweise damit einhergehende neue Biopolitik aufkommen. Das häufige Argument, dass zwei homosexuelle Menschen ohne externes Einwirken (sei das durch natürliche oder künstliche Befruchtung durch Dritte) keine Kinder zeugen können und die Gefahr, dass dadurch z.B. die Geburtenrate einer Gesellschaft sinken würde und somit ihr Fortbestehen nicht gewährt wäre, bestätigt diese These.

3 Methodik

Nachdem die grundsätzliche Vorgehensweise, wie sei Reisigl und Wodak empfehlen, im theoretischen Teil diskutiert wurde, werden in diesem Kapitel das Analysekörpus vorgestellt, das sich einerseits aus bereits bestehenden Texten und andererseits aus geführten Interviews zusammensetzt. Viele kritische Diskursforschende betonen, dass es sich bei der KDA um ein offenes Konzept handelt und sich die Forschenden ihre eigene, auf die Forschungsfrage zugeschnittene Werkzeugkiste zusammenstellen sollten (z.B. in Wodak/Meyer 2009). Dieser Rat wurde in der vorliegenden Arbeit befolgt, und ausgewählte Elemente aus den im Theorieteil diskutierten Ansätzen wurden zu einer für die Forschungsfrage passende Werkzeugkiste zusammengefügt.¹¹

3.1 Textkorpus

Das zu untersuchende Textkorpus besteht einerseits aus der offiziellen Dokumentation der drei zu untersuchenden Parteien SVP, CDU und AfD. Konkret werden die aktuellen Parteiprogramme (SVP-Parteiprogramm 2019-2023, CDU-Regierungsprogramm 2017-2021, AfD-Grundsatzprogramm beschlossen im Frühling 2016) auf den Diskursstrang zur Ehe für alle untersucht, wobei zuerst grundsätzlich analysiert werden muss, was für eine offizielle Position die Parteien zu den Themen Homosexualität und Ehe für alle einnehmen. Der rechtliche und soziale Kontext beider Länder wurde bereits in Kapitel 1 erläutert. In Deutschland fanden im September 2017 die letzten Bundestagswahlen statt und die Ehe für alle wurde im Herbst desselben Jahres eingeführt. In der Schweiz fanden im Oktober 2019 die letzten Parlamentswahlen statt und das Thema Ehe für alle wurde u.a. diesen Sommer in der Rechtskommission des Nationalrats behandelt. Zwar könnte man argumentieren, dass zwischen den Parteiprogrammen der Schweizer Parteien und der deutschen Parteien zwei Jahre liegen und somit ein Vergleich aufgrund der chronologischen Asymmetrie nicht valide sei. Eine thematische Parallele der Ereignisse besteht jedoch durchaus, weshalb dieser zeitliche Unterschied bei der Analyse vernachlässigt wird. Ausserdem hebt Jäger hervor, „dass Diskurse meistens nicht einfach abbrechen, sondern [...] weiter fließen“ (2012: 93). D.h., auch in Deutschland fließt der Diskurs um die Ehe für alle weiter, obwohl das Gesetz dazu seit Oktober 2017 in Kraft ist, wie z.B. der von der AfD eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung der Ehe für alle zeigt, der im Oktober 2018 im Bundestag besprochen wurde (Deutscher Bundestag 2018: 6011ff.).

Da diese Arbeit ein besonderes Augenmerk auf den Diskursstrang zur Ehe für alle legt, werden neben den offiziellen Parteiprogrammen diesbezügliche Wortmeldungen der Parteimitglieder der AfD und CDU im Deutschen Bundestag untersucht. Als Textgrundlage dienen einerseits das Plenarprotokoll des Deutschen Bundestags vom 30. Juni 2017 für die

¹¹ Eine Darstellung der zusammengestellten Werkzeugkiste sowie die Tabelle, die als Grundlage für die Analyse der jeweiligen Texte diente, befinden sich im Anhang.

CDU und andererseits die Bundestagsdebatte vom 11. Oktober 2018 zum Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschliessung für Personen gleichen Geschlechts, eingereicht von der AfD-Fraktion im Bundestag, da die AfD erst bei den Bundestagswahlen im September 2017 ihren erstmaligen Einzug in den Bundestag hielt und somit nicht an der Debatte um die Ehe für alle teilgenommen hatte.

Auf Schweizer Seite wurde zum Zeitpunkt der Abgabe dieser Arbeit das Geschäft im Parlamentsplenum noch nicht behandelt. Deshalb dient hier die Vernehmlassungsantwort der SVP an die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats vom 20. Juni 2019 als Grundlage.

Das Korpus setzt sich weiter aus den Leitlinien der homosexuellen Vereinigungen dieser Parteien zusammen. Bei der LSU handelt es sich um das Grundsatzprogramm, das im Oktober 2012 beschlossen wurde, bei der AHO um ihre 2017 verfassten Leitlinien. Bei der GaySVP wird aufgrund fehlender offizieller Unterlagen ihre 2011 verfasste Internet-Rubrik „Wer wir sind“ analysiert. In Bezug auf den Diskursstrang zur Ehe für alle hat die GaySVP am 13. Juni 2019 ebenfalls eine Vernehmlassungsantwort an die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats geschickt und die LSU hat 2015 ein Positionspapier zum Thema veröffentlicht. Diese beiden Texte sind ebenfalls Gegenstand der Analyse. Leider konnte von der AHO kein Material zum Diskursstrang zur Ehe für alle gefunden werden. Diese Lücke soll mittels Interviews gefüllt werden. Alle verwendeten Texte wurden von der jeweiligen offiziellen Webseite heruntergeladen.

Wie Reisigl und Wodak empfehlen, wird anhand eines ausgewählten Textes eine erste Analyse durchgeführt. Dieser Text soll als „Pilotstudie“ (Reisigl/Wodak 2009: 96) dienen, um die Analysekategorien sowie -werkzeuge zu testen und wenn nötig zu verfeinern. In der vorliegenden Arbeit wird dazu das Kapitel „Mensch, Familie, Gemeinschaft“ aus dem Parteiprogramm 2019-2023 der SVP untersucht. Anschliessend werden die restlichen Texte analysiert.

3.2 Interviews

Da zu vermuten ist, dass gerade in offiziellen Parteiprogrammen und Positionspapieren der Diskurs sehr bewusst und kontrolliert geführt wird, basiert diese Arbeit auf einem zusätzlichen Korpus bestehend aus Interviews mit einigen Vertretern der Parteien sowie der Vereinigungen selbst. Ziel der Interviews ist, die Teilnehmenden einerseits grundsätzlich zu ihrer persönlichen Meinung zum Thema Homosexualität und Ehe für alle zu befragen, und andererseits anhand der gewonnenen Erkenntnisse aus der Textanalyse Widersprüche in der Argumentation der Gesprächsteilnehmenden aufzudecken.

Befragt werden zwei homosexuelle Mitglieder der SVP, die allerdings nicht Mitglieder der GaySVP sind, der Präsident sowie ein Vorstandsmitglied der GaySVP, ein Mitglied der Jungen Alternative (JA) sowie die Bundesvorsitzenden der AHO und der LSU. Im Laufe der

Vorbereitung wurden noch weitere Personen (u.a. nicht-homosexuelle Mitglieder der SVP und CDU) angefragt, leider wollten sie sich nicht für ein Interview zur Verfügung stellen. Dies hat dazu geführt, dass die verschiedenen Gruppen bei der Befragung nicht ganz ausgeglichen vertreten sind. Dass dies zu einem gewissen Grad der Repräsentativität der Arbeit schadet, ist mir bewusst, allerdings hat sich gerade im Gespräch mit dem heterosexuellen Interviewpartner herausgestellt, dass die Argumente nicht viele neue und für die Arbeit zentrale Erkenntnisse bringen. So hat sich gezeigt, dass die Gespräche mit den homosexuellen Mitgliedern der Parteien und/oder Vereinigungen weitaus aufschlussreicher waren, weshalb das Hauptaugenmerk auf ihre Argumentation gelegt wurde und die Argumente der Parteien zum Vergleich beigezogen wurden.

Name	Partei/Vereinigung	homosexuell
Michael Frauchiger (M.F.)	SVP	ja
I1	SVP	ja
Beat Feurer (B.F.)	GaySVP	ja
Thomas Fuchs (T.F.)	GaySVP	ja
Alexander Vogt (A.V.)	LSU	ja
Alexander Tassis (A.T.)	AHO	ja
Maximilian Maul (M.M.)	JA	nein

Tabelle 1: Interviewpartner

Da das Ziel der Befragungen das Aufdecken möglicher Widersprüche in der Argumentation der Gesprächspartner ist, wurde die Form eines problemzentrierten Interviews gewählt, bei dem vorbereitete Fragen in einem Leitfaden als Hintergrundkontrolle festgehalten werden, gleichzeitig jedoch noch Platz für spontane Fragen durch die Interviewerin bleibt (Helfferich 2011: 36). Bei dieser Methode geht es darum, den Befragten die Problemsicht zu entlocken und mittels Nachfragen sowie Klärungen das Thema zu vertiefen (ebd.: 38ff.). Als Vorwissen für das Nachhaken sollen die Erkenntnisse aus der Textkorporusanalyse dienen. Ausserdem muss die Interviewerin sich ihrer Rolle als ebensolche bewusst sein und die eigene Meinung, die in bestimmten Punkten vermutlich von derjenigen der befragten Person abweicht, zur Seite schieben und sich möglichst neutral in das Gespräch begeben. Dies stellt wahrscheinlich eine persönliche Herausforderung dar, da eine komplette Distanzierung praktisch unmöglich ist, wie bereits im Theorieteil in Bezug auf die persönliche Involvierung der Forschenden in die KDA mehrfach erwähnt wurde.

Vor dem Interview wird den zu Befragenden eine Einverständniserklärung mit auf Wunsch zugesicherter Anonymisierung der Daten zur Unterschrift vorgelegt. Die Interviews werden mit einem Audiogerät aufgenommen und anschliessend mithilfe der Spracherkennungssoftware Dragon transkribiert (sog. Respeaking). Aufgrund der Länge der Interviews (ca. 1. Std.) wurde auf eine Transkriptionsmethode eines bspw. „GAT2-Feintranskript“ verzichtet, denn durch eine Transkription mittels Respeaking kann erheblich Zeit eingespart werden. Ausserdem steht mir diese Software aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit als Schriftdol-

metscherin zur Verfügung und meine Arbeitgeberin hat mir freundlicherweise die Bewilligung gegeben, das Programm für meine Arbeit zu verwenden. Es handelt sich um eine bewährte Methode, die nicht nur beim Schriftdolmetschen, sondern auch beim Schweizer Fernsehen zur genauen und effizienteren Untertitelung von Sendungen verwendet wird. Ausserdem haben die kognitiven Fähigkeiten, die für das Respeaking notwendig sind, zahlreiche Parallelen mit denjenigen von Dolmetscherinnen und Dolmetschern. Somit kann ich dadurch gleich noch meine während des Masterstudiums mit Vertiefung Konferenzdolmetschen angeeigneten Kompetenzen anwenden.

Nach der Transkription erfolgt eine Topoi-Analyse, die dann in Kapitel 5 diskutiert wird. Dabei wird u.a. qualitativ verglichen, in welcher Form sich die jeweiligen Topoi bei den verschiedenen Gesprächspartnern manifestieren. Ausserdem soll anhand eines häufig vorkommenden Topos exemplarisch dargestellt werden, wie viele Verästelungen, also Nebentopoi, je nach Kontext entstehen können.

3.3 Analytisches Vorgehen

Aufgrund der grossen Textmenge, die dieser Arbeit zugrunde liegt, habe ich mich für eine Inhaltsanalyse entschieden, mit dem Ziel – und dieses deckt sich mit dem Ziel von van Dijk und seiner CDS – aufgrund von Texten soziale Wirklichkeiten zu erfassen (Brosius 2012: 131). In dieser Arbeit geht es schliesslich darum herauszufinden, weshalb Homosexuelle sich einer Partei anschliessen, die auf den ersten Blick nicht ihre Interessen vertritt, und mit welchen Argumenten diese Zugehörigkeit gerechtfertigt wird, bzw. die Partei verteidigt wird. Ziel soll nicht sein, die Texte in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen, „sondern nur wenige ausgewählte Merkmale derselben [...] reduktiv [zu analysieren]“ (Brosius 2012: 133). Bei diesen Merkmalen handelt es sich um die argumentativen Topoi in Bezug auf Homosexualität und den Diskursstrang zur Ehe für alle.

Die Analyse orientiert sich an den von Reisigl und Wodak erarbeiteten fünf Grundfragen bzw. -strategien der Nomination, Prädikation, Argumentation, Perspektivierung sowie Verstärkung und Abschwächung mit Hauptschwerpunkt auf der Argumentationsstrategie (2009: 93f.). Die selbst erstellte Werkzeugkiste zur Analyse der Daten setzt sich aus verschiedenen Elementen aus der Diskursanalyse von van Dijk, Jäger und Reisigl/Wodak zusammen. So wird in einem ersten Schritt die kommunikative Situation untersucht, danach erfolgt eine Analyse der Makrostrukturen und Themen des Textes und schliesslich wird die Feinanalyse durchgeführt, bei der die sprachlich-rhetorischen Mittel, die inhaltlich-ideologischen Elemente und die Argumentationsstrategien analysiert werden.

Strukturanalyse (kommunikative Situation)	Semantische Makrostrukturen, Inhalte und Themen des Diskurses	Feinanalyse(sprachlich-rhetorisch)	Feinanalyse (inhaltlich-ideologisch)	Feinanalyse (strategisch)
Datum, Quelle, Autor, Textsorte, Zielpublikum (Eigenschaften, Vorwissen, Ideologie)	Titel, Untertitel, Lead, Inhaltsangabe, Themen und Unterthemen, Aussagen, Wissensquellen, globale Bedeutung	Lexik, Kohärenz, Rhetorik, Redewendungen und Sprichwörter, Stil, Register, Syntax, Graphik	Menschenbild, Gesellschaftsverständnis, Zukunftsvorstellung, Kontext	Argumentation und Topoi, Perspektivierung, Positionierung, Verstärkung/Ab-schwächung

Tabelle 2: Zusammenfassung der Werkzeugkiste¹²

¹² Detailliertere Modelle der Werkzeugkiste sowie der Tabelle, die für die Strategieanalyse verwendet wurde, sind im Anhang dieser Arbeit zu finden.

4 Korpusanalyse

Die Haupttopoi, die sich aus der im vorgängigen Kapitel erläuterten Analyse ergeben haben, werden im Folgenden zuerst anhand der Pilotstudie etwas ausführlicher und anschliessend in Bezug auf die restlichen Texte etwas zusammengefasst diskutiert.

4.1 Pilotstudie: SVP – „Mensch, Familie, Gemeinschaft“

Als Text für die Pilotstudie wurde das Kapitel „Mensch, Familie, Gemeinschaft“ des Parteiprogrammes 2019-2023 mit dem Titel „Frei und sicher“ der SVP ausgewählt, da die SVP bekannt dafür ist, sehr explizite bis gar provokante Parolen zu ergreifen, und daher zu vermuten ist, dass einige ziemlich prägnante Propositionen zum Thema Familie und Ehe gemacht werden.

Das Parteiprogramm wurde am 26. Januar 2019 am Parteitag der SVP verabschiedet, wobei laut Medienberichten zwei Delegierte verlangt hatten, dass der Passus gestrichen würde, indem festgehalten ist, dass die SVP gegen die absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft ist. Diese Forderung wurde jedoch abgelehnt (SDA).

Zielpublikum sind hauptsächlich SVP-Wähler aller Altersklassen, tendenziell eher männlich, protestantisch, mit einem niedrigeren Bildungsstatus sowie geringen sozioökonomischen Ressourcen und auf dem Land in der Deutschschweiz lebend (vgl. Manatschal/Rapp 2015, Hermann, M. et al. 2018). In Bezug auf den Diskursstrang zur Ehe für alle ist insbesondere das traditionelle Familienbild der SVP-Wähler von Interesse, da davon auszugehen ist, dass dieses Element in der Argumentation der SVP eine wichtige Rolle spielt.

Die grundlegendsten Diskurspositionen des Parteiprogramms können wie folgt zusammengefasst werden: Die SVP legt grossen Wert auf Eigenverantwortung und Selbstbestimmung und wehrt sich gegen die zunehmende Verstaatlichung insbesondere von Familien und Kindern. Gemäss der Partei seien die Ehe zwischen Mann und Frau sowie die Familie, die aus dieser Ehe entsteht, die Grundlagen unserer Gesellschaft und müssten vor anderen Formen des Zusammenlebens geschützt werden, weshalb Viehehen, Ehen für gleichgeschlechtliche Paare sowie die Adoption für gleichgeschlechtliche Paare abgelehnt werden.

Hauptsozialakteure sind die Familie im traditionellen Sinne von Mann-Frau-Kind, die SVP und die Gesellschaft einerseits, sowie der Staat und andere, vom traditionellen Familienbild abweichende Partnerschaften und Formen des Zusammenlebens andererseits.

Anhand der Argumentationsanalyse lassen sich vier Topoi beschreiben, die in enger Verbindung mit den Sozialakteuren im Diskurs stehen:

Topos der Familie (und Ehe) als Grundlage der Gesellschaft

Die Familie wird an mehreren Stellen als tragende Säule, Grundlage, Zelle oder Zukunftsgarant der Gesellschaft definiert. Dass mit Familie die Konstellation Mann-Frau-Kind gemeint ist, geht aus der expliziten Erwähnung im Text sowie aus den Fotos hervor, die eingefügt sind und auf denen ebensolche Familien dargestellt werden. Dabei wird explizit von den *mental representations* der klassischen Familie Gebrauch gemacht, die zur Ideologie der SVP und einer konservativen Wählerschaft gehören.

Topos der Verstaatlichung

Gemäss der Partei seien die Bevölkerung und insbesondere die Familie in ihrer Freiheit und Selbstbestimmung durch das immer häufigere Einschreiten des Staates gefährdet. Der Staat wird in diesem Zusammenhang als Übermacht dargestellt, die sich in die privaten Angelegenheiten der Familie einmischt und diese sogar diskriminiert, „indem er gewisse Familienformen bevorzugt“ (SVP-Parteiprogramm 2019: 126). Auffallend ist, dass der Staat nur negativ und als Instanz dargestellt wird, die alle positiven Bestandteile des Lebens wie individuelle Entscheide, Selbstverantwortung, Glück und Zufriedenheit oder das problemlose Funktionieren der Gesellschaft beeinträchtigt.

Topos der Bedrohung des Altbewährten durch das Andere

Als Bedrohung für die Familie und somit die gesamte Gesellschaft werden anderen Formen des Zusammenlebens dargestellt, wobei hier nicht explizit von Regenbogenfamilien (also Familien, die aus einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft hervorgehen) die Rede ist, sondern vielmehr von „alle[n] möglichen Formen des Zusammenlebens“ und „immer mehr Lebensformen“ (SVP-Parteiprogramm 2019: 126). Diese würden gemäss SVP zu einer Veränderung der Gesellschaft führen.

Topos des Missbrauchs

Die geplanten Formen des Ehe- und Familienrechts¹³ würden zu „Beliebigkeit und Unverbindlichkeit“ führen und „dem Missbrauch und der Willkür“ damit „Tür und Tor“ öffnen (SVP-Parteiprogramm 2019: 126). Genannte Beispiele für diese negativen Entwicklungen sind die Gleichstellung von Polygamie mit der Ehe, gleichgeschlechtlichen Partnerschaften (in dieser Reihenfolge), sowie das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern, das nach einer gewissen Zeit automatisch als Familie gelten soll.

Nebst diesen vier Haupttopoi wurden zwei Widersprüche aufgedeckt, die die Kohärenz der Argumente im Diskursstrang zur Ehe für alle infrage stellen:

¹³ Hier wird wohl auf den aktuellen Gesetzesentwurf zur Ehe für alle verwiesen.

Widerspruch der Freiheit

Wie bereits durch den Topos der Verstaatlichung ersichtlich wurde, legt die SVP grossen Wert darauf, dass die Gesellschaft von „grosse[n] Freiräume[n] und möglichst wenige[n] Eingriffe[n] des Staates“ lebt (SVP-Parteiprogramm 2019: 125). Gleichzeitig sollen aber gleichgeschlechtliche Paare weder heiraten noch Kinder adoptieren oder zeugen dürfen, was einen klaren Eingriff in das Privatleben ebendieser Paare und eine Benachteiligung der Kinder darstellt. Dieser Widerspruch wurde, wie bereits erwähnt, am Parteitag der SVP durch SVP-Mitglieder moniert, jedoch von der Parteibasis weitgehend zurückgewiesen.

Widerspruch des Status der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft

Im Programm steht, dass es sich bei der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft um eine „bereits anerkannte und der Ehe rechtlich gleichgestellte“ Beziehung handle (SVP-Parteiprogramm 2019: 126), aber in der Auflistung der Standpunkte am Ende des Kapitels wird festgehalten, dass die SVP „keine absolute [hervorgehoben von MC] Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe“ will (SVP-Parteiprogramm 2019: 128), wodurch die Partei sich letzten Endes selbst überführt und zugibt, dass eine eingetragene Partnerschaft eben doch nicht dasselbe wie eine Ehe ist.

4.2 GaySVP – Wer sind wir

Die Vereinigung GaySVP besitzt keine offiziellen Leitlinien oder ein Grundsatzprogramm, jedoch ist auf ihrer Internetseite eine Rubrik namens „Wer sind wir“ zu finden, die nach Angaben des Präsidenten bei der Gründung 2010 verfasst wurde (B.F. 2019: 4).

Topos derselben Werte

Die GaySVP unterstreicht die Tatsache, dass sie ein Verein innerhalb der SVP ist und dass die Mitglieder sich mit der SVP identifizieren. Dadurch wird implizit das Argument gemacht, dass sie dieselben Werte hochhalten und sich für dieselben Dinge engagieren. Ausserdem erwähnt die Vereinigung, dass sie genauso wie die SVP ein breites Spektrum verschiedener Meinungen vertritt.

Topos sexuelle Orientierung ≠ politische Ausrichtung

Im Grunde genommen bedarf dieser Topos gar keiner weiteren Erklärung. Es wird argumentiert, dass die sexuelle Ausrichtung nichts mit der politischen Ausrichtung zu tun hat, implizit also, dass eine homosexuelle Person sehr wohl der SVP angehören kann.

Topos des Miteinanders

Dieser Topos taucht bei der Frage zur Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare auf. Es wird auf die Diskussionsbereitschaft und das Verständnis der Position der Adoptionsgegnerinnen und -gegner hingewiesen. Auffallend ist, dass die Meinung zur Adoption sehr vorsichtig (mit Konjunktiv-II-Formen) formuliert wird. Dies erweckt den Eindruck, als ob die GaySVP sich kaum trauen würde, eine solche Position einzunehmen, aus Angst, die Mutterpartei vor den Kopf zu stossen.

Topos des Missbrauchs

Ein angesichts der Migrationspolitik der SVP wenig überraschender Topos ist, dass die Homosexualität von Asylsuchenden als Vorwand missbraucht würde, um in die Schweiz zu gelangen. In dieser Argumentation zeigen sich klare Gemeinsamkeiten mit der harten Migrationspolitik der SVP. Im Vergleich zur vorsichtigen Formulierung bzgl. Adoptionsrecht, nimmt die GaySVP hier kein Blatt vor den Mund: „einem allfälligen Missbrauch muss knallhart der Riegel vorgeschoben werden [hervorgehoben von MC]“ (GaySVP 2010).

Topos der Bedrohung fremder Kulturen

Weiter wird behauptet, die Einwanderung fördere die Homophobie im Land, da besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund homophob seien. Auch hier wird ein Lieblingsthema der SVP – die kriminellen Ausländer – bespielt.

Es ist interessant zu beobachten, dass sowohl die SVP als auch die GaySVP vom Topos der Bedrohung Gebrauch machen, die Bedrohung selbst allerdings eine andere ist. Für die SVP besteht die Bedrohung darin, dass andere Familienformen die traditionelle Familie verdrängen, für die GaySVP hingegen darin, dass fremde Kulturen Homosexuelle in der Schweiz bedrohen. Der allgemeine Topos der Bedrohung wird somit je nach Kontext zu einem besonderen Topos (Wengeler 2003: 182).

4.3 AfD – Programm für Deutschland, „Familien und Kinder“

Das aktuell gültige Grundsatzprogramm der AfD wurde im Frühjahr 2016 auf dem Bundesparteitag beschlossen. Obwohl damals die Ehe für alle noch nicht in Kraft war, wird das Thema von der AfD nicht direkt behandelt. Hingegen wird der Ehe zwischen Mann und Frau sowie der aus ihr entstehenden Familie ein ganzes Kapitel gewidmet und darin wird erkenntlich, was Familie für die AfD bedeutet. Zwar werden nur an zwei Stellen explizit die Worte „Vater, Mutter, Kind“ verwendet und sonst ist von Eltern und Elternteilen die Rede, aber durch das Hervorheben der traditionellen Werte und Konstrukte lässt die Partei keinen Zweifel daran, was sie als Familie anerkennt. Andere Lebensformen sind gar nicht erst erwähnenswert.

Topos der Familie (und Ehe) als Grundlage der Gesellschaft

Auch für die AfD gilt: Die Familie bestehend aus Mutter, Vater und Kindern sei die Keimzelle der Gesellschaft und verdiene den besonderen Schutz des Staates. Allerdings werde sie in Deutschland immer weniger geschätzt und müsse deshalb wieder in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden. So solle es wieder erstrebenswert werden, Kinder zu kriegen und v.a. sie selbst zu erziehen, denn sie seien nicht nur die Grundlage, sondern auch die Zukunft der Gesellschaft. Die traditionelle Familie wird für die AfD u.a. zur Lösung von Problemen wie eine alternde Bevölkerung und ein stagnierendes Wirtschaftswachstum.

Topos der Verstaatlichung

Wie schon bei der SVP zu beobachten war, ist auch die AfD der Meinung, dass der Staat zunehmend in das Privatleben seiner Bürgerinnen und Bürger eingreife. So würde der Staat z.B. mit Krippen und Ganztagschulen die Erziehungsaufgabe übernehmen und die Kinder würden an den Schulen politisch indoktriniert, obschon die Erziehung alleinige Verantwortung der Eltern sein sollte.

Topos der Gay Agenda

Aus Sicht der AfD gilt es, eine „einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht“ abzulehnen, denn so würden die Kinder „zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden“ (AfD-Grundsatzprogramm 2016: 107), was man implizit als Hinweis auf die sog. Gay Agenda verstehen kann. Dieser Begriff wird insbesondere in den USA von Konservativen und religiösen Gruppen verwendet und umfasst die scheinbaren Absichten von Schwulen und Lesben, die Gesellschaft zur Homosexualität bekehren zu wollen, indem sie z.B. Kinder rekrutieren oder Einfluss in die Politik nehmen (vgl. Walton 2014). Sie stellt somit eine Gefahr für die traditionelle Gesellschaft und ihre Werte dar.

4.4 AHO – Leitlinien

Im Vergleich zur GaySVP und der LSU scheinen die Alternativen Homosexuellen weniger strukturiert aufzutreten. So gibt es beispielsweise keine offizielle Internetseite der Vereinigung und Beiträge werden hauptsächlich auf Facebook veröffentlicht. Es konnten im Internet jedoch Leitlinien gefunden werden, deren Richtigkeit im Interview mit dem Bundesvorsitzenden der AHO bestätigt wurde und anhand derer verschiedene Topoi identifiziert wurden.

Topos der Bedrohung fremder Kulturen

Ein bei AfD-Mitgliedern zu erwartender Topos war die Bedrohung fremder Kulturen und deren Ablehnung. Dabei stehen insbesondere Homosexuelle unter Beschuss, da sie von

anderen Weltanschauungen und „kulturfremden Menschen“ (AHO-Leitlinien 2017: 3) bedroht bzw. nicht akzeptiert werden. Untermauert wird der Topos mit einer Kampf-Metapher wie z.B.: der „überlebenswichtig[e] [...] Kampf gegen islamistische Orthodoxie“ (AHO-Leitlinien 2017: 3). Um diese Bedrohung noch weiter zu verdeutlichen, wird dabei die eigene Kultur als offene und tolerante Wertegemeinschaft dargestellt.¹⁴

Topos der beschützenden Nation

Eine logische Folge dieser Bedrohung ist deren Bekämpfung. Diese erfolgt durch den Schutz der eigenen, toleranten, gut funktionierenden Nation. Basierend auf ihren Werten kann sie den bedrohten Schwulen und Lesben eine sichere Heimat bieten, in der sie akzeptiert werden. Diese Akzeptanz kann jedoch nur geschaffen werden, wenn die Bedrohung bekämpft wird, z.B. mit einem Einwanderungsstopp kulturfremder Menschen. Bei dieser Argumentation zeigt sich ein Widerspruch, denn mit weniger Akzeptanz einer Gesellschaftsgruppe soll mehr Akzeptanz für eine andere geschaffen werden. Die beschützende Nation manifestiert sich in einer „*selbstbewusste[n] Nation und nicht [in] überbordende[n] Institutionen*“ (AHO-Leitlinien 2017: 4), die Homosexuelle integriert und schützt, wobei hier implizit auf die bekannte Ablehnung der AfD gegenüber der EU und anderen supranationalen Organisationen hingewiesen wird.

Topos derselben Werte

Auch bei der AHO wird an mehreren Stellen betont, dass auch Schwule und Lesben für dieselben Werte wie die AfD einstehen (Freiheit, Heimat, Familie, Nation, etc.).

Topos der Andersartigkeit

Homosexuelle sind anders als Heterosexuelle und um diese Unterscheidung zu verdeutlichen, bedarf es laut der AHO einer eigenen „Phänomenologie der Homosexualität“ (AHO-Leitlinien 2017: 2), die aus der deutschen Sprache sowie basierend auf der deutschen Geschichte und Kultur geschaffen werden und sich vom Genderwahn¹⁵ abheben soll. Hier wird implizit auch der Topos derselben Werte bespielt, da ja auch bei der AfD die deutsche Kultur und Geschichte eine zentrale Rolle spielen.

Der Topos der Andersartigkeit kommt auch im Diskursstrang zur Ehe für alle zum Zuge, denn auch hier erachtet die AHO eine Unterscheidung zwischen Ehe und Partnerschaft als sinnvoll, „da es einen existenziellen Unterschied gibt“ und es diesen zu würdigen gilt (AHO-Leitlinien 2017: 2f.).

¹⁴ Van Dijk spricht in diesem Zusammenhang von *self-glorification* oder auch von der *negative other-presentation* im Gegensatz zur *positive self-presentation* (2009: 70f.).

¹⁵ In Anspielung auf die politische Korrektheit. Man beachte die klare negative Präsentation des Konzeptes, die durch das Wort „Wahn“ hervorgehoben wird.

Dieser Topos steht im Grunde genommen im direkten Widerspruch zum Topos derselben Werte. Denn durch die Betonung der Andersartigkeit wird aufgezeigt, dass Homosexuelle eben doch nicht gleich sind und anders behandelt werden wollen. Obwohl sich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf verschiedene Bereiche beziehen – dieselben ideologischen Ansichten, aber ein anderes sexuelles Verhalten –, stellt sich doch die Frage, ob eine solche Argumentation der Anerkennung von Homosexuellen wirklich zuträglich ist.

Topos der ausreichenden eingetragenen Partnerschaft

Es überrascht, dass eine homosexuelle Vereinigung selbst sich mit der eingetragenen Partnerschaft und der Tatsache, dass sie „in fast [hervorgehoben von MC] allen Rechtsbereichen“ eine Gleichstellung darstellt, zufriedengibt, ja dies gar als „emanzipatorische Leistung zu würdigen“ verlangt (AHO-Leitlinien 2017: 2). Ist die AHO also gegen eine Volladoption und gegen den Zugang zur Samenspende für lesbische Paare? Dies ist anzunehmen, wenn man liest, dass sie den Status Quo der Stiefkind-Adoption begrüsst und „aktiv die Pflegeelternschaft von geeigneten [sic] homosexuellen Paaren“ unterstützt (AHO-Leitlinien 2017: 2). Dieser Punkt soll im Interview angesprochen werden, wobei auch zu bedenken ist, dass diese Leitlinien wohl vor der Einführung der Ehe für alle verfasst wurden und sich die Position mittlerweile womöglich verändert hat.

Topos der Sexualität als Privatsache

Der Topos, dass die Sexualität niemanden ausser einen selbst etwas angeht, war zu erwarten. Demnach sollte gerade in den Schulen den Kindern nichts aufgedrängt werden und eine Frühsexualisierung wird abgelehnt.

Topos der bösen Linken und der LGBT-Community

Die AHO sieht sich als Geisel der eigenen Leute, sprich von Organisationen, die sich für die Community einsetzen. Gemäss der Vereinigung wollen diese „zu einem Sprachrohr aller Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen werden“ (AHO-Leitlinien 2017: 2). Auch hier wird wieder von einer Metapher (der Geiselnahme) Gebrauch gemacht, die einen Kampf zwischen Gut und Böse darstellt, wobei die AHO (und wohl auch die AfD) zu den Guten und die Linken sowie die „homosexuellen Berufsfunktionäre“ (AHO-Leitlinien 2017: 1) zu den Bösen gehören. Die üblicherweise als Verfechter der Rechte der Community erachteten Gruppen werden hier also als die Bedrohung, als die Unterdrückenden erachtet.

Topos der Familie (und Ehe) als Grundlage der Gesellschaft

Wie bereits in den vorangehenden Texten gesehen, verwendet auch die AHO diesen Topos. Es wird betont, dass „das Bild einer klassischen Familie mit Kindern“ das gesellschaftliche Leitbild für sie sei (AHO-Leitlinien 2017: 2). Allerdings wird nicht spezifiziert, wie diese klassische Familie aussieht, also ob damit das Bild Mann-Frau-Kind gemeint ist. Jedoch

wird im nächsten Satz festgehalten, dass homosexuelle Partnerschaften dieselben Werte teilen, was ein Hinweis darauf sein könnte, dass auch Mann-Mann-Kind- oder Frau-Frau-Kind-Familien damit gemeint sind. Auch hier soll das Interview Klarheit schaffen.

4.5 CDU – Regierungsprogramm 2017-2021

Das aktuell gültige Regierungsprogramm von CDU und CSU mit dem Titel „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben“ wurde am 3. Juli 2017 verabschiedet, also nur wenige Tage nach der gewonnenen Abstimmung im Bundestag zur Einführung der Ehe für alle, bei der sich knapp 73 % der CDU/CSU-Mitglieder dagegen aussprachen (Deutscher Bundestag 2017b). Auffallend ist, dass im gesamten 76-seitigen Programm kein einziges Mal die Wörter Homosexualität, gleichgeschlechtliche Partnerschaft, schwul oder lesbisch sowie ihre flektierten Formen vorkommen. Einzig die eingetragene Lebenspartnerschaft wird im Kapitel zu Familien und Kinder einmal erwähnt.

Topos der Familie (und Ehe) als Grundlage der Gesellschaft

Wie auch SVP und AfD, erachtet die CDU die Familie und insbesondere Kinder als Grundlage der Gesellschaft sowie als Garant für die Zukunft. Ehe und Familie, die auf gegenseitiger Verantwortung beruhen, gelte es demnach zu schützen und zu fördern. Junge Menschen sollten ausserdem dazu ermutigt werden, Familien zu gründen. Zwar wird nicht wie bei der SVP und AfD explizit erwähnt, dass die Ehe aus der Verbindung zwischen Mann und Frau bestehe und dass die Familie darauf beruhe; allerdings kann vermutet werden, dass das klassische Familienbild der CDU immer noch der Konstellation Mann-Frau-Kind entspricht, da sie eine Aufzählung von anderen Formen des Zusammenlebens macht, in der Alleinerziehende, Patchwork-Familien, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften und eingetragene Lebenspartnerschaften vorkommen. Dies sind in etwa alle Formen des familiären Zusammenlebens, die nicht dem traditionellen Familienbild entsprechen und somit kann daraus abgeleitet werden, dass, wenn explizit diese *anderen* Formen aufgelistet werden, implizit gemeint ist, dass Mann-Frau-Kind als *normale* Form angesehen wird.

Topos der Toleranz

Die CDU bemüht sich hervorzuheben, dass sie niemandem vorschreibt, wie er oder sie zu leben hat und dass kein bestimmtes Familienmodell vorgeschrieben wird. Dieser Wille zur Offenheit zeigt sich auch in der Tatsache, dass in den Formulierungen über Ehe und Familie stets von Menschen die Rede ist und niemals von Mann und Frau. Die CDU betont vielmehr, dass sie „kein bestimmtes Familienmodell“ vorschreibt und „die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens“ respektiert (CDU-Regierungsprogramm 2017: 24).

Topos des schützenden Staates¹⁶

Im Gegensatz zum Topos der Verstaatlichung bei der SVP und der AfD nimmt der Staat bei der CDU eine schützende Rolle ein und ist dazu da, die Gesellschaft zu fördern. Da die Familie als Grundlage der Gesellschaft erachtet wird, gilt sie als ganz besonders schützenswert.

4.6 LSU – Grundsatzprogramm

Das ausführliche, fundierte Grundsatzprogramm der LSU wurde im Oktober 2012 verabschiedet und deckt von Bildung über Wissenschaft, Gesundheit, Medien und Sport alle Themenbereiche ab, in denen der Umgang mit Homosexualität eine Rolle spielt. Im Gegensatz zur GaySVP und der AHO hält die LSU deutlich fest, dass die absolute Gleichstellung noch nicht erreicht ist und dass noch viel getan werden muss. Die LSU entspricht in diesem Sinne eher einer klassischen LGBT-Organisation, die sich für die Rechte ihrer Gemeinschaft einsetzt, und weniger einer politischen Vereinigung, die der Mutterpartei entsprechend politisiert.

Topos des Miteinanders

Ein wichtiger Grundsatz der LSU ist das Miteinander. An verschiedenen Stellen betont sie, dass es darum gehe, sich gemeinsam für die LGBT-Community zu engagieren, und dass dies nur möglich sei, wenn man sich einbringe. Dabei richtet sie sich einerseits an ihre eigenen Mitglieder und alle Personen aus der Community, andererseits aber auch direkt an die CDU/CSU und an heterosexuelle Menschen. Selbst sieht sich die LSU als Interessenvertretung, Ansprechpartnerin und gesellschaftspolitischer Katalysator, also als Bindeglied, das dieses Miteinander fördert (LSU-Grundsatzprogramm 2012).

Topos der Baustellen hin zur Gleichberechtigung

Obwohl die LSU die bereits erzielten Fortschritte würdigt, unterstreicht sie doch sehr deutlich, dass in vielen Belangen die absolute Akzeptanz und Gleichberechtigung noch nicht erreicht ist. So werden im Grundsatzprogramm zwar die bisherigen Fortschritte aufgeführt, in der Argumentation folgen jedoch jeweils umgehend Beispiele, die belegen, dass die absolute Gleichstellung noch aussteht und zahlreiche Baustellen unvollendet bleiben.

Topos derselben Werte

Um die Nähe zu den Mutterparteien CDU/CSU aufzuzeigen, hebt die LSU hervor, dass auch sie – und somit Schwule und Lesben grundsätzlich – sich sehr wohl den christlichen

¹⁶ Bei diesem Topos wurde bewusst das Substantiv „Staat“ und nicht „Nation“ wie im Topos der AfD gewählt, da dies auch die jeweilige Wortwahl der Partei ist und die beiden Elemente semantische Unterschiede aufweisen, die gerade in Bezug auf den patriotischen Diskurs, den die AfD häufig führt, nicht zu vernachlässigen sind.

Werten und „den Grundsätzen des christlichen Menschenbildes“ verpflichtet fühlen (LSU-Grundsatzprogramm 2012: 4). Letzteres wird im Weiteren noch spezifiziert: Die „Bewahrung der Schöpfung“ sowie die „Achtung aller Menschen, so wie sie geschaffen wurden“ stehen im Mittelpunkt (LSU-Grundsatzprogramm 2012: 4). Geschickt wird damit allfälligen Kritikern vor Augen gehalten, dass diese Gemeinsamkeiten auch eine Gleichbehandlung bedingen sollten.

Dieser Topos kommt auch in der Argumentation zur Anerkennung der Ehe für alle und von Regenfamilien zum Zug, denn auch dort wird auf die gemeinsamen Werte der Verantwortung, Liebe, Treue und Fürsorge verwiesen.

4.7 SVP – Vernehmlassungsantwort zum Gesetzesentwurf „Ehe für alle“

Die Vernehmlassungsantwort der SVP an die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats wurde am 20. Juni 2019 verfasst und ihre Hauptaussage ist klar:

„Die SVP lehnt die (Kern-)Vorlage, welche die Öffnung der Ehe für alle Paare unabhängig von der Geschlechterzusammensetzung verlangt, ab.“ (Rösti/Waeber 2019: 74)

Die Hauptargumente für die Ablehnung sind, dass mit der eingetragenen Partnerschaft der rechtliche Rahmen für Homosexuelle bereits gegeben, die Kernvorlage unvollständig sowie verfassungswidrig sei und dass die zu prüfende Variante (d.h. mit dem Zugang zu Samenspende für Frauenpaare) eine Diskriminierung homosexueller Männer darstelle. Aus diesen Argumenten lassen sich folgende neuen Topoi ableiten:

Topos der ausreichenden eingetragenen Partnerschaft

Die SVP hält fest, dass die 2007 eingeführte eingetragene Partnerschaft homosexuellen Paaren bereits die Möglichkeit gibt, ihre Beziehung rechtlich abzusichern, und dass diese Tatsache „weitere Rechte überflüssig machen“ würde (SVP-Vernehmlassungsantwort 2019: 1). Zur Untermauerung der offiziellen Anerkennung solcher Partnerschaften wird darauf verwiesen, dass diese ja beim Zivilstandsamt beurkundet werden. Hier wird also mit einem Autoritätsargument versucht, den eigenen Standpunkt zu stützen. Gleichzeitig sagt die SVP aber auch explizit, dass die eingetragene Partnerschaft nur eheähnliche Rechte und Pflichten mit sich bringt. Hier entsteht also erneut der Widerspruch, dass zwar behauptet wird, die eingetragene Partnerschaft genüge, gleichzeitig wird aber betont, dass sie der Ehe nicht gleichgestellt ist.

Unklarheitstopos

Mit Zitaten aus dem Kommissionsbericht (Autoritätsargument) und Beispielen versucht die SVP darzulegen, dass zahlreiche Fragen noch nicht geklärt sind und versucht wird, ein

unklares Gesetz durchzubringen. Ausserdem wird festgehalten, dass es sich um eine „irreführende Salamtaktik“ handle, mit der heikle Themen umgangen würden (SVP-Vernehmlassungsantwort 2019: 2).

Ein weiteres Argument, dass diesem Topos zugeteilt werden kann, ist, dass der Titel „Ehe für alle“ unklar sei, denn mit der Vorlage sei keine Ehe für bspw. Geschwister oder Vater und Tochter, genauso wenig wie Polygamie gemeint. Wie bereits im Parteiprogramm wird hier implizit auch der Topos der Bedrohung unerwünschter Ehe-Formen hervorgerufen.

Topos der Verfassungswidrigkeit

Mit einem weiteren Verweis auf eine Autorität – die Bundesverfassung – wird bei diesem Topos argumentiert, dass es einer Verfassungsänderung bedarf, bevor eine Ehe für alle eingeführt werden könne.¹⁷ Indirekt könnte man hier auch auf den Topos der Verstaatlichung hinweisen, denn mit der Verfassungswidrigkeit wird insinuiert, dass Bürgerinnen und Bürger übergangen werden und der Staat eigenmächtig Entscheidungen trifft.¹⁸

Topos der Diskriminierung

Ein eher unerwartetes Argument vonseiten der SVP ist, dass mit der erweiterten Kernvorlage schwule Ehepaare diskriminiert würden, da zwar der Zugang zu Samenspende für lesbische Ehepaare erlaubt würde, Leihmutterschaften aber weiterhin untersagt blieben. Dass sich die SVP hier als Beschützerin von Schwulen ausgibt, stellt einen grossen Widerspruch zu all ihren anderen Argumenten dar, in denen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare und Familien klar nicht im Vordergrund steht.

Topos der Familie (und Ehe) als Grundlage der Gesellschaft

Wie im Parteiprogramm wird auch in der Vernehmlassungsantwort darauf verwiesen, dass Familie und Ehe zwischen Mann und Frau die Grundlage der Gesellschaft bilden.

4.8 GaySVP – Vernehmlassungsantwort zum Gesetzesentwurf „Ehe für alle“

Nicht nur Parteien, sondern auch Dritte haben das Recht, Vernehmlassungsantworten zu verfassen. Genau das hat die GaySVP getan und am 13. Juni 2019 ihre Antwort auf die Stellungnahme zum Gesetzesentwurf „Ehe für alle“ der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats eingereicht.

¹⁷ Der erwähnte Artikel 14 BV besagt jedoch lediglich, dass das Recht auf Ehe und Familie gewährleistet sind, und das Bundesamt für Justiz hält ausdrücklich fest, dass eine Verfassungsänderung nicht notwendig wäre (BJ 2018a).

¹⁸ Schliesslich müssen in der Schweiz Verfassungsänderungen dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

Topos der Andersartigkeit

Hauptaussage der GaySVP ist, dass Homosexuelle anders sind und sich seit Jahrzehnten die Anerkennung und Würdigung dieser Andersartigkeit erkämpft haben. Deshalb wollen sie sich jetzt nicht in heteronormative Rollen zwingen lassen. Sie begrüsst zwar die Bemühungen zur „Aufhebung von Benachteiligungen von homosexuellen Frauen und Männern“ (GaySVP-Vernehmlassungsantwort 2019: 1), hält eine Ehe für alle jedoch für die falsche Lösung, da diese für heterosexuelle Beziehungsmuster vorgesehen sei.

Topos der Gleichbehandlung aber nicht Gleichstellung

Vielmehr wünscht sich die GaySVP, dass Homosexuelle selbst entscheiden können, in welcher Form sie ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen geben wollen. So solle einerseits die aktuell gültige eingetragene Partnerschaft bestehen bleiben, und andererseits eine erweiterte bzw. umgewandelte Form eingeführt werden. Im Grunde genommen werden also dieselben Rechte wie in einer Ehe gefordert, aber unter einem anderen Namen. Diese freie Wahl solle auch gelten, wenn es darum geht, im Ausland geschlossene Ehen in der Schweiz als Ehe oder als eingetragene Partnerschaft zu anerkennen.

Die Samenspende für lesbische Paare begrüsst die GaySVP grundsätzlich, betont aber auch hier, dass diese nicht nur Ehepaaren, sondern auch eingetragenen Partnerschaften offenstehen sollte.

Obwohl die GaySVP in den ersten Absätzen der Vernehmlassungsantwort darauf besteht, dass die Andersartigkeit der Homosexuellen als solche anerkannt werden sollte, scheint sie sich im weiteren Verlauf der Argumentation doch mit der Ehe anzufreunden, immer unter der Bedingung der Gleichbehandlung der eingetragenen Partnerschaft.

Interessant zu beobachten ist, dass der Topos der Diskriminierung homosexueller Männer, wie er von der SVP aufgegriffen wird, bei der GaySVP nicht zur Sprache kommt, obwohl sie ja direkt davon betroffen wäre, da sie hauptsächlich männliche Mitglieder in ihren Reihen zählt (T.F. 2019: 2). Die Leihmutterschaft wird jedoch mit keinem Wort thematisiert. Dieser Frage soll in den Interviews nachgegangen werden.

4.9 AfD – Bundestagsdebatte zum Gesetzesentwurf zur Aufhebung der Ehe für alle

Am 11. Oktober 2018 hielt Stephan Brandner von der AfD im Bundestag eine Rede zu einem Gesetzesentwurf zur Aufhebung der Ehe für Personen gleichen Geschlechts. In diesen ungefähr sechs Minuten baute Herr Brandner den Grossteil seiner Argumente auf einem Topos auf: der Verfassungswidrigkeit.

Topos der Verfassungswidrigkeit

Um diese Verfassungswidrigkeit zu begründen, verwendet er verschiedene Argumentationsmuster wie z.B. das Argument durch Definition (Ehe zwischen Mann und Frau ist verfassungsrechtlich geschützt) oder das Autoritätsargument (Verweis auf Gutachten, die ihm zustimmen oder auf Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes). Da im zitierten Artikel des Grundgesetzes allerdings nichts von Geschlechterverschiedenheit steht – und Herr Brandner sich dessen wohl bewusst ist –, argumentiert er zusätzlich, dass dies den Verfassern des Grundgesetzes klar gewesen sei und seither „immer allen klar“ (Deutscher Bundestag 2018: 6012) war. Hier könnte man also zusätzlich vom Topos des Altbewährten sprechen, mit dem die Einführung einer neuen Regelung abgelehnt wird mit der Begründung, dass es bisher so war und gut funktioniert hat. Ausserdem positioniert der AfD-Abgeordnete sich und seine Partei klar als diejenigen, die diesen Gesetzesbruch bekämpfen wollen im Gegensatz zu den Verfassungswidrigen, d.h., denjenigen, die das Gesetz eingeführt haben. Es handelt sich hier also wiederum um eine *self-glorification* im Sinne von van Dijk (2009: 71).

Topos des Missbrauchs

Auch dieser Topos taucht in der Argumentation des AfD-Abgeordneten auf. Es wird darauf hingewiesen, dass womöglich bald mehr als zwei Personen und auch anderer Geschlechter heiraten dürften, und somit das Institut der Ehe missbraucht würde. Man könnte in diesem Fall auch vom Gefahren-Topos sprechen, also einer dramatisierenden Beschreibung der Folgen, wie von Wengeler beschrieben wird (2003: 281).

Topos der Toleranz

Um allerdings nicht der Diskriminierung oder Homophobie bezichtigt zu werden, wird mit dem Topos der Toleranz versucht, solchen Anschuldigungen zuvorzukommen. So betont Herr Brandner, dass die AfD keineswegs jemandem vorschreiben wolle, „mit wem oder wie vielen er/sie/es – oder wie auch sonst die Bezeichnung sein soll – sein Leben gestalten will“ (Deutscher Bundestag 2018: 6011). Allerdings wird mit dieser Formulierung die Aussage klar ins Lächerliche gezogen, was einem daran zweifeln lässt, ob sie wirklich ernst gemeint ist. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, also ob die AfD diese anderen Arten von Beziehungen gar nicht ernst nimmt und somit womöglich auch nicht für interessant genug hält, um sich da einzumischen.

Grundsätzlich fällt bei dieser Bundestagsrede auf, dass das sprachliche Register zwischenzeitlich relativ tief sinkt und eine äusserst bildhafte Sprache verwendet wird, um gewisse Propositionen zu unterstreichen; so z.B. die Metapher, dass das Institut der Ehe zwischen

Mann und Frau „auf dem Altar der bunten¹⁹ Beliebigkeit geopfert wurde“ (Deutscher Bundestag 2018: 6011). Die Vermutung besteht, dass mittels verschiedener rhetorischer Mittel versucht wird, den Mangel an überzeugenden Argumenten zu kaschieren.

4.10 CDU – Bundestagsdebatte zum Gesetz zur Einführung der Ehe für alle

Am 30. Juni 2017 wurde im Deutschen Bundestag über das Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts abgestimmt. Angela Merkel hatte bereits im Vorfeld der Abstimmung erklärt, es handle sich um eine Gewissensentscheidung, d.h., die Bundestagsabgeordneten würden keinem Fraktionszwang unterliegen (DW 2017). Während der Debatte ergriffen drei Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion das Wort, einer für und zwei gegen die Einführung. Hier sollen nur die Topoi der Wortmeldungen der beiden Gegner der Ehe für alle, Volker Kauder und Gerda Hasselfeldt, erwähnt werden.

Topos des Gewissens

Angela Merkel hatte mit ihrer Aussage zur Gewissensentscheidung den Weg dafür bereits geebnet: das Gewissen solle über die Einführung der Ehe für alle entscheiden. So auch beim Abgeordneten, der aus Gewissensgründen und aus christlicher Überzeugung zum Schluss kommt, dass er den Gesetzesentwurf nicht unterschreiben könne. In seiner Rede betont er jedoch auch eifrig, dass er die anderen Meinungen ebenfalls respektiere, wobei er damit wohl implizit hervorheben möchte, dass auch die seine akzeptiert werden sollte. Hier wird also nicht nur mit dem Gewissen, sondern auch mit der Toleranz gegenüber anderen Meinungen argumentiert, weshalb man diese Proposition auch dem Topos der Toleranz zuteilen könnte.

Topos der ausreichenden eingetragenen Partnerschaft

Genauso wie die SVP in ihrer Stellungnahme ist auch Volker Kauder der Meinung, dass im Grunde genommen mit der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft die Diskriminierung aufgehoben sei und dass gleichgeschlechtliche Beziehungen ebenso auf Liebe, Treue sowie Aufmerksamkeit bauen. Diese Sichtweise teilt auch Gerda Hasselfeldt, wobei sie ganz explizit hervorhebt, dass die rechtliche Absicherung gegeben sei.

Topos des Altbewährten und des Eheinstituts

Trotzdem hält Volker Kauder fest, dass es sich bei der Ehe um die Verbindung zwischen Mann und Frau handelt, da der Begriff der Ehe seit Jahrhunderten so definiert sei. Die Ehe wird hier zu einem Institut gemacht, das fester Bestandteil der Kultur ist. Ausserdem wird

¹⁹ Es kann vermutet werden, dass hier eine Anspielung auf die für die LGBT-Community typischen Regenbogenfarben verwiesen wird.

deutlich betont, dass Ehe und eingetragene Partnerschaft nicht dasselbe sind und dass diese Unterschiede im Wesentlichen auf dieser Institutionalität der Ehe beruhen.

Topos der Familie (und der Ehe) als Grundlage der Gesellschaft

Man kann hier wiederum den Bezug zum Topos der Familie und somit der Ehe als Grundlage der Gesellschaft herstellen, wie er auch bei der SVP und der AfD vorzufinden ist. Dies wird besonders deutlich mit der Metapher der Ehe als Grundlage der Familie, aus der Kinder geboren werden, die wiederum das Fortbestehen der Gesellschaft sicherstellen.

Topos der Rechtmässigkeit

Während SVP und AfD klar von Verfassungswidrigkeit sprechen, sind die beiden CDU/CSU-Abgeordneten moderater und weisen lediglich daraufhin, dass die Frage nicht eindeutig ist und je nach Auslegung anders verstanden werden kann. Allerdings wird durchaus kritisiert, dass die Verfassungsmässigkeit zu leicht abgetan und nicht ernsthaft mit der Rechtsstaatlichkeit umgegangen würde.

4.11 LSU – Positionspapier „Ehe für alle – warum eigentlich nicht?“

Das Positionspapier der LSU zur Ehe für alle wurde 2015 veröffentlicht. Die Sensibilisierungsarbeit, die bereits im Grundsatzprogramm als Kernaktivität hervorgehoben wird, kommt hier noch einmal deutlich zum Vorschein.

Topos derselben Werte

Wie bereits im Grundsatzprogramm der LSU erwähnt, legt sie grossen Wert darauf, das Miteinander und die Gleichheit von Hetero- und Homosexuellen zu betonen. Somit wird auch in der Diskussion um die Ehe für alle das Argument vorgebracht, dass ja auch gleichgeschlechtliche Paare eine Beziehung eingehen wollten, die auf Verantwortung, Liebe usw. gründet und somit keine Unterscheidung gemacht werden sollte.

Topos der Kinderlosigkeit

Ein bekanntes Argument von Gegnern der gleichgeschlechtlichen Ehe ist, dass zwei Frauen oder zwei Männer auf natürlichem Weg keine Kinder zeugen können. Diesen Spiess dreht die LSU um und argumentiert, dass es auch kinderlose Ehen zwischen Mann und Frau gebe, die durchaus bewusst geschlossen werden, z.B. aus rein finanziellen Gründen.

Topos der Gleichbehandlung

Der Topos der Gleichbehandlung ist im Grunde eine Weiterführung des Topos derselben Werte, denn auch hier werden Parallelen zwischen andersgeschlechtlichen und gleichge-

schlechtlichen Paaren gezogen. Ausgehend von der Tatsache, dass es in ihren Beziehungen keine Unterschiede gibt, sollte das auch dazu führen, dass sie Anspruch auf dieselben Rechte haben. Demnach werde mit der Ehe für alle „nur“ die Gleichstellung dessen verlangt, was andere bereits seit jeher besitzen.

Topos des schützenden Staates

Dieser Topos war bereits im Regierungsprogramm der CDU zu finden. Auch die LSU bestritt keineswegs, dass Familien und Ehe vom Staat geschützt werden sollten, wiederum mittels des Topos derselben Werte: Da Regenbogenfamilien gleich seien wie „klassische“ Familien, seien auch sie schützenswert.

Topos der inexistenten Bedrohung

Wie schon sichtbar wurde, argumentieren die SVP und AfD gerne unter Androhung von Missbrauch der einzuführenden Regelungen. Die LSU hingegen stellt mit diesem Analogie-Topos (Wengeler 2003: 281) fest, dass diese Argumentation völlig unbegründet ist, da auch im Vergleich mit anderen Ländern oder bei der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft sich solche Befürchtungen nicht bewahrheitet haben.

4.12 Fazit der Korpusanalyse

Die Analyse der Topoi im Textkorpus lässt einerseits erkennen, dass bestimmte Argumente häufiger verwendet werden. So ist z.B. der Topos der traditionellen Familie als Grundlage der Gesellschaft ein äusserst beliebtes Argument der Parteien, allerdings auch bei den Alternativen Homosexuellen wiederzufinden, was doch ziemlich erstaunt, da davon auszugehen wäre, dass Homosexuelle für die Förderung von Regenbogenfamilien sind. Im Interview wird sich allerdings noch zeigen, dass das keineswegs ein Zufall ist. Andererseits fällt auch auf, dass nicht ein einziger der diskutierten Topoi von allen Parteien und Vereinigungen gleich verwendet wird. Während zu erwarten war, dass die Parteien und ihre Vereinigungen unterschiedliche Topoi verwenden, überrascht die Tatsache, dass auch die Vereinigungen untereinander sich in ihrer Argumentation stark unterscheiden. Dabei hebt sich insbesondere die LSU von den anderen beiden ab, da sie als einzige eine klare Position als Aktivistin für die Rechte von LGBT-Menschen einnimmt und sowohl in ihrem Grundsatzprogramm als auch in ihrer Stellungnahme zur Ehe für alle klassische Befürworter-Argumente vorbringt.

5 Diskussion der Interviews

Es wurde nun aufgezeigt, welche Topoi die Parteien im Diskurs um die Homosexualität und im Diskursstrang zur Ehe für alle verwenden. Allerdings ist gerade betreffend den Diskurs um die Homosexualität zu erwähnen, dass dieser im Grunde genommen nur im Hintergrund stattfindet. Im Vordergrund steht viel mehr die positive Unterstreichung der Werte, Normen und Strukturen unserer traditionellen Gesellschaft, womit einem aber implizit natürlich auch zu verstehen gegeben wird, dass die anderen Lebensformen minderwertig sind (mit Ausnahme der CDU, die ihre Offenheit gegenüber anderen Lebensformern hervorhebt). Auch bei den Vereinigungen konnten spannende Erkenntnisse dazu gewonnen werden, wie sie zum Thema Ehe für alle stehen. Die Hauptforschungsfrage dieser Arbeit, also, was die Beweggründe dieser Homosexuellen sind, einer rechten Partei anzugehören, konnte anhand der Textanalyse jedoch noch nicht beantwortet werden. Die sechs durchgeführten Interviews waren diesbezüglich durchaus aufschlussreich und in den jeweils einstündigen Gesprächen kamen viele spannende Argumentationen ans Licht. In diesem Kapitel werden nun die wichtigsten Topoi diskutiert und miteinander verglichen. Zudem wird anhand eines bestimmten Topos dargestellt, wie viele Möglichkeiten und Varianten es gibt, ein Argument vorzubringen. Abschliessend werden einige Widersprüche diskutiert, die im Laufe der Gespräche entstanden sind.

5.1 Topoi im Vergleich

Insgesamt wurden bei der Interviewanalyse ca. 70 besondere Topoi identifiziert. Da es den Rahmen dieser Masterarbeit sprengen würde, alle besonderen Topoi einzeln zu diskutieren und miteinander zu vergleichen, musste eine Auswahl getroffen werden. Im Detail angeschaut werden insbesondere jene Topoi, die aus argumentativer Sicht auf den ersten Blick nicht logisch erscheinen und einige Knackpunkte enthalten. Es handelt sich hierbei um ein Vorgehen, wie es auch Wengeler vorschlägt, um zu verhindern, dass nur Argumentations-schemata analysiert werden, ohne Zusammenhang mit dem sachlichen Gehalt des untersuchten Diskurses und der Forschungsfrage (2003: 278ff.).

Die Familie als Grundlage der Gesellschaft und der Topos der natürlichen Ordnung

Da der Topos der traditionellen Familie und Ehe als Grundlage der Gesellschaft bei allen Parteien, aber auch bei der AHO mehrmals erwähnt wurde, stellt sich natürlich die Frage, ob er auch in den Interviews Erwähnung fand. Tatsächlich war das Thema der traditionellen Familie sowohl im Gespräch mit M.M. von der Jungen Alternative wie auch mit A.T. der Alternativen Homosexuellen ein wichtiger Gesprächspunkt. In den Parteitexten ging es jedoch noch eher darum, dass traditionelle Familien gefördert und geschützt werden müssen, weil in diesen Werte und Normen weitergegeben werden sowie Verantwortung gelebt wird, woraus aus diesem allgemeinen Grund-Folge-Topos folgende Schlussregel abgeleitet werden kann:

Wenn in traditionellen Familien, bestehend aus Vater und Mutter, Werte und Normen weitergegeben werden und wenn das Weitergeben von Werten und Normen das Fortbestehen der Gesellschaft garantiert, bilden diese Familien die Grundlage für das Fortbestehen unserer Gesellschaft.

Nun zeigte aber bereits eine Wortmeldung bei der Bundestagsdebatte um die Ehe für alle, dass es noch einen weiteren Grund gibt, weshalb die traditionelle Ehe die Grundlage der Gesellschaft bildet, nämlich dass es sich dabei um eine „Gemeinschaft aus Mann und Frau, aus der auch die Kinder geboren werden“ handelt (Deutscher Bundestag 2017a: 25114). Man könnte also den Topos der traditionellen Familie als Garant für den Fortbestand der Gesellschaft noch in zwei Nebentopoi unterteilen; den des Erhalts der Werte und Normen und den des Erhalts der natürlichen Ordnung. In den Gesprächen mit den beiden AfD-Mitgliedern wurde ersichtlich, dass die natürliche Reproduktion neben den Werten und Normen durchaus als Geltungsgrund angebracht wird. Interessant zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, wie der Topos der natürlichen Ordnung nicht nur als Geltungsgrund für den Fortbestand der Gesellschaft verwendet wird, sondern auch als Geltungsanspruch dafür, dass Homosexualität und insbesondere Regenbogenfamilien nicht „normal“ seien. So lässt sich aus der Antwort von M.M.²⁰ auf meine Frage, weshalb er fände, dass Regenbogenfamilien in der Schule nicht als etwas Normales dargestellt werden sollten, folgendes normatives Argumentationsschema ableiten:

Wenn zur Kinderentstehung ein Mann und eine Frau erforderlich sind und wenn das ein normales biologisches Sachverhältnis ist, dann sind Kinder aus Regenbogenfamilien nicht normal, weil die biologische, natürliche Fortpflanzung es nicht ermöglicht. Schlussregel: Was die Natur ermöglicht, gilt als normal.

Zwar überrascht eine solche Aussage bei M.M., einem heterosexuellen AfD-Mitglied, nur wenig, da das Argument der natürlichen Ordnung bei Gegnerinnen und Gegnern der Ehe für alle Gang und Gäbe ist. Dass aber ein geouteter Homosexueller die Vorherrschaft traditioneller Familien – und somit indirekt auch die Unterdrückung nicht traditioneller Familien – unterstützt, bedarf einer genaueren Analyse seiner Argumentation. Wie bereits in Kapitel 4.4 erwähnt, unterstützt die AHO die klassische Familie mit Kindern als gesellschaftliches Leitbild. Darauf angesprochen, ob denn diese klassische Familie aus Sicht der AHO aus Mann und Frau bestünde, bestätigte A.T., dass dies durchaus das zu fördernde, gewünschte Familienmodell sei. Denn nur „in normalen [sic] deutschen Familien“ würde Toleranz gelehrt (A.T. 2019: 14). Wir finden hier den Werte-und-Normen-Topos wieder, allerdings unter einem weiteren Aspekt, denn diese Toleranz sei notwendig, damit Minderheiten (sprich: Homosexuelle) überleben können. Das führt zur impliziten Schlussregel, dass traditionelle Familien das Fortbestehen nicht nur der allgemeinen Gesellschaft sicherstellen,

²⁰ „Es ist nicht normal, weil zur Kinderentstehung ein Mann und eine Frau erforderlich sind. Das ist ein normales, biologisches Sachverhältnis. (...) Und es ist in dem Sinne natürlich nicht normal, weil rein biologisch ist natürlich die Fortpflanzung, also die Reproduktion im Sinne der Natur, die kann natürlich durch Mann und eine Frau erfolgen.“ (M.M. 2019: 5)

sondern auch das der Homosexuellen. Die Argumentation, weshalb dies nur durch Förderung der traditionellen Familien möglich ist und nicht durch Regenbogenfamilien selbst, wurde bereits in Kapitel 2.3 beispielhaft erläutert, weshalb auf eine Wiederholung an dieser Stelle verzichtet wird. Allerdings soll der zweite Satz der Argumentation von A.T. wieder aufgenommen werden, da dieser einen weiteren Topos in sich trägt:

„Wenn Sie dieses Weltbild auflösen und diese Gruppen schwächen, werden andere Gruppen, die sich um dieses Weltbild nicht kümmern – der radikale Islam – stärker werden.“ (A.T. 2019: 15)

Der Topos der Bedrohung fremder Kulturen und insbesondere des Islams wurde bereits bei der Textanalyse erkannt und kommt angesichts der grundsätzlichen Position in der Migrationspolitik der SVP und AfD nur wenig überraschend. So tauchte dieser Topos auch in den Gesprächen mit einem SVP-Mitglied, beiden GaySVP-Mitgliedern und dem AHO-Bundesvorsitzenden auf. Allerdings war A.T. der Einzige, der selbst auf das Thema zu sprechen kam (wobei zu erwähnen ist, dass der Islam grundsätzlich ein sehr dominantes Thema war in diesem Gespräch), während ich bei den anderen zuerst das Thema Migrationspolitik ansprach und explizit die Frage stellte, ob das einen Einfluss bei ihrer Parteizugehörigkeit habe. Dies lässt vermuten, dass die Argumentation, fremde Kulturen (und insbesondere muslimische Kulturen) seien homophober als unsere westliche Kultur, weshalb man die Migration einschränken müsse, bei der Parteizugehörigkeit zwar durchaus eine Rolle spielt, allerdings eher eine zweitrangige. So gab B.F. offen zu, dass der Passus in den Leitlinien der GaySVP zur Migration eigentlich dazu diene, „gegen innen zu zeigen, dass wir [...] auch Gemeinsamkeiten haben mit der SVP“ (B.F. 2019: 9), was im Grunde mehr dem Topos derselben Werte zuzuteilen ist. Auch bei M.F. scheint das Argument der homophoben fremden Kulturen eher ein Mittel zu sein, um eine härtere Migrationspolitik als Solches zu rechtfertigen, wie er implizit in Bezug auf die Hate-Crime-Statistik²¹ zu verstehen gibt:

„Also ich finde, es spielt uns als SVP in die Hände [sic]. Wir können dann wirklich auch aufzeigen, Hate Crime ist nicht ein Problem von Schweizern, sondern wirklich ein kulturelles Problem, im größten Teil.“ (M.F. 2019: 9)

Denn ansonsten fühle er sich in der Schweiz überall sicher. Wenn ihm jemand homophobe Beleidigungen zuwerfe, sei ihm das egal und schliesslich sei auch bei Gewalt an Frauen eine grosse Mehrheit der Täter ausländischer Herkunft. Eine harte Migrationspolitik könne hier kulturelle Schocks vorbeugen (M.F. 2019: 9f.). Auch T.F. erwähnt zwar vorerst die geringe Toleranz gegenüber Homosexuellen als Grund für eine harte Migrationspolitik, ziemlich bald wird allerdings ein Vergleich mit Respektlosigkeit gegenüber weiblichen Vorgesetzten und der eigenen Anpassung des Verhaltens in fremden Kulturen hergestellt, was zur

²¹ Am 26. September 2019 hat der Nationalrat die sog. Motion Quadranti zur statistischen Erfassung von Hate Crimes aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen angenommen (Schweizer Parlament o.J.b).

impliziten Konklusion führt, dass fremde Kulturen grundsätzlich intoleranter und schwer integrierbar sind (T.F. 2019: 6f.).

Topos der Andersartigkeit oder homo ≠ hetero

Ein weiterer Topos, der sowohl in den Gesprächen als auch in den Texten vorzufinden war, ist derjenige der Andersartigkeit, oder wie B.F. sagte: „Homosexuelle Frauen sind einfach homosexuelle Frauen und nicht heterosexuelle Frauen“ (2019: 5). In ihren Leitlinien betonen sowohl GaySVP als auch AHO, dass sie sich nicht in heteronormative Rollen zwingen lassen und dass ihre Andersartigkeit anerkannt werden soll. So waren es auch B.F. und A.T., die diese klare Unterscheidung in den Interviews machten. Für B.F. ist klar, dass Homo- und Heterosexualität „per se nicht dasselbe“ ist und nicht immer alles gleich sein muss (2019: 5). Man kann sich fragen, ob sich hinter diesem „per se“ eine konversationelle Implikatur verbirgt, nämlich dass damit eigentlich „von Natur her“ gemeint ist, was uns wiederum zum Topos der natürlichen Ordnung zurückführen würde. In diesem Sinne könnte die Schlussregel der Argumentation wie folgt lauten: Wenn Homosexuelle von Natur her nicht gleich sind, sind Homosexuelle und Heterosexuelle per se nicht gleich. Mit der Implikatur „von Natur her“ ist die Argumentation klar und achtet damit mehr die Modalitätsmaxime von Grice, die allein mit dem „per se“ nicht erfüllt wird.

Diese Andersartigkeit ist für die GaySVP auch der Grund, weshalb sie eigentlich eine erweiterte eingetragene Partnerschaft eher begrüßen würde als die heteronormative Ehe und diese Meinung teilt A.T. Allerdings schwebt ihm eine andere, ganz eigenständige Form des Zusammenlebens für homosexuelle Paare vor. In diesem Zusammenhang stützt A.T. sein Geltungsanspruch der Anerkennung und Förderung der homosexuellen Andersartigkeit mit einem Geschichtstopos (eine Unterkategorie des allgemeinen Analogie-Topos, vgl. Wenigler 2003: 281f.). Dabei verweist er auf die Tatsache, dass Homosexuelle in der Weimarer Republik sehr emanzipiert waren und man durchaus auch heute einen solchen Weg finden könnte, als Homo- und Heterosexuelle zusammenzuleben (A.T. 2019: 7f.). Ausserdem erwähnt er in einem weiteren Analogie-Topos, dass auch andere Kulturen einen Weg gefunden haben, die beiden Sexualitäten zwar getrennt aber doch in gegenseitiger Anerkennung zu leben (A.T. 2019: 13).

Im Gegensatz dazu ist A.V. der LSU der Meinung, dass jeder Mensch als Individuum betrachtet werden sollte und setzt sich mit seinem Engagement für gleiche Rechte und Anerkennung für alle ein (A.V. 2019: 13). Zwar befürwortet auch die GaySVP gleiche Rechte, würde es aber bevorzugen, wenn die rechtliche Verbindung eines gleichgeschlechtlichen Paares nicht als Ehe betitelt wird. D.h., auf juristischer Ebene ist sie für eine Gleichbehandlung, auf gesellschaftlicher Ebene aber gegen eine Gleichstellung. Dagegen wehren sich M.F. und I1, die beide der Meinung sind, dass man durch ein separates Konstrukt bei jeder Formalität, bei der man den Zivilstand angeben muss, zwangsgeoutet würde (I1 2019: 6, M.F. 2019: 8). Hier handelt es sich um ein normatives Kausalargumentationsschema, bei dem ein Element (die eingetragene Partnerschaft) abgelehnt wird, mit der Begründung,

dass es für bestimmte Individuen (Homosexuelle) einen Nachteil (Zwangsoouting) darstellt (vgl. Wengeler 2003: 280). Diesem Kritikpunkt entgegnete B.F. allerdings, dass es ja gerade wünschenswert sei in der heutigen Gesellschaft, zu seiner Andersartigkeit stehen zu können, denn dadurch würde auch die Akzeptanz in der Gesellschaft steigen (B.F. 2019: 6).²² Auf meine Bemerkung hin, dass das aber nicht der Realität entspräche, erwiderte B.F., dass die Nachteile eines Zwangsooutings nur gering seien,²³ gab am Ende aber doch zu, dass dies mit ein Grund gewesen sei, weshalb die GaySVP sich letzten Endes doch für die Ehe für alle ausgesprochen hat (B.F. 2019: 6). A.T. ist in diesem Zusammenhang gar der Meinung, dass ein Outing gegenüber dem Staat eben dazugehöre, wenn man die Partnerschaft schon eintragen liesse und diese Rechte in Anspruch nehme (A.T. 2019: 15). Schliesslich sei man nun einmal schwul und müsse schon dazu stehen, Menschen mit Behinderung könnten diese ja auch nicht verstecken (A.T. 2019: 15). Hier wird versucht, mit einem Analogie-Topos den Geltungsanspruch, dass man sein Schwulsein nicht verbergen könne und solle, zu begründen. Entweder man ist schwul und steht auch dazu oder man ist es nicht. Diesen Topos könnte man den Entweder-ganz-oder-gar-nicht-Topos nennen, der implizit auch bei B.F. wiederzufinden ist, und zwar in seiner Begründung, weshalb er sich auch in der Partei geoutet hat: „Und damit war es auch klar, dass [...] das natürlich nicht bei der SVP-Schwelle dann Halt macht. Das können Sie auch nicht“ (B.F. 2019: 4).

Der diskrete Schwule und der Schlafzimmer-Topos

Während also B.F. und A.T. der Meinung sind, dass diese Andersartigkeit gelebt und gezeigt werden sollte, sind M.F., I1 und auch A.V. in dieser Hinsicht zurückhaltender und betonen viel mehr, dass die Sexualität eigentlich Privatsache sein sollte und es niemanden – auch den Staat nicht – zu interessieren hat, was im eigenen Schlafzimmer gemacht werde (M.F. 2019: 2). Es ist wohl kein Zufall, dass dies auch die drei Gesprächspartner waren, die sich für die Ehe für alle ausgesprochen haben.

Erstaunlich sind in diesem Zusammenhang die Aussagen von M.F., der erklärt, dass er mit seinem diskreteren Verhalten einige seiner Parteimitglieder von der Ehe für alle überzeugen konnte, weil er einen persönlichen Bezug zu ihnen aufbauen konnte. Sie hätten gemerkt, dass er und sein Partner „nicht die mit den Handtaschen und den gebrochenen Handgelenken“ seien (M.F. 2019: 6) und er nicht einfach herumrenne und sage: „Ich bin schwul, ich bin schwul, wissen es jetzt alle?“ (ebd.: 1). Hierbei handelt es sich um ein normatives Gegensatzschema, in dem das stereotypische Verhalten von Homosexuellen als negativ

²² Wenn die Folgen (mehr Akzeptanz, da mehr Sichtbarkeit) einer Handlung (Zwangsoouting) mit X (positiv) zu bewerten sind, ist auch die Handlung selbst mit X zu bewerten.

Die Folgen der Handlung sind mit X zu bewerten.

Also: Die Handlung ist mit X zu bewerten. (vgl. Kienpointner 1992: 341)

²³ Im Gespräch wurde das Beispiel der Benachteiligung bei der Wohnungssuche gemacht. B.F. war der Meinung, es handle sich dabei nur um ein Nebengleis, da nur sehr wenige von dieser Problematik betroffen seien (B.F. 2019: 6). Ein weiteres normatives Kausalschema: Wenn nur wenige davon betroffen sind, handelt es sich um kein grosses Problem.

und das eigene, diskrete Verhalten als positiv dargestellt wird. Dadurch ergibt sich die implizite Konklusion, dass diskrete Schwule akzeptierbar sind und extrovertierte nicht.²⁴ Gerade der Kommentar des gebrochenen Handgelenks kann man durchaus als homophob betrachten, was bedeuten würde, dass M.F. Menschen innerhalb seiner eigenen Community diskriminiert. Das ist wiederum interessant, weil in mehreren Gesprächen beklagt wurde, dass schwule Rechte unter Diskriminierung in der Szene leiden und sie angegriffen würden, weil sie einer rechten Partei zugehören (vgl. I1, T.F., A.T.), was unter dem Topos der internen Diskriminierung zusammengefasst wurde, der auch gleich zum nächsten Thema führt.

Das schwule Selbstbild und die bösen Linken

Wie bereits erwähnt, besteht A.T. darauf, dass Homosexualität und Heterosexualität als zwei verschiedene Paar Schuhe betrachtet werden. Ausserdem ist er der Meinung, dass Homosexuelle kinderlos bleiben sollten, da sie aus natürlichen Gründen keine Kinder haben können und dies sowieso nicht „dem schwulen Selbstbild“ entspräche (A.T. 2019: 12). Auf die Frage hin, wie dieses schwule Selbstbild aussehe, wurde mit einem Widerspruch geantwortet, nämlich damit, dass man das eigentlich nicht wisse (A.T. 2019: 12). Einerseits behauptet A.T. also, dass der Kinderwunsch nicht dem schwulen Selbstbild entspräche, andererseits erklärt er aber auch, dass er nicht wisse, wie dieses genau aussehe. Allerdings gab er im weiteren Verlauf des Gesprächs zu verstehen, dass er sehr wohl eine Vorstellung dieses Selbstbildes hat. So sei das Problem nämlich, dass die Linken einem vorschreiben würden, wie man als Schwuler zu leben hätte (A.T. 2019: 13). Weshalb das aber nicht dem eigentlichen Selbstbild entspräche, begründet er mit einem Teil-Ganzes-Topos: „Dieser Kinderwunsch ist bei den AfD-Schwulen unbekannt“ (A.T. 2019: 12), und wenn er den AfD-Schwulen (Teil) unbekannt ist, ist er allen Schwulen (Ganzes) unbekannt. Weiter wird wieder ein Geschichtstopos verwendet, nach dem die Homosexuellen früher eine besondere Stellung in der Gesellschaft hatten und diese wiedergefunden werden sollte (A.T. 2019: 13). Interessant ist, dass sich A.T. im gesamten Gespräch nie als Opfer sieht, wenn es um seine Homosexualität geht, aber gern die Unterdrückung der AfD durch die Linken, der Deutschen durch den Islam und der AHO durch die linken LGBT-Organisationen erwähnt.

Die kontraproduktive Gay Agenda und die blinden LGBT-Aktivisten

Diese Vereinnahmung des Schwulenthemas durch Linke und LGBT-Aktivisten erwähnt die AHO bereits in ihren Leitlinien und wiederholt den Standpunkt im Interview. Zudem erklärt A.T., in der AfD gäbe es so viele Schwule, weil sich die Linken der wahren Problemlage der Schwulen – nämlich die homophoben Muslime – nicht annehmen würden (A.T. 2019: 10).

²⁴ Oder wie es Frédéric Martel in seinem Buch „Sodom: Macht, Homosexualität und Doppelmoral im Vatikan“ treffend zusammenfasst: „[G]rosse Toleranz für ungeoutete Homosexuelle; Nulltoleranz für homosexuelle Sichtbarkeit!“ (Martel 2019: 154).

M.M. von der AfD ist ausserdem der Meinung, dass die (implizit: heterosexuelle) Gesellschaft immer mehr mit Forderungen beansprucht wird und sich danach ausrichten muss (M.M. 2019: 7). Ausserdem würde man mit immer neuen Forderungen kommen, hier mit dem Beispiel der vor Kurzem in Deutschland eingeführten Anerkennung eines dritten Geschlechts (M.M. 2019: 6). Es handelt sich hier wieder um den beliebten Gefahren-Topos (vgl. Wengeler 2003: 281), der auf dramatisierende Art und Weise beschreibt, welche negative Folgen eine Entscheidung (in diesem Fall mehr Rechte für Homosexuelle) haben könnte und im Übrigen auch ein Ausdruck von Macht im Diskurs ist (Van Dijk 2008: 38). Denn durch das Schüren von Ängsten gegen die LGBT-Community werden die Unterdrückten klar negativ dargestellt, was es ihnen erschwert, aus ihrer benachteiligten Lage herauszufinden. In diesem konkreten Beispiel werden allerdings Äpfel mit Birnen verglichen, da die Anerkennung eines dritten Geschlechts rechtlich gesehen nichts mit einer Ehe für alle zu tun hat und somit eines von Kopperschmidts Kriterien für ein überzeugungskräftiges Argument, die Relevanz, im Grunde nicht erfüllt ist (vgl. Kapitel 2.3).

Diese Befürchtung scheint auch I1 zu teilen. Obwohl er sich als Jurist mit den Unterschieden zwischen den Forderungen nach einer Ehe für alle und nach der Anerkennung eines dritten Geschlechts auskennen sollte, ist er der Ansicht, dass es die LGBT-Szene mit ihren Forderungen übertreibt und dies kontraproduktive Folgen haben könnte, wenn die Menschen so reagieren, wie das M.M. mit seinem Gefahren-Topos getan hat (I1 2019: 5). Ausserdem seien die Aktivistinnen, Aktivisten und Organisationen „in dieser Frage blind“ und hätten „keine Ahnung, wie die Menschheit über diese Dinge denkt“ (I1 2019: 5). Für I1 ist „diese Art von Politisieren“ der Grund, weshalb er nicht „im Fahrwasser von irgendwelchen Aktivisten, Organisationen“ (ebd.: 11) sein will.

Nicht der schwule Politiker und sexuelle Orientierung ≠ politische Ausrichtung

Genauso wenig, wie I1 sich bei Aktivisten und Organisationen einspannen lassen will, möchte er als der schwule Politiker gesehen werden, weil er sich nicht vereinnahmen lassen will (I1 2019: 10). Allerdings nimmt er – das hat sich in den Gesprächen mit den anderen drei Schweizern gezeigt – bereits eine solche Rolle ein und wird als Referenz genannt (M.F. 2019: 2). Auch M.F. und A.V. wollen sich nicht auf ihre Sexualität reduzieren lassen und bestehen darauf, dass ihre Sexualität im Grunde keinen Bezug zu ihrer Parteiangehörigkeit hat (M.F. 2019: 11 und A.V. 2019: 12). I1 zieht diese Position konsequent durch, indem er grundsätzlich klar zwischen seinem Privatleben und seiner politischen Tätigkeit unterscheidet. Dadurch lässt sich auch erklären, weshalb er nicht der GaySVP angehört, wie er in unserem Gespräch betont (I1 2019: 6). Bei M.F. und A.V. birgt dieser Topos allerdings einen Widerspruch. Einerseits sind beide der Meinung, dass ihre Sexualität nicht ihre politische Ausrichtung bestimmt – A.V. erklärt, eigentlich sei Aussenpolitik sein Favorit (A.V. 2019: 12) und M.F. betont, dass er nicht „der schwule [M.]“ sei (M.F. 2019: 12). Andererseits ist A.V. Bundesvorsitzender der LSU und somit sehr aktiv sowie klar positioniert, während M.F. keine Gelegenheit ungenutzt lässt, auf Twitter und anderen Kanälen zu betonen, dass

er selbst homosexuell sei, und sich u.a. als Co-Präsident des LGBT-Komitees „Sonderrechte NEIN!“ gegen die Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm engagiert. Auf diesen Widerspruch wird später noch einmal eingegangen.

Grösste Deckungsgleichheit

Entsprechend der Logik, dass ihre Sexualität nicht ihre politische Tätigkeit bestimmt, begründen alle Gesprächspartner ihre Parteizugehörigkeit mit dem Topos der grössten Deckungsgleichheit (mit Ausnahme von A.T., der als Hauptgrund die Ausländerpolitik der AfD und mit ihr die Bedrohung der homophoben Kulturen nennt, A.T. 2019: 7). Es handelt sich hierbei um einen der wenigen Topoi, der bei allen wiederzufinden ist und bei dem auch die Schlussregel des argumentativen Vergleichsschemas bzgl. abweichende Meinung im Thema Homosexualität immer dieselbe ist: Eine 100%ige Übereinstimmung bei allen Themen findet man in keiner Partei, ergo ist es auch in Bezug auf LGBT-Themen nichts Besonderes. Bei A.V. zeigte sich ausserdem einmal mehr, dass er im Vergleich zu den anderen Gesprächspartnern sich eben doch in der Rolle des Aktivisten sieht – und somit den oben erwähnten Widerspruch selbst bestätigt. Er argumentiert, dass er eben gerade bei der CDU/CSU noch gebraucht werde, weil sie im Bereich LGBT noch nicht so weit seien wie die linken Parteien, was in dieser Arbeit der Die-brauchen-uns-am-meisten-Topos genannt wird (A.V. 2019: 12).

Die weiterführende Frage, ob es sie denn nicht störe, dass die Partei in dem Bereich, der ihr Privatleben bestimmt, nicht auf ihrer Linie sei, wurde hingegen mit verschiedenen Topoi verneint, die nun kurz erläutert werden.

Kein Interesse ist besser als dagegen

M.F. und T.F. haben zuerst einmal bestritten, dass die Partei gegen Homosexualität und die Ehe für alle sei, denn vielmehr sei es ihr egal, und beide waren sich einig, dass Gleichgültigkeit besser sei, als dass sie als homosexuelle Mitglieder aktiv bekämpft würden (T.F. 2019: 8, M.F. 2019: 4, 12). Wie allerdings aus dem Parteiprogramm der SVP ersichtlich wurde, bekämpft die Partei sehr wohl aktiv die Ehe für alle, indem sie sich klar als Gegnerin positioniert. Darauf sprach ich M.F. auch an, und dieser lenkte geschickt mit einem Kommentar zur Abstimmung am Parteitag von der Frage ab (vgl. M.F. 2019: 4). Das Ausweichen der Frage könnte darauf hinweisen, dass M.F. eigentlich selbst weiss, dass die Partei gegen ihn arbeitet, das aber nicht explizit zugeben möchte. Gleichzeitig erklärt M.F. auch, was es für ihn bedeuten würde, in Bezug auf seine Homosexualität bekämpft zu werden: „Sie versuchen mich nicht, irgendwie mundtot zu machen. Sie versuchen nicht, mich zu unterdrücken oder sonst etwas. Das wäre für mich gegen mich Arbeiten“ (M.F. 2019: 12).

Das kommt sowieso

Ein weiteres Argument für eine Parteizugehörigkeit trotz der entgegengesetzten Position der Partei war die Tatsache, dass die Ehe für alle früher oder später sowieso eingeführt werde, ob die Partei nun dafür oder dagegen sei. So machte M.F. geltend, dass der politische Prozess deswegen nicht schneller gehen würde (M.F. 2019: 3), A.V. war der Meinung, dass gewisse Dinge in der Politik Zeit bräuchten und man die Parteimitglieder nicht mit zu vielen Forderungen überladen dürfe²⁵ (A.V. 2019: 3), T.F. argumentierte, dass die Zeit für sie arbeite, das Thema sowieso kommen würde und es auch eine Generationenfrage sei (T.F. 2019: 3).

Besser als früher

Ganz im Sinne der Rechtfertigung ihrer Parteizugehörigkeit hat die Mehrheit der Gesprächspartner mit zahlreichen Beispiel-Topoi versucht darzulegen, dass die Situation für Homosexuelle in der Partei heute besser sei als früher. So wurde von allen vier SVPlern auf den Parteitag im Januar 2019 verwiesen, an dem über den Passus der Ehe für alle im Wahlprogramm diskutiert wurde, und alle betonten, dass die Mehrheit der Basis mittlerweile wohl für eine Ehe für alle wäre. Interessanterweise gab es zwei unterschiedliche Erklärungen dafür, weshalb denn die Partei immer noch dagegen sei. Für die einen liegt es daran, dass die Partei Angst hat, konservative, traditionelle Wählerinnen und Wähler zu verlieren (Topos der Wählerverlustangst, vgl. M.F. 2019: 3, I1 2019: 3), für die anderen hingegen sind es ein paar wenige, aber bekannte (implizit: mächtige?) Gegner in der Partei, die die Position der Partei bestimmen (T.F. 2019: 4, B.F. 2019: 2f.). Auch in Deutschland bemerkt A.V. eine immer breitere Zustimmung im Vergleich zu früher und diese Beobachtung könnte zu folgender Schlussregel führen: Wenn die Zustimmung früher gering war, sie bis heute aber zugenommen hat, wird sie in Zukunft noch weiter zunehmen.

Die tolerante Partei

Es war zu erwarten, dass die Gesprächspartner sich ihre Parteizugehörigkeit auch damit erklären würden, dass die Partei im Grunde durchaus offen und tolerant, ja keineswegs diskriminierend gegenüber Homosexuellen sei. Dabei war wohl das beliebteste Argument sowohl bei den homosexuellen als auch beim heterosexuellen Vertreter der Parteien das der *Vorzeigeschwulen und -lesben*. Denn wenn eine Partei selbst Homosexuelle in ihren Reihen zählt – und diese dann auch noch Fraktionsvorsitzende im Bundestag sind wie Alice Weidel bei der AfD –, kann sie ja kaum homophob sein. Während also bei der AfD v.a. natürlich auf Alice Weidel verwiesen wurde, war bei den SVPlern auch I1 eine beliebte Figur

²⁵ Was der Befürchtung von I1 entspricht, zu viele Forderungen seien kontraproduktiv (siehe Topos der kontraproduktiven Gay Agenda, S. 47)

und dies, obwohl er selbst sich ja gerade gegen eine solche Plakatierung wehrt und nicht als der schwule SVPLer angesehen werden möchte.

Nebst den eigenen Homosexuellen waren jedoch auch die sog. *Straight Allies* ein beliebter Topos. Der englische Begriff „Straight Allies“ bezeichnet Heterosexuelle, die die LGBT-Community in ihrem Kampf für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung unterstützen. Der Straight-Allies-Topos wurde hier dazu verwendet, um darzulegen, dass die Homosexuellen in der Partei (implizit: sogar?) von Heterosexuellen unterstützt werden, was wiederum zur (impliziten) Konklusion führt, dass die Partei nicht diskriminierend ist. Allerdings trägt dieser Topos ein Widerspruch in sich, denn obwohl er von den meisten Gesprächspartnern dazu verwendet wurde, die Toleranz ihrer Partei hervorzuheben, beleuchtet A.V. noch eine andere Facette der Straight Allies:

„[Die Straight Allies] sind wichtig, denn deren Wort hat natürlich bei den anderen Heterosexuellen mehr Gewicht“ (A.V. 2019: 3).

A.V. gibt also implizit zu, dass die Homosexuellen weniger zu sagen haben und deshalb die Unterstützung der Heterosexuellen brauchen. D.h., im Grunde widerlegt er damit den Geltungsanspruch, dass die Partei nicht diskriminierend sei. Auch bei A.T. taucht dieser Widerspruch auf, der sogar offen zugibt, dass diese Unterstützerinnen und Unterstützer, „für [die AHO] da als AfDler unter diesem besonderen Regenbogenemblem [stehen] und sich einiges anhören [müssen]“ (A.T. 2019: 5), also innerhalb der Partei einen schwereren Stand haben, wenn sie sich als Unterstützer der Homosexuellen zeigen.

Ein weiteres Argument für die Offenheit der eigenen Partei ist der innerparteiliche Erfolg der Gesprächspartner. So argumentieren z.B. M.F. und B.F., dass sie es beide in wichtige Ämter geschafft hätten und dies zeige, dass die SVP ihre Mitglieder nach ihrer Leistung bewertet und nicht nach ihrer sexuellen Orientierung. Man könnte diese Argumentation dem Leistungstopos zuteilen (B.F. 2019: 8, M.F.: 6). Allerdings widerspricht sich M.F. wenig später gleich selbst:

„[W]eil ich schwul bin, muss ich vielleicht noch einen kleinen Zacken mehr zeigen. Einfach um ihnen zu zeigen: He, ich bin nicht das kleine Schwüchtelein²⁶, wie ihr immer gedacht habt, sozusagen.“ (M.F. 2019: 7)

Wie zuvor bei A.T. und A.V. wird hier ein Argument, das eigentlich für die Partei sprechen sollte, zu einem Gegenargument umgedreht, wenn man die implizite Schlussregel extrapoliert:

²⁶ Auch hier stigmatisiert M.F. wieder andere Schwule, wie das bereits beim gebrochenen-Handgelenk-Kommentar ersichtlich wurde (vgl. S. 46)

Wenn ich schwul bin, muss ich mehr leisten, weil meine Partei denkt, Schwule würden weniger leisten, ergo ist meine Partei homophob.

Um zu zeigen, dass die eigene Partei die Vereinigungen akzeptiert, wird der Topos der evidenten Zusammenarbeit verwendet. So erklärte z.B. A.V., wie die jetzige Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer sie in die Arbeiten zum Landeswahlprogramm im Saarland miteinbezogen hatte (A.V. 2019: 8), oder A.T., wie die AHO mit der AfD bei der Erstellung des Bremer Wahlprogramms zusammengearbeitet hatte (A.T. 2019: 3). Da scheint die GaySVP allerdings eine andere Stellung in der Partei zu haben, denn im Gespräch mit T.F. hat sich gezeigt, dass die SVP zwar sehr wohl Medienanfragen an sie weitergibt, aber wenn es darum geht, dass die Partei zum Thema Stellung nimmt oder eine Position bestimmen muss, werden sie nicht beigezogen (T.F. 2019: 2). Dies entspricht I1's Einschätzung, dass die Vereinigung innerhalb der Partei als „ziemlich irrelevant“ angesehen wird (I1 2019: 10), da sie nicht der offiziellen Haltung der Partei entspricht. T.F. begründet die Nichtbeachtung einerseits ebenfalls explizit mit der abweichenden Haltung und andererseits mit dem Die-anderen-auch-Topos, also der Argumentation, dass dies nicht nur beim Thema Homosexualität das Vorgehen sei, sondern auch in anderen Belangen (T.F. 2019: 2). Dieser normative Vergleichstopos²⁷ wurde auch von anderen Gesprächspartnern verwendet, um die eigene Partei in Schutz zu nehmen, z.B. indem die SVP mit anderen Parteien (EDU oder EVP) verglichen wurde, die auch gegen die Ehe für alle sind (M.F. 2019: 8). Ausserdem kam der Die-anderen-auch-Topos auch mehrmals in Erwähnung anderer rechter Schwuler zum Zuge, wo das Argument dazu diente aufzuzeigen, dass sie in ihrer Denkweise nicht alleine sind und diese somit durchaus legitim ist.²⁸

Nachdem nun gezeigt wurde, welche Topoi in Zusammenhang mit der Frage der Parteizugehörigkeit verwendet werden, muss noch geklärt werden, welche Rolle die Vereinigung an sich spielt und wie die Gesprächspartner zur Ehe für alle in ihren verschiedenen Varianten stehen.

Topos der Hintergrundarbeit

Die LSU unterscheidet sich mit ihrem direkten politischen Engagement klar von der GaySVP und der AHO, die beide innerhalb ihrer Partei eine eher passive Rolle einnehmen. A.V. spricht klar von einer Lobby- und Sensibilisierungsrolle der LSU und jüngst wurde am Bundesparteitag ein Antrag auf offizielle Anerkennung der LSU als Vereinigung gestellt (A.V. 2019: 3).²⁹ Die LSU mit ihren rund 700 Mitgliedern bringt sich also aktiv ins Geschehen

²⁷ SR: Wenn es die anderen so machen und es nicht negativ bewertet wird, ist es auch in unserem Fall nicht negativ zu bewerten.

²⁸ So z.B. I1: „Es ist also mitnichten so, dass alle Schwulen für die Ehe für alle sind und dass alle Schwulen sagen, doch, klar, Adoptieren ist eine gute Sache“ (2019: 4).

²⁹ Eine Entscheidung ist noch ausstehend, am Bundesparteitag vom 23. November 2019 wurde der Antrag bis auf Weiteres verschoben (LSU 2019b).

ein und kämpft um mehr Anerkennung innerhalb der CDU. Obwohl die AHO gemäss eigenen Angaben auch an Wahlprogrammen mitarbeitet, sich einbringt und von der Partei angefragt wird, an Veranstaltungen teilzunehmen, scheint ihr Einfluss angesichts der tiefen Mitgliederzahl (25) nur gering (vgl. A.T. 2019). Die GaySVP wiederum zählt zwar um die 100 Mitglieder, ist aber relativ unsichtbar innerhalb der Partei. Das gaben die beiden Vertreter der Gruppe offen zu mit der Begründung, dass sie mehr Hintergrundarbeit leisten, persönliche Kontakte pflegen und die eigenen Mitglieder unterstützen, statt Grossaktionen und Infokampagnen zu organisieren (B.F. 2019: 3, T.F. 2019: 11). Sie begründeten dieses Vorgehen damit, dass sie durch persönliche Begegnungen innerhalb der Partei mehr Einfluss nehmen und Wirkung entfalten können. Ausserdem würden sich die LGBT-Organisationen sowie Aktivistinnen und Aktivisten um die Sensibilisierung der Gesellschaft kümmern (B.F. 2019: 1). Eine gewisse Passivität der GaySVP wird auch bei T.F. deutlich, der erklärte, dass sie selbst keine Aktivitäten organisieren, um Mitglieder anzuwerben, sondern dass die Einzelnen auf sie zukommen würden, und dass sie aus Eigeninitiative keine Vorstösse oder Anträge machten, sondern erst Stellung nehmen würden, wenn etwas zum Thema wird, wie z.B. momentan der Gesetzesentwurf zur Ehe für alle (T.F. 2019: 9). Diese Erläuterungen zur Passivität des Vereins wird in dieser Arbeit Reaktion-statt-Aktion-Topos genannt.

Auch M.F. sieht seine Möglichkeit, die Anliegen der LGBT-Community voranzubringen, im persönlichen Austausch mit anderen Parteimitgliedern und illustrierte seinen Erfolg mit einigen Beispielen von Parteikollegen, die er z.B. für die Ehe für alle gewinnen konnte (M.F. 2019: 7). M.F. gab zudem an, dass er für andere – vielleicht noch nicht geoutete – Homosexuelle eine Art Vorbildrolle übernimmt und mit seiner Präsenz zeigt, dass es in der SVP durchaus einige davon gibt (ebd.: 12). Diese Funktion führt bei M.F. allerdings zu einem bereits erwähnten Widerspruch, denn wie weiter oben ersichtlich wurde, möchte auch er nicht als der schwule SVPler betrachtet werden. Das scheint ihm allerdings bis zu einem gewissen Grad auch bewusst zu sein, wie sich in folgendem Zitat zeigt:

„Das zeigt mir auch, dass sich gewisse teilweise Vorbild-Rolle schon fast muss [sic] einnehmen, auch wenn es gegen meinen Strich geht.“ (M.F. 2019: 12)

Zwar sagt er nicht explizit, dass es seiner Grundeinstellung widerspreche, aber das Modalverb „müssen“ einerseits und der nachgeschobene Nebensatz andererseits machen doch deutlich, dass ihm diese Aufgabe eigentlich missfällt.

Ganz einen anderen Ansatz verfolgt I1, der nicht intern auf die eigenen Leute zugeht, sondern, wenn es ihm notwendig erscheint, eine öffentliche Stellungnahme abgibt (I1 2019: 11). Er erklärt dieses Vorgehen einerseits mit seiner eigenen Persönlichkeit, weil diese individuelle Hintergrundarbeit nicht seine Art sei (I1 2019: 11) und argumentiert damit mit einem normativen Kausalschema, das dem Nutzlosigkeitstopos zugeordnet werden kann.³⁰ I1 erachtet sich selbst nicht als geeignet, einzelne Personen zu überzeugen, und sieht somit

³⁰ Zu Wengelters Nutzlosigkeitstopos vgl. Kapitel 5.2.

keinen Nutzen darin, weshalb er dieses Vorgehen ablehnt. Andererseits ist die Ehe für alle für ihn kein technisches Thema, zu dem er faktische Argumente liefern kann, sondern eine emotionale Angelegenheit, in der er „keine Lust“ hat, mit anderen darüber zu diskutieren (I1 2019: 11). Erneut kommt hier der Nutzlosigkeitstopos zum Zuge: Da es sich um ein emotionales Thema handelt, sieht er keinen Nutzen darin (implizit: hat er keine Lust), mit Einzelnen darüber zu diskutieren.

Topos der Unklarheit

Bei der Diskussion des Andersartigkeitstopos wurde bereits deutlich, dass die GaySVP und die AHO eine erweiterte Form der eingetragenen Partnerschaft einer heteronormativen Ehe vorziehen würden. M.F. hingegen steht klar für die Ehe für alle sowie den Zugang zu Adoption und Samenspende ein (M.F. 2019: 2) und auch A.V. setzt sich mit der LSU seit Jahren für die Gleichstellung ein (vgl. A.V. 2019).³¹ I1 vertritt auch in diesem Punkt eine etwas andere Position. Zwar befürwortet er die Kernvorlage der Ehe für alle, in Bezug auf Adoption und Samenspende hat er allerdings seine Vorbehalte. So ist er der Ansicht, dass gerade bei der Samenspende noch zu viele rechtliche Fragen offenständen (I1 2019: 4f.). Dabei bedient er sich des Unklarheitstopos, den auch die SVP in ihrer Vernehmlassungsantwort verwendet (vgl. S. 39). Weiter, in Zusammenhang mit der Samenspende für lesbische Frauen, unterstützt I1 die Position der SVP, die besagt, dass es sich hierbei um eine Diskriminierung schwuler Männer handle, die selbst ja keinen Zugang zu Leihmutterschaft hätten (I1 2019: 5). Er ist somit der Einzige, der dieses normative Vergleichsschema mit Verweis auf Gerechtigkeit ebenfalls aufnimmt, während die GaySVP klar zu verstehen gegeben hat, dass es sich im Grunde um ein vorgeschobenes Argument handle (B.F. 2019: 7, T.F.: 3).

Topos der riskanten Adoption

Bei der Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare sieht I1 eine weitere Schwierigkeit. Und zwar aus dem Grund, dass viele konservative Wähler noch skeptisch sind, wenn Kinder im Spiel sind, und die Diskussion dann anders verläuft (I1 2019: 3). Diese Meinung teilen sowohl M.F. (2019: 8) und T.F. (2019: 4) als auch M.M., wie sich im Gespräch zeigte, denn da war der Topos des Kindeswohls, also die Angst, dass ein Kind in einer Regenbogenfamilie Schaden nehmen könnte, und diese deshalb abgelehnt werden, sehr dominant (vgl. M.M. 2019). Ausserdem ist I1 der Meinung, dass die automatische Einführung der Adoption mit der Ehe für alle³² zwar auf rechtlicher Ebene berechtigt sei, aber man damit eine politische Auseinandersetzung mit dem Thema abgetötet hätte, die eigentlich notwendig gewe-

³¹ Obwohl er den Begriff „Ehe für alle“ nicht ideal findet, da er im Grunde die Steilvorlage für Gefahrentopoi wie das schon erwähnte Argument mit der Polygamie bietet (A.V. 2019: 11).

³² Zur Erinnerung: Die Adoption ist in der Kernvorlage zur Ehe für alle bereits enthalten und würde somit bei ihrer Annahme automatisch eingeführt, der Zugang zu Samenspende für lesbische Paare wurde in einem separaten Vorschlag eingereicht.

sen wäre (I1 2019: 4). Implizit gibt er also auch hier zu verstehen, dass die Frage ungenügend behandelt wurde, womit man diese Argumentation auch dem Unklarheitstopos unterordnen könnte. Letzten Endes steht für I1 die Frage der Adoption allerdings gar nicht wirklich im Zentrum der Debatte, da im Grunde die Leihmutterschaft im Vordergrund stünde. Schliesslich wolle man – homo- oder heterosexuell – eigentlich selber Erzeuger seiner Kinder sein (I1 2019: 4). Hinter dieser Argumentation steckt einmal mehr ein normatives Kausalschema, mit dem der Nutzen einer Debatte infrage gestellt wird. So zweifelt I1 implizit an der Relevanz der Adoptionsdebatte, da im Grunde ein anderes Thema im Zentrum steht – die Leihmutterschaft. Man könnte gar so weit gehen und von einem Gefahrentopos oder spezifischer dem Topos der versteckten Leihmutterschaft sprechen, da implizit darauf hingewiesen wird, dass die Einführung der einen Regelung – die Adoption – das wirkliche Bestreben homosexueller Paare kaschiert und somit abgelehnt werden sollte.³³

Topos der Salami taktik

Die Überlegung der riskanten Adoption weiterführend, schlagen sowohl I1 als auch T.F. vor, dass man zuerst die reine Ehe für alle einführt und dann in einem nächsten Schritt den Zugang zu Adoption (nur gemäss T.F.) und Samenspende ermöglicht, da man sonst riskiere, die Vorlage zu überladen und die Bevölkerung damit zu überfordern (T.F. 2019: 4f., I1 2019: 5). Auch A.V. befürwortet – nicht im Zusammenhang mit der Ehe für alle, aber grundsätzlich – ein vorsichtigeres Vorgehen, bei dem man niemanden durch zu viele Forderungen vor den Kopf stösst.³⁴ Obwohl dieser Ansatz oft gerade von den Gegnerinnen und Gegnern als Salami taktik angeprangert wird (vgl. S. 39, Unklarheitstopos) und sich T.F. dessen auch bewusst ist (2019: 4), scheint ihnen die Gefahr der Überforderung und somit das Risiko, bereits erreichte Zustimmung für einen Teil der Forderungen zu verlieren, im Augenblick grösser als ein möglicher späterer Vorwurf einer versteckten Agenda. Eine solche Denkweise lässt sich wohl mit der politischen Natur der Sache erklären, denn bekanntlich wird in der Politik viel taktiert, und es müssen Kompromisse sowie Mehrheiten gefunden werden, auch wenn das den Betroffenen viel Geduld abverlangt.³⁵

5.2 Wengeleres Nutzlosigkeitstopos und seine Vielfältigkeit

In der vorangehenden Diskussion hat sich gezeigt, dass in den Gesprächen immer wieder auf ein normatives Kausalschema zurückgegriffen wird, so z.B. auf den bereits genannten Gefahren-Topos in Bezug auf den Missbrauch der Öffnung der Ehe für alle. Auch Wengeler ist die Wichtigkeit normativer Kausalschemata in einer politischen Argumentation und ihre

³³ Zwar spricht sich I1 nicht explizit gegen, allerdings auch nicht klar für die Adoption aus. So formuliert er sehr oft in der Passivform oder erklärt, was die Meinung „der meisten“ oder von anderen Schwulen sei. Selbst nach mehrmaligem Nachhaken, was denn seine ganz persönliche Meinung dazu sei, positioniert er sich nur vage zur Leihmutterschaft („Ich bin dem nicht, ich bin dem nicht total abgeneigt. Ähm ja, ich bin aber auch nicht euphorisch dafür, würde ich sagen.“ I1 2019: 4), aber nicht zur Adoption.

³⁴ Vgl. dazu A.V.s Beschreibung des langen Kampfes hin zur Ehe für alle (A.V. 2019: 4ff.).

³⁵ Dies bestätigt auch A.V. in seiner Beschreibung der aktuellen Situation um die Änderungen im Transsexuellengesetz (A.V. 2019: 3f.).

vielen Nebentopoi aufgefallen (2003: 280). Innerhalb der normativen Kausalschemata hat er insbesondere eine Topoi-Kategorie – die Nutzen-Topoi – identifiziert, mit denen „eine Handlung oder ein Vorgang mit dem Hinweis darauf befürwortet oder abgelehnt [wird], dass diese Handlung für bestimmte Individuen [...] einen Nutzen habe oder einen Nachteil, einen Schaden herbeiführe“ (Wengeler 2003: 280). Dabei kommt dem Nutzlosigkeitstopos eine ganz eigene Kategorie zuteil, mit dem eine Handlung oder Entscheidung, z.B. die Einführung einer Regelung, abgelehnt wird, weil der oder Argumentierende davon ausgeht, dass die „prognostizierten oder erwarteten positiven Folgen [...] nicht eintreten werden“ (Wengeler 2003: 281). Selbst würde ich den Nutzlosigkeitstopos aber noch um ein Kriterium erweitern und sagen, dass eine Handlung oder Entscheidung abgelehnt wird, weil der oder die Argumentierende davon ausgeht, dass ebenjene Handlung bzw. Entscheidung gar nichts an der aktuellen Lage verändern würde und sie sie deshalb als unnötig erachtet. Spannend am Nutzlosigkeitstopos ist, dass er in jedem Gespräch in irgendeiner Variante einmal oder mehrere Male vorkam. Er stellt somit die einzige Topoi-Kategorie dar, die ausnahmslos von allen Parteien und Vereinigungen verwendet wurde. Deshalb sollen in den folgenden Abschnitten noch einige dieser besonderen Topoi vorgestellt werden.

Bei der Frage zur Parteiangehörigkeit kam eine Variante immer wieder vor: der Ist-halt-so-Topos. Darunter werden in dieser Arbeit eine ganze Reihe von verschiedenen Szenarien eingeordnet, in denen die Erklärung einer bestimmten Situation – meist die Tatsache, dass die Partei oder bestimmte Personen keine LGBT-Befürworterinnen und -Befürworter sind – sich auf ein „ist halt so“ belief. Dabei ging es entweder darum, dass die Anderen oder die Situation nun mal so seien („manchmal sind Leute eben so sehr katholisch, da kann man ihnen nicht mehr helfen“, A.V. 2019: 5), oder aber es betraf die Person selbst. So meinte A.T., dass man eben homosexuell sei, seine Andersartigkeit also akzeptieren müsse (vgl. S. 50), und M.M. war ebenfalls der Meinung, dass man seine Situation als homosexuelle Person eben akzeptieren müsse und (implizit) deswegen keine weiteren Forderungen machen solle (M.M. 2019: 7). Beide sehen also keinen Nutzen darin, Forderungen für gleiche Rechte zu machen, da eine Einführung dieser keine positiven Folgen haben würde, schliesslich hätten die Homosexuellen schon alles, was sie bräuchten. Sie lehnen deswegen sowohl eine Ehe für alle als auch das Recht auf Adoption oder Zugang zu Samenspende und Leihmutterchaft ab. Eine weitere Variante des Ist-halt-so-Topos besteht in der stillen Akzeptanz von homophoben Kommentaren. So beschreibt M.F., dass es ihm egal sei und man damit eben leben müsse, wenn ihn jemand aufgrund seiner Sexualität beschimpfe, denn er sei das gewohnt von der Arbeit auf Baustellen (M.F. 2019: 9). Bei dieser Argumentation kann man folgende Schlussregel ableiten: Es ist halt so, dass man manchmal beschimpft wird, damit muss man leben, (implizit) also braucht es keine Regeln für den Schutz vor Diskriminierung.³⁶

³⁶ Angesichts der Tatsache, dass M.F. Co-Präsident des LGBT-Komitees gegen den Diskriminierungsschutz ist, erstaunt diese Argumentation wenig.

Ebenfalls den Nutzlosigkeitstopoi zuzuordnen sind all diejenigen Argumentationsschemata, die zum Schluss kommen, dass die Debatte um die Ehe für alle und gleiche Rechte für die LGBT-Community eigentlich sinnlos oder irrelevant sei, und die man unter dem Topos der Verhältnismässigkeit oder dem Es-gibt-Wichtigeres-Topos zusammenfassen könnte. So ist T.F. beispielsweise der Ansicht, dass die Debatte keinen Mehrwert habe, da der Begriff „Ehe“ der traditionellen Ehe vorbehalten sei und gleiche Rechte viel entscheidender seien als eine gleiche Bezeichnung. Ausserdem würden so viele Ehen in die Brüche gehen, da sei ein solches Konstrukt doch gar nicht erstrebenswert (T.F. 2019: 3). Weiter wurde damit argumentiert, dass es wichtigere Dinge gebe als den Kampf um gleiche Rechte. So war M.M. der Meinung, dass die Diskussion unnötig sei, da das Gesetz zur Einführung der Ehe gegen die Verfassung verstiesse (der Topos der Verfassungswidrigkeit wurde bereits in der Textanalyse angesprochen) und andere Themen, wie die Flüchtlings- oder Euro-Rettungspolitik, mehr Aufmerksamkeit verdient hätten, da diese die Mehrheit der deutschen Bevölkerung betreffe, während nur eine Minderheit homosexuell sei (M.M. 2019: 2). Hier wird also auch mit einem Mehrheits-Topos argumentiert: Man sollte sich nur mit einem Thema beschäftigen, wenn es die Mehrheit betrifft, und nicht mit einem Thema, das nur eine Minderheit unterstützt. Ein weiteres Argument, weshalb die Debatte irrelevant sei, kam von I1, der der Meinung ist, dass es im Grunde keine Rolle spielt, ob man heiraten darf oder nicht, denn:

„die Befindlichkeit eines Menschen hängt viel mehr davon ab, ob er einen Partner hat, als wenn er einen Partner hat, ob er den heiraten kann oder nicht“ (I1 2019: 8).

Für ihn ist es also bedeutender, überhaupt eine Beziehung und ein positives Umfeld zu haben als gesellschaftliche Gleichstellung. Diese Denkweise entspricht den bereits angesprochenen Argumentationen, dass er nicht als der schwule Politiker angesehen werden möchte und dass sein Privatleben nicht sein politisches Leben ausmacht.

Obwohl die Argumente also je nach Sprecher und Thema sehr unterschiedlich ausfallen, kommen doch alle zum selben Schluss: Es nützt nichts, die Situation zu ändern, da sie entweder einfach so ist oder es Wichtigeres gibt, um das man sich kümmern sollte.

5.3 Widersprüche und Kritik

Die Analyse der verschiedenen Topoi hat gezeigt, dass sich alle homosexuellen Vereinigungen in ihrer Tätigkeit einerseits und in ihrer Raison d’Être andererseits unterscheiden. Während sich die LSU mit ihren 700 Mitgliedern aktiv für die LGBT-Community einsetzt und ziemlich gut strukturiert zu sein scheint, führt die GaySVP eher ein Schattendasein innerhalb der Schweizerischen Volkspartei und die AHO begrenzt sich auf eine Gruppierung von 25 Schwulen mit einer ganz eigenen Vorstellung davon, was Schwulsein in der heutigen Gesellschaft bedeuten sollte. Trotz dieser ziemlich grossen Diskrepanz in Anzahl Mitglie-

dern, aktivem Engagement und Einfluss in der eigenen Partei, haben sich drei wiederkehrende Widersprüche herauskristallisiert, die hier Erwähnung finden sollen und nach der Theorie von Reisigl und Wodak kritisch beurteilt werden:

Erstens hat eine Mehrheit der Gesprächspartner darauf bestanden, dass sie nicht auf ihre Homosexualität reduziert werden wollen und dass ihre sexuelle Ausrichtung nichts mit ihrer Politik zu tun hätte. Dennoch sind sie entweder Teil einer homosexuellen Vereinigung und haben dort eine führende Rolle inne wie B.F., T.F. und A.V., oder gehören zwar allein der Partei an, sind aber weitherum bekannt für ihre Homosexualität wie M.F. und I1. Obwohl gerade M.F. auch die Medien dafür kritisiert, dass sie ihn immer als „schwulen SVPler“ betiteln würden, auch bei Themen die nichts damit zu tun hätten (M.F. 2019: 11), stellt sich berechtigterweise die Frage, ob ihm das tatsächlich missfällt. Schliesslich betont M.F. z.B. in den sozialen Netzwerken immer wieder gerne seine Homosexualität und ist in vielen Medien sehr präsent, wenn es z.B. um die Ehe für alle oder die Antirassismus-Strafnorm geht, wo er auch als Co-Präsident eines LGBT-Komitees gegen letztere kämpft. Während es durchaus stimmen mag, dass die Medien zeitweise übertrieben die sexuelle Orientierung einer Person darstellen, bei der sie in keiner Weise relevant ist, liegt es doch zu einem grossen Teil auch an der Person selbst, wie sie sich z.B. auf Twitter präsentiert. Selbstverständlich wäre es in der heutigen Gesellschaft wünschenswert, dass es niemanden mehr interessiert, ob man jetzt schwul, lesbisch, hetero- oder bisexuell ist, aber die Realität ist gerade in der Schweiz leider noch eine andere. Und hier könnten gerade Vereinigungen innerhalb einer Partei, die noch immer gegen die Gleichberechtigung kämpft, Einfluss nehmen und zeigen, dass es auch in konservativeren Kreisen Homosexuelle gibt und somit das Thema voranbringen. Allerdings scheint gerade die GaySVP wenig beachtet zu werden. Die diskursive (und somit auch die politische) Macht liegt hier noch klar bei der SVP, denn wenn es darum geht, über die Position der Partei in diesem Bereich zu entscheiden, wird die Vereinigung übergangen und nicht in die Diskussion miteinbezogen. D.h. die SVP kontrolliert, wer sich wie zum Thema äussert, und unterdrückt somit mögliche oppositionelle Stimmen. Die GaySVP nimmt hier eine passive Rolle ein und leistet somit auch keinen Widerstand gegen diese Machtausübung. Vielmehr scheint sie die Lage zu akzeptieren, was die anfängliche Vermutung bestätigt, dass nicht alle unterdrückten Gruppen sich überhaupt gegen die Unterdrückung wehren wollen.³⁷ Die GaySVP mag das Ungleichgewicht akzeptiert haben, allerdings schimmerte auch ein wenig Resignation durch, wie das die vielen Varianten des Ist-halt-so-Topos zu spüren gaben. Und I1 erwähnte schliesslich, dass er keine Lust habe, sich mit Gegnerinnen und Gegnern über das Thema zu unterhalten, da es sich um eine rein emotionale Diskussion handle (2019: 11). Aber auch hier manifestiert sich ein Problem, das ein Politiker mit Einfluss eigentlich lösen könnte. Denn genau die Emotionalität in der Debatte um die Ehe für alle verhindert m.E. ein rasches Weiterkommen. Würden vielmehr sachliche und juristische Argumente z.B. in Bezug auf die Frage der

³⁷ Mit Ausnahme der LSU, die für mehr Mitsprache und Anerkennung innerhalb der Mutterpartei kämpft.

Gleichberechtigung vorgebracht, würden persönliche und vielleicht religiöse Befindlichkeiten in den Hintergrund treten.

Zweitens haben alle Vereinigungen mit diversen Topoi zu begründen versucht, dass die eigene Partei nicht homophob sei. Allerdings hat sich bereits in der Diskussion in Kapitel 5.1 gezeigt, dass dabei mehrere diskurs-immanente Widersprüche entstanden sind und die jeweiligen Gesprächspartner – wohl eher unbeabsichtigt – das Gegenteil bestätigt haben. Mit der Rechtfertigung ihrer Parteien und deren Positionen bestärken sie diese in ihrer Macht und spielen gerade Gegnerinnen und Gegnern der Ehe für alle in die Hände. Denn wie beim Topos der Vorzeigeschwulen und -lesben ersichtlich wurde, wird es für Befürworterinnen und Befürworter schwierig, z.B. die Homophobie einer Partei anzuprangern, wenn selbst homosexuelle Mitglieder ebendieser für sie eintreten und eine Diskriminierung bestreiten. Hier wird deutlich, dass die Machtausübung, wie sie von van Dijk beschrieben wird (Van Dijk 2008: 29ff.), zu funktionieren scheint. Ein weiterer Hinweis für die geglückte Unterdrückung ist die Wiederaufnahme der von den Parteien verwendeten Topoi durch die homosexuellen Vereinigungen. Das verdeutlicht, dass es der Partei als Gatekeeperin gelungen ist, den Diskurs so zu steuern, dass dieselben Argumente auch von den Unterdrückten wieder aufgenommen werden.

Schliesslich möchte ich noch einen dritten Widerspruch ansprechen, der zwar nur bei der GaySVP vorkam, mir aber trotzdem von Interesse scheint. Es wurde ersichtlich, dass sowohl A.T. als auch B.F. auf die Anerkennung der Andersartigkeit von Homosexuellen bestehen. Während A.T. konsequent ist und auch keine gleichen Rechte verlangt, ist B.F. trotz aller Andersartigkeit der Meinung, dass Homosexuelle dieselben Rechte geniessen sollten, einfach unter einem anderen Namen. Dies ist insofern problematisch, als dass er mit seiner Unterstreichung der Unterschiede zwischen Homo- und Heterosexuellen den LGBT-Gegnerinnen und -Gegnern in die Hände spielt, die natürlich nur den ersten Teil der Forderungen wiederaufnehmen und argumentieren: „Ihr seid anders, also bekommt ihr auch andere Rechte“. Einmal mehr führt das also zu einer Schwächung der Position und Anerkennung Homosexueller in der Gesellschaft und untermauert die Macht derjenigen, die sie unterdrücken wollen.

Obwohl es bei allen Vereinigungen mehr oder weniger evidente widersprüchliche Positionen gab, waren sie in den Gesprächen mit den Vertretern der SVP und der GaySVP besonders deutlich. Bei der LSU lässt sich dies wohl damit erklären, dass sie, wie bereits erwähnt, eine klare Rolle als LGBT-Aktivistin wahrnimmt und in Deutschland bereits relativ gut etabliert zu sein scheint. Man kann sie also nur begrenzt mit den anderen beiden Vereinigungen vergleichen, was auch mit der politischen Ausrichtung der jeweiligen Parteien zu tun hat, da die CDU eher als bürgerlich, mitte-rechts einzuordnen ist, während SVP und AfD klar rechts bis rechtspopulistisch sind. Ausserdem wurde in Deutschland die Ehe für alle bereits eingeführt und die LSU hat somit einen grossen Meilenstein in ihrem Kampf zur Gleichberechtigung erreicht. Für sie geht es jetzt v.a. darum, vollständige Anerkennung

innerhalb der Partei zu erhalten, um sich auch weiterhin für die Rechte der LGBT-Community einzusetzen, denn wie es A.V. zum Abschluss unseres Gesprächs sagte: „Aber der Kampf ist noch nicht zu Ende, wir haben noch eine Menge zu tun“ (2019: 13). Auch bei der AHO gab es weniger ersichtliche Widersprüche, was allerdings nicht bedeutet, dass die Vereinigung wie die LSU eine klassische LGBT-Aktivistin ist. Ganz im Gegenteil nimmt die AHO einen ganz eigenen Platz im Spektrum der LGBT-Community ein. Und auch wenn einige ihrer Positionen verstören mögen, ist sie in ihrer Positionierung konsequent und steht dazu. Die GaySVP hingegen lässt sich weniger leicht einordnen und erweckt ein wenig den Eindruck, dass sie sich ihrer selbst nicht ganz sicher ist. So haben z.B. Präsident und Vorstandsmitglied unterschiedliche Meinungen und Vorstellungen, was die Aufgaben ihrer Vereinigung sind, und sie scheinen sich auch nicht ganz wohl in ihrer Haut zu fühlen. Das zeigte sich auch im Gespräch mit den beiden Vertretern. Beide waren wortkarg, ihre Körpersprache zurückhaltend und das Interesse an unserem Gespräch eher gering, ganz im Gegensatz zu bspw. A.V. und A.T., die eine starke Präsenz hatten und bei denen das Gespräch praktisch von alleine lief. Angesichts der Tatsache, dass die SVP noch immer stärkste Partei im Schweizer Parlament ist und gerade in ländlichen Regionen einen grossen Einfluss hat, ist es äusserst schade, dass diese Personen ihre Stellung in der Partei nicht nutzen, um die Schweiz im Thema Gleichberechtigung der LGBT-Community voranzubringen, sondern der Sache durch ihre Passivität oder gar Gegensteuer vielmehr schaden.

6 Fazit und Ausblick

Weshalb also gehören gewisse Homosexuelle Parteien an, die sich nicht für die Rechte von LGBT-Menschen einsetzen? Die erste, plausibelste Antwort auf diese Frage wäre, dass mit dieser Partei eben die grösste Deckungsgleichheit besteht und man sich sowieso nie 100 % einig sein kann. D.h., die Partei vertritt zumindest zu einem grossen Teil dieselbe Ideologie wie die Person selbst, weshalb letztere sich zu ihr hingezogen fühlt. Die geteilten Werte, Ansichten und Ziele, *mental* und *social representations*, schaffen einen Zusammenhalt und sind Bestandteil einer Identität. Zu dieser gehört auch die sexuelle Orientierung, die keine dieser Personen verleugnet. Allerdings scheint sie bei einigen von ihnen nicht ihr Leben zu bestimmen – oder sie wollen nicht, dass sie ihr Leben bestimmt. Tatsächlich kam bei bestimmten Interviews gar der Eindruck auf, dass die eigene Homosexualität zwar akzeptiert, ja offen gelebt wird und trotzdem als etwas Minderwertiges erachtet wird, das nicht dieselbe Anerkennung wie Heterosexualität verdient. Ob man sogar so weit gehen und dies als Ausdruck der Selbstverleugnung interpretieren könnte, übersteigt allerdings den linguistischen Rahmen dieser Arbeit und müsste wohl eher aus einem soziologisch-psychologischen Blickwinkel betrachtet werden. Wahrscheinlich hätte man mit den richtigen Fragen im richtigen Moment bei den Gesprächen noch tiefer eindringen können, was sich aber als schwierig herausstellte, da meine investigativen Fähigkeiten in einem direkten Gespräch eher begrenzt sind im Vergleich zu beispielsweise erfahrenen Journalistinnen und Journalisten oder Psychologinnen und Psychologen. Dies hat weniger mit der Vorbereitung der Gespräche zu tun, da ich Leitfäden erarbeitet und mich im Vorfeld detailliert über die jeweiligen Gesprächspartner informiert habe, sondern mehr mit meiner eigenen Persönlichkeit. Allerdings stellten sich die anfänglichen Befürchtungen, dass es schwierig werden würde, in den Gesprächen distanziert zu bleiben und mich nicht an den Aussagen des Gegenübers zu stossen, als unbegründet heraus. Es gelang mir ziemlich gut, distanziert und sachlich zu bleiben.

Auf jeden Fall wurde im Verlauf dieser Arbeit einmal mehr deutlich, dass man auch Homosexuelle nicht alle in eine Schublade stecken kann, denn auch sie sind Individuen mit einer ganz eigenen Persönlichkeit und z.T. sehr divergierenden Meinungen. Obwohl ich die Ansicht teile, dass sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in unserer Gesellschaft keine Rolle spielen sollte, bin ich doch der Meinung, dass gerade Menschen in Machtpositionen – denn auf der politischen Bühne hat man eine gewisse Macht – ihren Einfluss nutzen sollten, um dafür zu kämpfen, dass die Frage der sexuellen Orientierung, sei es bei der Parteiwahl als auch ganz grundsätzlich im Leben, nicht mehr von Interesse ist. Durch Passivität oder gar Bekämpfung von Gleichberechtigung schaden sie m.E. der aktuellen LGBT-Bewegung allerdings mehr, als dass sie einen Mehrwert bieten, indem sie eine weitere politische Meinung vertreten und somit die LGBT-Community in ihrer Vielfalt bereichern würden. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt könnte eine Vereinigung wie die GaySVP in der

Schweiz eine entscheidende Rolle spielen im Kampf für die Ehe für alle und Gleichstellung der Homosexuellen mit dem Rest der Gesellschaft.

Nun möchte ich an dieser Stelle noch anbringen, dass in der gesamten Arbeit homosexuelle Frauen praktisch kaum erwähnt wurden. Während ich zwar darauf geachtet habe, stets von Homosexuellen und nicht nur von Schwulen zu sprechen, ist es ein Fakt, dass die Mehrheit der Gesprächspartner nur homosexuelle Männer erwähnte, was sich u.a. darauf zurückführen lässt, dass bei allen Vereinigungen die grosse Mehrheit der Mitglieder Schwule sind. Deshalb war es leider auch nicht möglich, eine Frau als Gesprächspartnerin zu finden. Eine Vertreterin der LSU wurde zwar angefragt und hatte anfänglich auch zugesagt. Leider hatte sie aber auch nach mehrmaligem Nachfragen für einen Gesprächstermin nicht mehr reagiert. Dass hauptsächlich Schwule thematisiert wurden, zeigt zudem auf, dass die Sichtbarkeit von Lesben im Vergleich zu Schwulen sehr viel geringer ist und auch sie unter einer Form der Unterdrückung leiden. Eine KDA lesbischer Vereinigungen und Gespräche mit homosexuellen Frauen könnte also durchaus noch weitere spannende Erkenntnisse liefern, denn in einem solchen Diskurs sind zwei Formen der Unterdrückung – diejenige von Frauen und diejenige von Homosexuellen – eng ineinander verwoben.

Die in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse könnten durch eine detailliertere Analyse des Gesprächs mit A.T. ergänzt werden, da dieses äusserst viel Material für eine Argumentations- und Widerspruchsanalyse bietet. Dabei müsste allerdings nicht nur der Diskurs um Homosexualität untersucht, sondern auch diejenigen um Nationalsozialismus und insbesondere um Islamophobie miteinbezogen werden, denn gerade der Topos der Bedrohung durch fremde Kulturen – bzw. im Fall von A.T. die Bedrohung durch die muslimische Kultur – ist ein vorherrschendes Thema. Dabei wäre es interessant zu untersuchen, ob die Befürchtung zutrifft, dass Hate Crimes durch eine ansteigende Migration tatsächlich zunehmen, indem man Migrationszahlen und Hate-Crime-Statistiken vergleicht.

In Bezug auf die Schweiz und die aktuelle Entwicklung hinsichtlich einer möglichen Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare wäre es interessant, in ein paar Jahren erneut eine Diskursanalyse durchzuführen und zu untersuchen, ob und inwiefern die Argumente für und gegen mehr Gleichberechtigung sich verändern und ob auch konservativere Parteien die gesellschaftliche Veränderung in Zukunft akzeptiert haben.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Interviewpartner.....	27
Tabelle 2: Zusammenfassung der Werkzeugkiste.....	29

Bibliographie

Quellen Korpus

- AfD. (2016, 30.04./01.05.).** Kapitel 6, Familien und Kinder. In *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland*. Alternative für Deutschland, https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf [zit. 05.02.21], 77-87
- AHO. (2017, 26.11.).** Leitlinien der „Homosexuellen in der Alternative für Deutschland – Alternative Homosexuelle“ (AHO). Bremer Manifest, 2017 Leitlinien Homosexuelle in der AfD, <http://bremenmanifest.de/wp-content/uploads/2017/11/2017-Leitlinien-Homosexuelle-in-der-AfD.pdf> [zit. 05.02.21]
- CDU/CSU. (2017, 03.07.).** Familien und Kinder im Mittelpunkt. In *Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017-2021*. Christlich Demokratische Union Deutschlands, Regierungsprogramm 2017-2021, <https://www.cdu.de/system/tmf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1> [zit. 05.02.21], 24-27
- Deutscher Bundestag. (2017a, 30.06.).** Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 244. Sitzung, Plenarprotokoll 18/244. Deutscher Bundestag, Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages – ab 1949, Plenarprotokoll 18/244 vom 30.06.2017, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18244.pdf> [zit. 05.02.21], 25107-25108, 25114
- Deutscher Bundestag. (2018, 11.10.).** Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 55. Sitzung, Plenarprotokoll 19/55. Deutscher Bundestag, Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestages – ab 1949, Plenarprotokoll 19/55 vom 11.10.2018, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19055.pdf> [zit. 05.02.21], 6011-6012
- Feurer, B., Fuchs, T. (2019, 13.06.).** Stellungnahme zum Gesetzesentwurf „Ehe für alle“ der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats. In *13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle. Vernehmlassung. Vernehmlassungsergebnisse. Organisationen und Institutionen*. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/stellungnahmen-organisationen-rk-n-13-468-2019-08-30.pdf> [zit. 05.02.21], 74-75
- GaySVP. (o.J.).** Wer sind wir. Gruppe Gays in der SVP, <https://gaysvp.ch/index.php/ueber-uns/wer-sind-wir> [zit. 05.02.21]
- LSU. (2015).** Ehe für alle – was spricht eigentlich dagegen? Lesben und Schwule in der Union, Grundsatzprogramm und Positionspapiere, <https://www.lsu-online.de/wp-content/uploads/2016/01/Ehe-f%C3%BCr-alle-was-spricht-eigentlich-dagegen.pdf> [zit. 05.02.21]
- LSU. (2012, 13.10.).** Grundsatzprogramm. Lesben und Schwule in der Union, Grundsatzprogramm und Positionspapiere, https://www.lsu-online.de/wp-content/uploads/2016/01/Grundsatzprogramm_Oktober_2012-1.pdf [zit. 05.02.21]
- Rösti, A., Waeber, E. (2019, 20.06.).** 13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle. Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP). In *13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle. Vernehmlassung. Vernehmlassungsergebnisse. Politische Parteien*. <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/stellungnahmen-parteien-rk-n-13-468-2019-08-30.pdf> [zit. 05.02.21], 24-25.

SVP Schweiz. (2019). Mensch, Familie, Gemeinschaft. In *Parteiprogramm der Schweizerischen Volkspartei 2019-2023. Frei und sicher. Ich will's, ich wähl's*. SVP Schweiz, Generalsekretariat, https://www.svp.ch/wp-content/uploads/Parteiprogramm_DE_19_23_190402.pdf [zit. 05.02.21], 124-128

Literaturverzeichnis

- AfD. (2019, 29.01.).** AfD startet mit über 35.000 Mitgliedern und Förderern ins Super-Wahljahr 2019. Alternative für Deutschland, <https://www.afd.de/afd-startet-mit-ueber-35-000-mitgliedern-und-foerderern-ins-super-wahljahr-2019/> [zit. 05.02.21]
- AHO. (2019, 08.07).** Die Alternativen Homosexuellen – AHO. Alternative Homosexuelle – AHO, <https://www.facebook.com/Alternative-Homosexuelle-AHO-1490981311156762/> [zit. 05.02.21]
- BfJ. (2001, 16.02.).** Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz – LPartG). Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Bundesamt für Justiz, <http://www.gesetze-im-inter-net.de/lpartg/BJNR026610001.html#BJNR026610001BJNG000200305> [zit. 05.02.21]
- BGB. (2017, 20.07.).** § 1353 BGB Eheleiche Lebensgemeinschaft. Bürgerliches Gesetzbuch, Viertes Buch 4, Familienrecht, <https://www.buergerliches-gesetzbuch.info/bgb/1353.html> [zit. 05.02.21]
- BJ. (2018a, 27.03.).** 13.468 n Pa. Iv. (Fraktion GL) Ehe für alle. Auslegeordnung betreffend die Auswirkungen der Öffnung der Ehe in den verschiedenen Rechtsbereichen. Schweizerische Eidgenossenschaft, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Direktionsbereich Privatrecht, Fachbereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht, <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/arbeitspapier-mm-rk-n-2018-07-06-d.pdf> [zit. 05.02.21]
- BJ. (2018b, 27.03.).** Beilage 1. 13.468 n Pa. Iv. (Fraktion GL) Ehe für alle. Auslegeordnung betreffend die Auswirkungen der Öffnung der Ehe in den verschiedenen Rechtsbereichen. Schweizerische Eidgenossenschaft, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Direktionsbereich Privatrecht, Fachbereich Zivilrecht und Zivilprozessrecht, <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/beilage-mm-rk-n-2018-07-06-13.486-d.pdf> [zit. 05.02.21]
- BK. (2019, 10.12.).** Eidgenössische Volksinitiative 'Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe'. Schweizerische Eidgenossenschaft, Bundeskanzlei, <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis404t.html> [zit. 05.02.21]
- BR. (2018, 01.01).** 211.231 Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG). Schweizerische Eidgenossenschaft, Der Bundesrat, das Portal der Schweizer Regierung, Bundesrecht, Systematische Rechtssammlung, <https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20022194/index.html> [zit. 05.02.21]
- Brosius, H.-B., Haas, A., Koschel, F. (2012).** Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Dordrecht: VS Verlag Für Sozialwissenschaften.
- CDU. (o.J.).** Geschichte der CDU. Christlich Demokratische Union Deutschlands, <https://www.cdu.de/partei/geschichte> [zit. 05.02.21]
- Council of Europe. (2010, 01.06.).** Die Europäische Menschenrechtskonvention in der Fassung der Protokolle Nr. 11 und 14 samt Zusatzprotokoll und Protokolle Nr. 4, 6, 7,

- 12, 13 und 16. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Council of Europe, https://www.echr.coe.int/Documents/Convention_DEU.pdf [zit. 05.02.21]
- Deutscher Bundestag. (2019, 02.01.).** Sitzverteilung im 19. Deutschen Bundestag. Deutscher Bundestag, Parlament, https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung_19wp [zit. 05.02.21]
- Deutscher Bundestag. (2017b, 30.06.).** Eheschliessung für Personen gleichen Geschlechts. Deutscher Bundestag, Parlament, <https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=486> [zit. 05.02.21]
- DW. (2017, 26.06.).** Merkel leitet Kurswechsel zur Ehe für all ein. Deutsche Welle, <https://www.dw.com/de/merkel-leitet-kurswechsel-zur-ehe-f%C3%BCr-alle-ein/a-39429637-0> [zit. 05.02.21]
- Eggler, M. (2006).** Argumentationsanalyse Textlinguistisch: Argumentative Figuren Für Und Wider Den Golfkrieg Von 1991. Tübingen: Niemeyer.
- EGMR. (2014, Juli).** Fragen der sexuellen Orientierung, Informationsblatt zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Press Unit, https://www.echr.coe.int/Documents/FS_Sexual_orientation_DEU.pdf [zit. 05.02.21]
- Foucault, M. (1978).** *Dispositive der Macht: über Sexualität, Wissen und Wahrheit.* (Merve-Titel, Bd. 77) Berlin: Merve.
- Foucault, M. (1977).** Sexualität und Wahrheit. In M. Foucault (Hrsg.), *Der Wille zum Wissen* (1. Auflage). (Bd.1). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grice, H. P. (1979).** Logik und Konversation. In G. Meggle (Hrsg.), *Handlung, Kommunikation, Bedeutung.* (243-265). Frankfurt, Main: Suhrkamp.
- Halbmayer, E., Salat, J. (2011, 31.01.).** 2.3 Abduktives Schlussfolgern. In *Qualitative Methoden der Kultur und Sozialanthropologie.* Universität Wien, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie, <https://www.univie.ac.at/ksa/elearning/cp/qualitative/qualitative-7.html> [zit. 05.02.21]
- Helfferrich, C. (2011).** Die Qualität Qualitativer Daten: Manual Für Die Durchführung Qualitativer Interviews. (4. Auflage) Wiesbaden: VS Verlag Für Sozialwissenschaften.
- Herman, M., Krähenbühl, D., Bühler, G. et al. (2018).** SRG SSR Wahlbarometer. Hauptbericht – Oktober 2018. <https://sotomo.ch/site/wp-content/uploads/2018/10/SRG-SSR-Wahlbarometer-2018.10-Bericht.pdf> [zit. 05.02.21]
- Humanrights.ch. (2011, 28.03.).** Gemeinsame Verlautbarung zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Informationsplattform humanrights.ch, <https://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/nachrichten/menschenrechtsrat/bahnbrechendes-dokument-sexueller-orientierung> [zit. 05.02.21]
- ILGA. (2019).** Map – sexual orientation laws in the world, 2019. International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association, <https://ilga.org/ilga-map-sexual-orientation-laws-2019> [zit. 05.02.21]
- Jäger, S. (2012).** *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung.* (6., vollst. überarb. Auflage). Münster: Unrast.
- Jäger, S., Maier, F. (2009).** Theoretical and methodological aspects of Foucauldian critical discourse analysis and dispositive analysis. In R. Wodak, M. Meyer (Hrsg.), *Methods of Critical Discourse Analysis.* (2. Auflage). (34-61). London: Sage.
- Kienpointner, M. (1992).** *Alltagslogik: Struktur und Funktion von Argumentationsmustern.* (Problemata, Bd. 126). Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.

- Kopperschmidt, J. (1989).** Methodik der Argumentationsanalyse. (Problemata, Bd. 119). Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Levinson, S. C., (2000).** Pragmatik. (3. Auflage, neu übersetzt von Wiese, M.). In P. Eisenberg, H. Kiesel (Hrsg.), *Konzepte der Sprach- und Literaturwissenschaft*. (Bd. 39). Tübingen: Niemeyer.
- LSU. (2019a).** Die LSU – eine kurze Vorstellung. Lesben und Schwule in der Union, <https://www.lsu-online.de/ueber-uns/> [zit. 05.02.21]
- LSU. (2019b, 23.11.).** Antrag der CDU Berlin zum Vereinigungsstatus der LSU in Struktur- und Satzungskommission überwiesen. LSU Bundesverband, <https://www.facebook.com/LSUbund/posts/10158101648742878> [zit. 05.02.21]
- Manatschal, A., Rapp, C. (2015).** Welche Schweizer wählen die SVP und warum? In M. Freitag, A. Vatter (Hrsg.), *Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz* (NZZ Libro, Politik und Gesellschaft in der Schweiz, Bd. 3, 187-216). Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Martel, F. (2019).** Sodom: Macht, Homosexualität und Doppelmoral im Vatikan. (Aus dem Französischen von Hald, K., Ranke, E., Scharenberg, E., Thomas, A.). Frankfurt, Main: S. Fischer.
- Poguntke, T., Niedermayer, O. (2019a, 03.05.).** Christlich Demokratische Union Deutschlands. In *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2019/289101/cdu> [zit. 05.02.21]
- Poguntke, T., Niedermayer, O. (2019b, 03.05.).** Alternative für Deutschland (AfD). In *Bundeszentrale für politische Bildung*, <https://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2019/289146/afd> [zit. 05.02.21]
- Politnetz. (o.J.).** SVP Schweizerische Volkspartei. Politnetz AG, <http://www.politnetz.ch/partei/svp> [zit. 05.02.21]
- Rainbow Europe. (2019a).** Germany. Rainbow Europe, Rainbow Map, <https://rainbow-europe.org/#8635/0/0> [zit. 05.02.21]
- Rainbow Europe. (2019b).** Switzerland. Rainbow Europe, Rainbow Map, <https://rainbow-europe.org/#8663/0/0> [zit. 05.02.21]
- Reisigl, M., Wodak, R. (2009).** The discourse-historical approach (DHA). In R. Wodak, M. Meyer (Hrsg.), *Methods of Critical Discourse Analysis*. (2. Auflage). (87-121). London: Sage.
- Sarasin, P. (2005).** *Michel Foucault zur Einführung*. (Zur Einführung, Bd. 306). Hamburg: Junius.
- Schweizer Parlament. (2019a, 02.12).** Die Sitzordnung im Nationalrat. Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament, Organe, der Nationalrat, <https://www.parlament.ch/de/organe/nationalrat/sitzordnung-nr> [zit. 05.02.21]
- Schweizer Parlament. (2019b, 02.12.).** Die Sitzordnung im Ständerat. Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament, Organe, der Ständerat, <https://www.parlament.ch/de/organe/Seiten/sitzordnung-staenderat.aspx> [zit. 05.02.21]
- Schweizer Parlament. (o.J.a).** 13.468, Parlamentarische Initiative. Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament, Ratsbetrieb, <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20130468> [zit. 05.02.21]
- Schweizer Parlament. (o.J.b).** 17.3667, Motion. Die Bundesversammlung – Das Schweizer Parlament, Ratsbetrieb, <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20173667> [zit. 05.02.21]

- SDA. (2019, 26.01.).** Die SVP Schweiz verabschiedet ihr neues Parteiprogramm. Neue Zürcher Zeitung. <https://www.nzz.ch/schweiz/svp-schweiz-verabschiedet-ihr-neues-partieprogramm-ld.1454918> [zit. 05.02.21]
- Skenderovic, D. (2017, 20.03.).** Schweizerische Volkspartei (SVP). In *Historisches Lexikon der Schweiz*. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017389/2017-03-20/> [zit. 05.02.21]
- Sonderrechte Nein! (2019).** Sonderrechte NEIN! Co-Präsidium. <https://sonderrecht-nein.ch/> [zit. 05.02.21]
- Toulmin, S. E. (2008).** The Uses of Argument. (aktualisierte, nachgedruckte Auflage). Cambridge: Cambridge UP.
- UNDP. (2019).** Human Development Report 2019. United Nations Development Programme, Human Development Reports, http://hdr.undp.org/sites/default/files/hdro_statistical_data_table1.pdf [zit. 05.02.21]
- Van Dijk, T. (2008).** *Discourse and Power*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Van Dijk, T. (2009).** Critical discourse studies: a sociocognitive approach. In R. Wodak, M. Meyer (Hrsg.), *Methods of Critical Discourse Analysis*. (2. Auflage). (62-86). London: Sage.
- Vereinte Nationen. (1948, 10.12.).** Resolution der Generalversammlung. 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Vereinte Nationen, Generalversammlung, Dritte Tagung, <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> [zit. 05.02.21]
- Walton, G. (2014).** *The Gay Agenda: Claiming Space, Identity, and Justice*. (Counterpoints, Bd. 437). New York: Peter Lang, 2014. Print. Counterpoints.
- Warnke, I. (2008).** Text- und Diskurslinguistik. In Janich, N. (Hrsg.), *Textlinguistik*. 15 Einführungen (35-52). Tübingen: Narr.
- Wengeler, M. (2003).** Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985). In A. Burkhardt, A. Linke, S. Wichter (Hrsg.) *Reihe Germanistische Linguistik*. (Bd. 244) Tübingen: Max Niemeyer Verlag.
- Wodak, R., Meyer M. (2009).** *Methods of Critical Discourse Analysis*. (2. Auflage). London: Sage.

Anhang

Im Folgenden sind die eigens für diese Arbeit erstellte Werkzeugkiste für die Textanalyse im Detail, die für die Strategienanalyse nach Reisigl/Wodak erstellte Tabelle sowie der Leitfaden der Interviews. Der Leitfaden enthält nur die allgemeinen Fragen, die so oder in ähnlicher Form allen Gesprächspartnern gestellt wurden, weitere Fragen kamen im Verlauf des Gesprächs je nach Situation dazu. Die Transkriptionen wurden in ihrer Originalform belassen, es wurden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen, die der Lesbarkeit dienen würden. Aus Gründen des Datenschutzes werden sie dieser Arbeit nicht beigelegt.

Anhang A: Werkzeugkiste nach van Dijk, Jäger und Reisigl/Wodak

Korpusanalyse	
Kommunikative Situation/Strukturanalyse	
Datum, Quelle, Autor, Textsorte	
Zielpublikum: - Eigenschaften - Vorwissen - Beziehung zu Autor - Ideologien	
semantische Makrostrukturen/ Inhalte und Themen des Diskurses	
globale Bedeutung (Anlass des Artikels)	
Titel, Untertitel, Lead, Inhaltsangabe, Themen und Unterthemen, Wissensquellen, Diskursposition, Auffälligkeiten, Diskursebene	
Feinanalyse	
<i>sprachlich-rhetorisch:</i> Lexik, Kohärenz, Implikationen und Anspielungen, Präsuppositionen, Logik, Kollektivsymbolik (mental representations), Rhetorik, Redewendungen, Stil, Graphik, Syntax	
Nomination	<ul style="list-style-type: none"> - Deixis, Anthroponyme - Tropen (Metaphern, Metonyme, Synekdochen) - Verben und Nomen, um Prozesse und Handlungen zu beschreiben
Aussagen	<ul style="list-style-type: none"> - stereotypische, wertende Attribuierung negativ oder positiv (Adjektive, Appositionen, Präpositionalgefüge, Relativsätze, Konjunktionen, etc) - explizite Prädikate oder prädikative Nomen, Adjektive, Pronomen - Kollokationen - explizite Vergleiche, Metaphern und andere rhetorische Figuren (Metonyme, Hyperbeln, Litotes, Euphemismen) - Allusionen, Erwähnungen, Präsuppositionen, Implikaturen
Argumentation	<ul style="list-style-type: none"> - Schemata - Topoi
Perspektivierung	<ul style="list-style-type: none"> - direkte/indirekte Rede - Anführungszeichen, Diskursmarker, Partikel - Metaphern - angeregte Prosodie - Diminutive oder Augmentative
Verstärkung und Abschwächung	<ul style="list-style-type: none"> - (modale) Partikel, Refrainfrage, Konjunktive, Zögern, vage Aussagen - Hyperbeln, Litotes - indirekte Sprechakte (Frage statt Aussage) - Verben des Sagens, Fühlens, Denkens, usw.
<i>inhaltlich-ideologisch:</i> Menschenbild, Gesellschaftsverständnis (Strukturen, Akteure), Zukunftsvorstellung, Kontext- und Ereignismodelle	

Anhang B: Strategieanalyse nach Wodak

Fragen	Diskursive Strategien	Zweck
<i>Nomination:</i> Wie werden Personen, Objekte, Phänomene, Ereignisse, Prozesse und Handlungen in Bezug auf Homosexualität und die Ehe für alle bezeichnet?	Diskursive Konstruktion der Sozialakteure	<ul style="list-style-type: none"> - Eigennamen - Personendeixis - Metonyme - professionelle Anthroponyme - soziologische Anthroponyme - institutionelle Anthroponyme - Sammelbegriff (Kollektivum) - metonymisches Toponym
	Diskursive Konstruktion von Objekten, Phänomenen, Ereignissen	konkret: <ul style="list-style-type: none"> - abstrakt - Natur/Umgebung - mentales Objekt/Gefühl - Wirtschaftliches - Politisches - Rechtliches - Ideologisches
	Diskursive Konstruktion von Prozessen und Handlungen	materiell: <ul style="list-style-type: none"> - Natur/Umwelt - Wirtschaft - mental - verbal
<i>Prädikation:</i> Welche Charakteristika, Qualitäten und Eigenschaften werden zugeteilt?	Diskursive Charakterisierung/Qualifizierung von Sozialakteuren, Objekten, etc.	<ul style="list-style-type: none"> - Sozialakteure - Objekte/Ereignisse - Prozesse/Handlungen
Argumentation	Haupt- und Nebentopoi Allgemeine und spezifische Topoi	
<i>Perspektivierung:</i> Aus welcher Perspektive werden Nomination, Attribuierung und Argumente gemacht?		
Abschwächung und Verstärkung		Verstärkung: <ul style="list-style-type: none"> - Modalverben - Modalpartikel - Pejorativsuffix - Hyperbel - starke Verben Abschwächung: <ul style="list-style-type: none"> - Euphemismus

Anhang C: Leitfaden Interviews

Zur Person:

- Möchten Sie sich selbst kurz vorstellen?
- Wie lange sind Sie schon in der Partei und warum? (Hauptthemen)
- Sind Sie homosexuell, geoutet?
- Wie geschah das Outing in der Partei?

Diskurs Homosexualität und Ehe für alle:

- Was ist Ihre persönliche Meinung zu:
 - Eingetragene Partnerschaft, Ehe für alle, Adoption, Samenspende, Leihmutterschaft
- Was macht das mit Ihnen, dass die Partei gegen Sie ist und Ihnen verbietet, zu heiraten oder eine Familie zu gründen?
- Ist es nicht frustrierend, wenn die Partei gegen Sie arbeitet?
- Wie wird Ihre Sexualität in der Partei gesehen? Wird sie thematisiert oder ist sie eher ein Tabuthema?
- Haben Sie das Gefühl, Ihr Outing hat Ihnen politisch geschadet oder genützt?
- Ist Schwulsein gleich Linkssein geworden? Haben Sie das Gefühl, Ihnen wird von der Gesellschaft vorgeschrieben, wie Sie schwul sein müssen?
- Fühlen Sie sich als Schwuler von Migranten bedroht?

Wenn nicht Mitglied einer homosexuellen Vereinigung:

- Wieso sind Sie nicht dabei?

Für homosexuelle Vereinigungen:

- Gründungsgeschichte
- Wie viele Mitglieder zählen Sie und wie ist das Verhältnis Mann/Frau?
- Haben Sie einen offiziellen Status bei der Partei?
- Wie steht die Partei zu Ihnen?
- Wie stehen Sie zu Partei?
- Was sind Ihre Ziele und Aktivitäten?